HOCHSCHULRAHMENGESETZ

Entwurf und Begründung
der Bundesregierung

Stellungnahmen von
WRK, BAK, HV, VDS

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

DOKUMENTE ZUR HOCHSCHULREFORM
1971

Entwurf und Begründung der Bundesregierung vom 4.12.70
sowie Stellungnahmen
der Westdeutschen Rektorenkonferenz
der Bundesassistentenkonferenz
des Hochschulverbandes
und des Verbandes Deutscher Studentenschaften

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Entwurf und Begründung eines Hochschulgesetzes von der Bundesregierung am 4.12.1970 beschlossen	4
Stellungnahmen	
der Westdeutschen Rektorenkonferenz	43
der Bundesassistentenkonferenz	46
des Hochschulverbandes	52
des Verbandes Deutscher Studentenschaften	56

**Herausgegeben von der Dokumentationsabteilung der Westdeutschen Rektorenkonferenz
Bonn - Bad Godesberg, Januar 1971**

Druck: Dr. Fritz Nohr, 542 Lahnstein - Tel. 20 88

VORBEMERKUNG

Die Bundesregierung hat am 4. 12. 1970 den Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz des Bundes verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet. Im Februar ist mit der ersten Lesung des Hochschulrahmengesetzes im Bundestag zu rechnen.

Mit dieser Broschüre sollen Mitglieder der Hochschulen über den Wortlaut des Gesetzentwurfs und seine Begründung informiert werden.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die Bundesassistentenkonferenz, der Hochschulverband und der Verband Deutscher Studentenschaften sind übereingekommen, ihre unabhängig voneinander abgefaßten und die unterschiedlichen Standpunkte verdeutlichenden Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf gemeinsam in dieser Broschüre zu veröffentlichen.

Die inhaltliche und redaktionelle Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt jeweils bei der vorliegenden Institution bzw. den vorliegenden Verbänden.

Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes

Gesetzesübersicht

Geltungsbereich	§ 1
Kapitel I	Vorschriften für die Landesgesetzgebung §§ 2 bis 58
1. Abschnitt	Aufgaben der Hochschulen §§ 2 und 3
2. Abschnitt	Gesamthochschule §§ 4 bis 6
3. Abschnitt	Selbstverwaltung und Staatsverwaltung §§ 7 bis 12
4. Abschnitt	Mitwirkung an der Selbstverwaltung §§ 13 bis 20
5. Abschnitt	Organisation der Hochschule §§ 21 bis 26
6. Abschnitt	Zugang zur Hochschule §§ 27 bis 31
7. Abschnitt	Studium und Prüfungen §§ 32 bis 39
8. Abschnitt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal, Tutoren §§ 40 bis 53
9. Abschnitt	Staatliche Anerkennung § 54 und 55
10. Abschnitt	Anpassung des Landesrechts §§ 56 bis 58
Kapitel II	Unmittelbar geltende Vorschriften §§ 59 bis 61
Kapitel III	Anderung von Bundesgesetzen, Schlußvorschriften §§ 62 bis 65

sammenschluß die Eigenschaft einer Hochschule im Sinne dieses Gesetzes.

(3) Bei der Schaffung von Gesamthochschulen ist dafür Sorge zu tragen, daß die Gesamthochschule nach Größe, Struktur und den in ihr vertretenen Fachrichtungen sowie nach den räumlichen Gegebenheiten ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen kann.

(4) Neue Hochschulen sind als Gesamthochschulen anzulegen.

§ 6

Frist für den Zusammenschluß zu Gesamthochschulen

Das Land hat die Aufgabe zu prüfen, welche Hochschulen nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 zu Gesamthochschulen zusammengeschlossen werden können. Soweit festgestellt wird, daß ein Zusammenschluß möglich ist, ist dieser innerhalb der beiden auf die Feststellung folgenden Jahre zu vollziehen. Die erste Feststellung im Sinne von Satz 2 ist innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes zu treffen.

3. ABSCHNITT

Selbstverwaltung und Staatsverwaltung

§ 7

Rechtstellung der Hochschule

(1) Die Hochschulen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich staatliche Einrichtungen. Sie haben das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze.

(2) Die Hochschulen geben sich Grundordnungen, die der Genehmigung der zuständigen Landesbehörde bedürfen.

(3) Die Hochschulen erfüllen ihre Aufgaben, auch soweit es sich um staatliche Angelegenheiten handelt, durch eine Einheitsverwaltung.

§ 8

Aufsicht

(1) Die Aufsicht des Landes ist auf die Rechtsaufsicht beschränkt. Die Mittel der Rechtsaufsicht werden durch Gesetz bestimmt.

(2) Soweit die Hochschulen staatliche Angelegenheiten wahrnehmen, kann durch Gesetz eine von Absatz 1 Satz 1 abweichende Regelung getroffen werden, wenn und soweit dies zur Wahrnehmung der Verantwortung der Landesregierung erforderlich ist.

§ 9

Zusammenwirken von Land und Hochschule

(1) Ein Zusammenwirken von Land und Hochschule ist vor allem für folgende Angelegenheiten gesetzlich zu regeln:

1. Ordnung des Studiums und der Hochschulprüfungen (§§ 33 bis 38, 60)

2. Errichtung, Änderung und Aufhebung von Fachbereichen und zentralen Einrichtungen (§§ 24, 25)

3. Bestellung und Abberufung der Leitung der Hochschule (§ 22 Abs. 2)

(2) Bei der Regelung nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 muß sichergestellt werden, daß das Land die ihm auf Grund von Bundesrecht obliegenden Verpflichtungen erfüllen kann.

§ 10

Hochschulentwicklungsplan

(1) Jede Hochschule stellt einen mehrjährigen Hochschulentwicklungsplan auf und schreibt ihn fort. Er enthält die Vorschläge der Hochschule für die Entwicklung ihrer Fachbereiche, ihrer zentralen Einrichtungen und ihrer Einrichtungen für die Verwaltung. Er bezeichnet die Forschungsschwerpunkte sowie die in den einzelnen Fachrichtungen und Studiengängen angestrebte Ausbildungskapazität und gibt die für erforderlich gehaltene Ausstattung mit Stellen, Sachmitteln und Räumen an.

(2) Bei der Aufstellung und Fortschreibung des Hochschulentwicklungsplans sind der Hochschulgesamtplan des Landes (§ 11) und der gemeinsame Rahmenplan nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes vom 1. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1556), geändert durch Gesetz vom 3. September 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1301), zu berücksichtigen. Abweichende Vorschläge der Hochschule sind kenntlich zu machen. Die Hochschulentwicklungspläne der Hochschulen eines Landes sind Unterlagen für den Hochschulgesamtplan (§ 11).

§ 11

Hochschulgesamtplan

(1) Jede Landesregierung stellt nach gemeinsamer Beratung mit den Hochschulen des Landes einen mehrjährigen Hochschulgesamtplan auf und schreibt ihn fort.

(2) Der gemeinsame Rahmenplan nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes ist zu berücksichtigen.

§ 12

Haushaltswesen

(1) Das Land stellt für die Hochschule nach Maßgabe des Landshaushalts die Mittel für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Die Mittel für den Ausbau und den Neubau werden besonders veranschlagt und, sofern sie im Haushalt der Hochschule ausgebracht sind, zweckgebunden zugewiesen.

(2) Die Hochschule stellt auf der Grundlage ihres Hochschulentwicklungsplans (§ 10) einen Voranschlag auf. Sie gibt dabei die Forschungsschwerpunkte und die in den einzelnen Fachrichtungen

und Studiengängen nach ihrer Auffassung bestehende Ausbildungskapazität an. Sie legt dar, inwieweit mit den angeforderten Mitteln diese Ausbildungskapazität gewährleistet oder erweitert werden soll.

(3) Weicht der Entwurf des Landeshaushaltsplans vom Voranschlag der Hochschule ab, so kann das Landesrecht vorsehen, daß die betreffenden Teile des Voranschlags dem Entwurf des Landeshaushaltsplans beizufügen sind. Das Landesrecht kann ferner vorsehen, daß das Landesparlament der Leitung der Hochschule Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben hat, wenn es von den Vorschlägen für die Ausbildungskapazität abweichen will.

(4) Soweit die Hochschule nach Landesrecht einen eigenen Haushalt hat, gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Voranschlags der Entwurf des Hochschulhaushalts tritt; Absatz 3 findet keine Anwendung.

(5) Das Haushaltsrecht für die Hochschulen ist auf Grund des § 48 Abs. 1 zweiter Halbsatz des Haushaltsgrundsatzgesetzes vom 19. August 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1273) unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse des Hochschulwesens zu regeln.

4. ABSCHNITT

Mitwirkung an der Selbstverwaltung

§ 13

Mitglieder der Hochschule

(1) Die Mitglieder der Hochschule sind die an der Hochschule hauptberuflich tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die im Dienst des Landes oder, soweit die Hochschule Dienstherr ist, im Dienst der Hochschule stehen, und die eingeschriebenen Studenten.

(2) Die Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Hochschule haben auch Personen, die, ohne Mitglieder nach Absatz 1 zu sein, in der Hochschule mit Zustimmung eines Organes der Hochschule hauptberuflich tätig sind.

(3) Die Stellung der gastweise oder nebenberuflich an der Hochschule Tätigen, der Lehrbeauftragten (§ 51), der Tutoren (§ 53) sowie der Ehrenbürger und Ehrensensoren wird, soweit sie nicht Mitglieder nach Absatz 1 sind, durch das Landesrecht geregelt.

§ 14

Grundsätze der Mitwirkung

(1) Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller ihrer Mitglieder. Die Hochschule stellt die für die Mitwirkung notwendigen Einrichtungen und Mittel zur Verfügung.

(2) Art und Umfang der Mitwirkung sowie die zahlenmäßige Zusammensetzung der Kollegialorgane, Ausschüsse und sonstigen Gremien bestimmen sich nach deren Aufgaben sowie nach der Funktion der Mitglieder in der Hochschule. In den Kollegialorganen müssen nach § 23 Abs. 1 und § 24 Abs. 2 alle Mitgliedergruppen vertreten sein.

(3) Die Mitglieder eines Gremiums haben durch ihre Mitarbeit dazu beizutragen, daß das Gremium seine Aufgaben wirksam erfüllen kann. Das Nähere über die Pflichten der Mitglieder wird durch Gesetz geregelt.

§ 15

Mitgliedergruppen

(1) Die Gliederung der Mitglieder in Gruppen wird durch Landesrecht geregelt.

(2) Hat das Kollegialorgan eines Fachbereichs (§ 24) einen Beschluß gegen die Stimmen aller an der Beschlußfassung teilnehmenden Vertreter einer Mitgliedergruppe gefaßt, so können diese in derselben Sitzung verlangen, daß die Angelegenheit nochmals behandelt oder von einem zentralen Kollegialorgan entschieden wird.

§ 16

Wahlen

(1) Die Wahlen zu den Hochschulorganen werden von der Hochschule in einer Wahlordnung geregelt. Durch die Regelung des Wahlverfahrens und die Bestimmung des Zeitpunktes der Wahl sind die Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu schaffen. Die Wahlordnung bestimmt, daß Briefwahl möglich ist.

(2) Wenn an der Wahl zu einem Kollegialorgan weniger als 50 % der wahlberechtigten Angehörigen einer Mitgliedergruppe teilgenommen haben, so verringert sich die Zahl der dieser Mitgliedergruppe zustehenden Sitze. Das Nähere ist durch Gesetz zu regeln.

§ 17

Mitwirkung in Fragen der Forschung und der Einstellung

(1) Soweit Fragen der Forschung und der Einstellung von Professoren und Assistenzprofessoren zur Zuständigkeit eines Gremiums gehören, bedürfen Beschlüsse der Mehrheit der Stimmen, über die die dem Gremium angehörenden Professoren, Assistenzprofessoren (§ 41), wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (§ 50) und graduierten Studenten (§ 3) zusammen verfügen.

(2) An der Planung der einzelnen Forschungsvorhaben wirken alle an dem Forschungsvorhaben wissenschaftlich Arbeitenden mit. Die Durchführung steht unter der verantwortlichen Leitung eines oder mehrerer an dem Forschungsvorhaben wissenschaftlich Arbeitenden.

§ 18

Mitwirkung in Fragen des Studiums

(1) Soweit Fragen des Studiums zur Zuständigkeit eines Gremiums gehören, bedürfen Beschlüsse der Mehrheit der Stimmen, über die die dem Gremium angehörnden Professoren, Assistenzprofessoren (§ 41), Lehrkräfte für besondere Aufgaben (§ 52) und Studenten zusammen verfügen.

(2) Hat ein Gremium, das unter der Verantwortung eines Fachbereiches steht, einen Beschluß nach Absatz 1 gegen die Stimmen aller an der Beschlußfassung teilnehmenden Studenten gefaßt, so gilt § 15 Abs. 2 entsprechend; dabei tritt an die Stelle des zentralen Kollegialorgans das Kollegialorgan des Fachbereichs.

§ 19

Öffentlichkeit

(1) Das für den Erlaß der Grundordnung zuständige zentrale Kollegialorgan tagt öffentlich; die übrigen zentralen Kollegialorgane tagen hochschulöffentlich.

(2) Durch Gesetz wird bestimmt, welche Gegenstände in geschlossener Sitzung zu behandeln sind. Die Öffentlichkeit und die Hochschulöffentlichkeit können durch Beschluß, der der Mehrheit der Mitglieder des zentralen Kollegialorgans bedarf, ausgeschlossen werden.

§ 20

Studentenvertretung

(1) Zur Wahrnehmung der hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der Studenten sowie zur Pflege der überregionalen und internationalen Studentenbeziehungen bilden die Studenten einer Hochschule die Studentenschaft.

(2) Die Rechtsstellung und Finanzierung der Studentenschaft werden durch Gesetz geregelt.

ABSCHNITT

Organisation der Hochschule

§ 21

Beschlußorgane der Hochschule

Beschlußorgane bestehen als zentrale Organe (§ 23) und als Organe der Fachbereiche (§ 24). Andere Gremien haben Entscheidungsbefugnisse nur, soweit diese ihnen von dem für sie zuständigen Organ übertragen worden sind.

§ 22

Leitung der Hochschule

(1) Die Hochschule hat einen hauptberuflichen Leiter; er leitet die Verwaltung der Hochschule in eigener Verantwortung. An die Stelle des Leiters

kann ein Leitungsgremium mit mindestens einem hauptberuflichen Mitglied treten.

(2) Die Leitung der Hochschule wird von einem zentralen Kollegialorgan (§ 23) auf Zeit gewählt; sie kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Kollegialorgans abgewählt werden, sofern gleichzeitig eine neue Leitung gewählt wird.

(3) Die Amtszeit des Leiters oder eines hauptberuflichen Mitglieds des Leitungsgremiums beträgt mindestens 5 Jahre. Die Stellen des Leiters und eines hauptberuflichen Mitglieds des Leitungsgremiums sind rechtzeitig öffentlich auszuschreiben.

§ 23

Zentrale Kollegialorgane

(1) Von zentralen Kollegialorganen der Hochschule sind insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

1. Beschlußfassung über die Grundordnung (§ 7 Abs. 2),
2. Wahl und Abwahl der Leitung der Hochschule (§ 22 Abs. 2),
3. Beschlußfassung über den Hochschulentwicklungsplan (§ 10),
4. Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag (§ 12 Abs. 2), im Falle des § 12 Abs. 4 Beschlußfassung über den Entwurf des Hochschulhaushalts,
5. Beschlußfassung im Zusammenhang mit Zulassungsbeschränkungen (§ 29),
6. Beschlußfassung über die Errichtung, Änderung und Aufhebung von Fachbereichen und von zentralen Einrichtungen (§ 9 Abs. 1, §§ 24, 25),
7. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung über die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (§ 3),
8. Stellungnahme zu den von den Fachbereichen erarbeiteten Ordnungen für Hochschulprüfungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1, § 37 Abs. 2).

(2) Die in Absatz 1 genannten Aufgaben können verschiedenen zentralen Kollegialorganen zugewiesen werden. Die in Absatz 1 Nr. 5 bis 8 genannten Aufgaben können an Ausschüsse zentraler Kollegialorgane zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

§ 24

Fachbereich

(1) Der Fachbereich ist die organisatorische Grundeinheit der Hochschule.

(2) Die Angelegenheiten des Fachbereichs sind von einem Kollegialorgan zu entscheiden. Sie können an Ausschüsse des Fachbereichs zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

(3) Die Geschäfte des Fachbereichs werden von einem vom Fachbereich gewählten Professor oder Assistenzprofessor geführt.

(4) Der Fachbereich kann mit Zustimmung der Leitung der Hochschule und der zuständigen Landesbehörde unter seiner Verantwortung stehende Forschungseinrichtungen und Betriebseinheiten bilden. Die hierfür erforderlichen Stellen und Mittel werden dem Fachbereich zugewiesen.

(5) Ein Forschungsvorhaben, das aus Mitteln Dritter finanziert wird, ist über den Fachbereich der Leitung der Hochschule anzuzeigen. Der Fachbereich kann nach näherer Bestimmung des Landesrechts der Inanspruchnahme von Personal oder von Einrichtungen des Fachbereichs für das Forschungsvorhaben widersprechen. Im Fall des Widerspruchs entscheidet die Leitung der Hochschule oder ein zentrales Kollegialorgan.

§ 25

Zentrale Einrichtungen

Forschungseinrichtungen und Betriebseinheiten können außerhalb eines Fachbereichs bestehen, soweit dies mit Rücksicht auf die Aufgabe, auf die Größe oder auf die Ausstattung zweckmäßig ist (zentrale Einrichtungen). Sie stehen unter der Verantwortung der Leitung der Hochschule oder eines zentralen Kollegialorganes. § 24 Abs. 5 gilt entsprechend.

§ 26

Einrichtungen der Krankenversorgung

Einrichtungen der Krankenversorgung sind Betriebseinheiten gemäß § 24 Abs. 4 oder § 25. Ihre Verwaltung untersteht einer kollegialen oder regelmäßig wechselnden Leitung.

6. ABSCHNITT

Zugang zur Hochschule

§ 27

Allgemeine Voraussetzung

(1) Jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes ist zu dem von ihm gewählten Hochschulstudium berechtigt, wenn er die für dieses Studium erforderliche Qualifikation nachweist. Zulassungshindernisse, die in der Person des Studienbewerbers liegen, ohne sich auf die Qualifikation zu beziehen, regelt das Landesrecht.

(2) Rechtsvorschriften, nach denen andere Personen Deutschen nach Absatz 1 gleichgestellt sind, bleiben unberührt.

§ 28

Nachweis der Qualifikation

(1) Der Nachweis nach § 27 Abs. 1 Satz 1 wird für die Zulassung zu einem Studium, das zu dem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führt, nach näherer

Bestimmung des Landesrechts durch eine auf das gewählte Studium vorbereitende Schulbildung erbracht.

(2) Andere Arten des Nachweises regelt das Landesrecht. Dabei ist vorzusehen, daß die Qualifikation eines Studienbewerbers von der Hochschule festgestellt wird, wenn das gewählte Studium eine durch eine Schulbildung nicht nachweisbare oder eine durch seine Schulbildung nicht nachgewiesene Qualifikation erfordert.

§ 29

Zulassungsbeschränkungen

(1) Die Zahl der aufzunehmenden Studenten darf nur begrenzt werden, wenn und solange dies zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Studiums zwingend erforderlich ist. Die Begrenzung ist nur für einzelne Fachrichtungen oder Studiengänge und jeweils nur für die Dauer eines Jahres zulässig.

(2) Zulassungsbeschränkungen werden von der Hochschule mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde angeordnet. Sie können auch von der zuständigen Landesbehörde nach Anhörung der Hochschule angeordnet werden.

(3) Im Falle des Absatz 2 Satz 1 stellt die Hochschule einen Antrag auf Zustimmung, der einen Vorschlag für die Zahl der aufzunehmenden Studenten, insbesondere der Studienanfänger, enthält. Hierbei ist anzugeben, in welcher Weise die Ausbildungskapazität ermittelt worden ist. Ferner ist darzustellen, wie sich die Zahl der Studenten und der Studienanfänger sowie die Zahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in den letzten fünf Jahren entwickelt hat.

(4) Die Entscheidung der zuständigen Landesbehörde nach Absatz 2 Satz 1 und 2 ist zu begründen.

§ 30

Maßstäbe für die Auswahl

(1) Bestehen nach der Feststellung der zuständigen Landesbehörde für eine Fachrichtung oder einen Studiengang an allen Hochschulen im Geltungsbereich dieses Gesetzes Zulassungsbeschränkungen, so erfolgt die Auswahl der Studienbewerber ausschließlich nach folgenden Maßstäben:

1. besondere Qualifikation für das gewählte Studium; hierbei können Leistungen, die in einem engen Zusammenhang mit dem gewählten Studium stehen, besonders bewertet werden;
2. Wartezeit, die durch vergebliche Bewerbung oder durch Erfüllung einer Dienstpflicht nach Artikel 12 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes eingetreten ist; bei gleicher Wartezeit haben unter den männlichen Studienbewerbern diejenigen den Vorrang, die eine der genannten Dienstpflichten erfüllt haben;
3. soziale Härte für den Bewerber.

(2) Die in Absatz 1 genannten Maßstäbe sind nebeneinander anzuwenden.

(3) Ein bestimmter Anteil der zur Verfügung stehenden Studienplätze soll ausländischen Studienbewerbern vorbehalten werden. Verpflichtungen auf Grund internationaler Vereinbarungen sind dabei zu berücksichtigen.

(4) Studienbewerbern, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes erfüllt haben, darf aus einer Verschärfung der Zulassungsbedingungen, die seit Beginn ihres Dienstes eingetreten ist, kein Nachteil erwachsen.

§ 31

Unabhängigkeit der Zulassung vom Wohnsitz

Die Zulassung eines Studienbewerbers, der Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, darf nicht davon abhängig gemacht werden, in welchem Land der Bundesrepublik Deutschland der Geburtsort oder Wohnsitz des Studienbewerbers oder seiner Angehörigen liegt, oder in welchem Land der Bundesrepublik Deutschland der Studienbewerber die Qualifikation für das Hochschulstudium erworben hat.

7. ABSCHNITT

Studium und Prüfungen

§ 32

Gebührenfreiheit

Für das Studium und die Hochschulprüfungen werden von Studenten, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, Gebühren nicht erhoben.

§ 33

Studienreform

(1) Die Hochschulen haben die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Stellen Studienziele, Studiengänge (§ 34), Studienordnungen (§ 35) und Prüfungsordnungen (§ 37 Abs. 2) sowie die Methodik und Organisation von Lehre und Studium zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Dabei sind die durch das Fernstudium gegebenen Möglichkeiten zu nutzen.

(2) Die Hochschulen erproben Reformmodelle. Zu diesem Zweck sind besondere Studienordnungen und Prüfungsordnungen zu erlassen, die neben bestehenden Ordnungen gelten.

(3) Die Hochschule trifft die für die Reform von Studium und Prüfungen und für die Förderung der Hochschuldidaktik notwendigen Maßnahmen.

§ 34

Studienziel, Studiengang

(1) Der Student soll durch das Studium die Fähigkeit zu wissenschaftlich-kritischem Denken und zu

wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit sowie die entsprechenden Methoden- und Fachkenntnisse erwerben und sich auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten.

(2) Studiengänge führen in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluß. Eine für das Studienziel notwendige praktische Tätigkeit ist, soweit möglich, im Rahmen des Hochschulstudiums durchzuführen. Innerhalb eines Studienganges ist dem Studenten die Möglichkeit zu geben, Schwerpunkte seines Studiums nach eigener Wahl zu bestimmen.

(3) Die Studiengänge sind so zu gestalten, daß das in Absatz 1 genannte allgemeine Studienziel in angemessener Zeit erreicht werden kann (Regelstudienzeit). In dafür geeigneten Fachrichtungen sind Studiengänge einzurichten, die in einer Regelstudienzeit von drei Jahren zu einem Abschluß führen.

§ 35

Studienordnungen

(1) Soweit Ziel und Inhalt eines Studiums nicht durch andere Rechtsvorschriften im einzelnen geregelt sind, ist für jeden Studiengang von der Hochschule eine Studienordnung aufzustellen. Die Studienordnung beschreibt das Studienziel und den Inhalt des Studiums.

(2) Die für den Studiengang in Betracht kommenden Lehrinhalte sind unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Erfordernisse so auszuwählen und zu begrenzen, daß das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann; dabei muß gewährleistet sein, daß der Student nach seiner Wahl an fachübergreifenden Lehrveranstaltungen teilnehmen kann.

§ 36

Lehrangebot

(1) Der Fachbereich stellt das Lehrangebot sicher, das zur Einhaltung der Studienordnungen und anderer Ziele und Inhalt des Studiums regelnden Rechtsvorschriften (§ 35 Abs. 1 Satz 1) erforderlich ist.

(2) Der Fachbereich kann seinen in der Lehre tätigen Angehörigen im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen bestimmte Lehraufgaben übertragen, wenn das zur Einhaltung der Rechtsvorschriften nach Absatz 1 erforderliche Lehrangebot andernfalls nicht sichergestellt werden kann (§ 41 Abs. 5 Satz 2).

§ 37

Hochschulprüfungen

(1) Hochschulprüfungen, mit denen ein Studienabschnitt oder ein Studiengang abgeschlossen wird, dienen der Feststellung, ob der Student das Ziel des Studienabschnitts oder des Studiums erreicht hat.

(2) Hochschulprüfungen werden auf Grund von Prüfungsordnungen abgelegt, die der Genehmigung der zuständigen Landesbehörde bedürfen. Die Prüfungsordnung bestimmt die Regelstudienzeit. Sie kann vorsehen, daß die Prüfung ganz oder teilweise durch während des Studiums erbrachte Leistungen abgelegt werden kann.

(3) Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind nur Professoren, Assistenzprofessoren (§ 41) und Lehrbeauftragte (§ 51) berechtigt. Soweit die Prüfungsordnung die Prüfung von praktischen Fertigkeiten und Kenntnissen vorsieht, sind auch Lehrkräfte für besondere Aufgaben (§ 52) zur Prüfung berechtigt.

(4) Jede Prüfungsleistung in einer Hochschulprüfung ist von mindestens zwei Prüfern zu bewerten; dies gilt nicht, soweit eine Bewertung von Prüfungsleistungen nach der Art des Prüfungsverfahrens nicht stattfindet.

§ 38

Hochschulgrade

Auf Grund der Hochschulprüfung, mit der ein Studiengang abgeschlossen wird, verleiht die Hochschule den Diplomgrad mit Angabe der Fachrichtung. Im übrigen bestimmt das Landesrecht, welche Hochschulgrade verliehen werden.

§ 39

Studienberatung

Die Hochschule unterstützt die Studenten in ihrem Studium durch eine studienbegleitende Beratung und trifft die hierfür erforderlichen organisatorischen Maßnahmen. Sie soll dabei mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammenwirken.

8. ABSCHNITT

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal, Tutoren

§ 40

Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal der Hochschule besteht aus den Professoren und Assistenzprofessoren (§ 41), den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern (§ 50) sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben (§ 52).

§ 41

Dienstrechtliche Aufgaben der Professoren und der Assistenzprofessoren

(1) Die Professoren und die Assistenzprofessoren nehmen die der Hochschule obliegenden Aufgaben

in Wissenschaft und Kunst in ihrem Fach selbständig wahr. Sie haben an den Prüfungen mitzuwirken und sich an der Selbstverwaltung und an Aufgaben der Studienreform (§ 33 Abs. 1) zu beteiligen.

(2) Soweit einer Hochschule Aufgaben nach § 2 Abs. 6 Satz 2 übertragen sind, gehört auch die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu den Pflichten der Professoren und der Assistenzprofessoren.

(3) Die Professoren können nach Maßgabe der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen überwiegend in der Lehre oder überwiegend in der Forschung tätig sein. Professoren, die überwiegend Lehraufgaben haben, ist im Rahmen der Gesamthochschule (§ 4) oder des Zusammenwirkens von Hochschulen (§ 59 Abs. 1 Nr. 4) die Möglichkeit zur Durchführung von wissenschaftlichen Vorhaben zu geben; sie sollen in angemessenen Zeitabständen für andere ihre Dienstaufgaben fördernde Tätigkeiten, auch außerhalb der Hochschule, freigestellt werden. Professoren, die überwiegend in der Forschung tätig sind, können verpflichtet werden, als Ausgleich in einem anderen Zeitraum entsprechend mehr Lehrveranstaltungen abzuhalten.

(4) Bei der Festlegung der Lehr- und Prüfungsverpflichtungen der Assistenzprofessoren ist sicherzustellen, daß sie die Möglichkeit haben, die Voraussetzungen für die Einstellung als Professor nach § 42 Abs. 1 Nr. 2 zu erwerben.

(5) Die Professoren und die Assistenzprofessoren sind im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen verpflichtet, Lehrveranstaltungen ihres Faches in allen Studiengängen abzuhalten. Sie haben im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen die zur Sicherstellung des Lehrangebots gefaßten Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane zu verwirklichen (§ 36 Abs. 2).

(6) Art und Umfang der von dem einzelnen Professor oder Assistenzprofessor zu erfüllenden Aufgaben richten sich nach der Stellenbeschreibung. Soweit die Stellenbeschreibung die Aufgaben nicht bestimmt, werden sie nach Maßgabe des § 43 Abs. 3 bei der Einstellung festgelegt.

§ 42

Einstellungsvoraussetzungen für Assistenzprofessoren und Professoren

(1) Einstellungsvoraussetzungen sind:

1. für Assistenzprofessoren
ein abgeschlossenes Hochschulstudium und pädagogische Eignung sowie die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit. Die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit wird in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen;
2. für Professoren
 - a) die gleichen Einstellungsvoraussetzungen wie für Assistenzprofessoren und zusätzliche wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen oder

b) hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung.

(2) Eine Habilitation darf nicht als Voraussetzung für die Einstellung als Assistenzprofessor oder Professor verlangt werden.

§ 43

Einstellung von Professoren und Assistenzprofessoren

(1) Die Stellen der Professoren und der Assistenzprofessoren sind rechtzeitig öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibung muß Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben beschreiben.

(2) Die Einstellung von Nichtbewerbern ist in begründeten Ausnahmefällen zulässig.

(3) Im Rahmen der Regelungen für das Dienstverhältnis dürfen keine Zusagen über die Ausstattung des vorgesehenen Aufgabenbereichs mit Personal- und Sachmitteln erteilt werden. Soweit Festlegungen über den Umfang der Lehrverpflichtungen getroffen werden, müssen sie unter dem Vorbehalt einer Überprüfung in angemessenen Abständen stehen. Eine Änderung bedarf der Mitwirkung des zuständigen Selbstverwaltungsorgans.

§ 44

Dienstrechtliche Stellung der Professoren

Die Professoren werden zu Beamten auf Lebenszeit ernannt. Ein Beamtenverhältnis auf Zeit oder ein privatrechtliches Dienstverhältnis kann insbesondere dann begründet werden, wenn eine befristete Tätigkeit vorgesehen ist.

§ 45

Dienstrechtliche Stellung der Assistenzprofessoren

(1) Die Assistenzprofessoren werden für die Dauer von 6 Jahren zu Beamten auf Zeit ernannt. Ein Eintritt in den Ruhestand nach Ablauf der Amtszeit ist ausgeschlossen.

(2) Für die Assistenzprofessoren beträgt das Übergangsgeld für je ein Jahr Dienstzeit das Einfache der Dienstbezüge des letzten Monats.

(3) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gelten für die Assistenzprofessoren die Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit entsprechend.

§ 46

Anwendung der Vorschriften des Beamtenrechtsrahmengesetzes

Auf beamtete Professoren und auf Assistenzprofessoren finden die für Beamte allgemein geltenden Vorschriften des Beamtenrechtsrahmengesetzes Anwendung, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

§ 47

Dienstrechtliche Sonderregelungen für beamtete Professoren und für Assistenzprofessoren

(1) Die allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften über die Laufbahnen, die Probezeit, den einstweiligen Ruhestand und die Arbeitszeit sind auf beamtete Professoren und auf Assistenzprofessoren nicht anzuwenden.

(2) Beamtete Professoren und Assistenzprofessoren können nur mit ihrer Zustimmung abgeordnet oder versetzt werden. Abordnung und Versetzung in ein gleichwertiges Amt an einer anderen Hochschule sind auch ohne Zustimmung des Professors oder des Assistenzprofessors zulässig, wenn die Hochschule oder die Hochschuleinrichtung, an der er tätig ist, aufgelöst oder mit einer anderen Hochschule zusammengeschlossen wird; in diesen Fällen beschränkt sich die Mitwirkung der aufnehmenden Hochschule oder Hochschuleinrichtung bei der Einstellung von Professoren und Assistenzprofessoren auf eine Anhörung.

§ 48

Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Für beamtete Professoren und für Assistenzprofessoren gelten mindestens als ruhegehaltfähig

1. die zur Vorbereitung für die Promotion benötigte Zeit bis zu zwei Jahren und
2. die nach erfolgreichem Abschluß eines Hochschulstudiums vor der Ernennung zum Professor oder Assistenzprofessor liegende Zeit einer hauptberuflichen Tätigkeit, in der Fachkenntnisse erworben wurden, die für die Wahrnehmung des Amtes förderlich sind.

§ 49

Nebentätigkeit der Professoren und der Assistenzprofessoren

(1) Von den in § 42 Abs. 2 Nr. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes genannten Nebentätigkeiten sind nach näherer Bestimmung des Landesrechts die wissenschaftlichen und künstlerischen Nebentätigkeiten, die entgeltlich ausgeübt werden, über den Fachbereich der zuständigen Dienstbehörde anzuzeigen. Gleiches gilt für die in § 42 Abs. 2 Nr. 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes genannten Gutachter-tätigkeiten.

(2) Der Fachbereich kann gegenüber dem Dienstherrn zu der Frage Stellung nehmen, ob die Nebentätigkeit die Wahrnehmung der dem Professor oder Assistenzprofessor obliegenden dienstrechtlichen Aufgaben beeinträchtigt.

(3) Gehört der Professor oder der Assistenzprofessor keinem Fachbereich an, so tritt an die Stelle des Fachbereichs das Organ, das für die Einrichtung, an der er tätig ist, zuständig ist.

Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter

(1) Wissenschaftliche Mitarbeiter sind die den Fachbereichen (§ 24), ihren Forschungseinrichtungen oder Betriebseinheiten (§ 24 Abs. 4) oder den zentralen Einrichtungen (§ 25) zugeordneten Beamten und Angestellten, denen wissenschaftliche Dienstleistungen obliegen.

(2) Einstellungsvoraussetzung für wissenschaftliche Mitarbeiter ist in der Regel ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

(3) Ärzte und Zahnärzte, die sich in der Weiterbildung zum Facharzt befinden und Aufgaben in der Krankenversorgung erfüllen, sind in der Regel wissenschaftliche Mitarbeiter.

(4) Zur Lehre sind wissenschaftliche Mitarbeiter nur verpflichtet, wenn sie einen Lehrauftrag (§ 51) übernehmen.

(5) Die Absätze 1 und 4 gelten für künstlerische Mitarbeiter entsprechend.

§ 51

Lehrbeauftragte

Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehraufträge erteilt werden. Die Lehrbeauftragten sind nebenberuflich tätig. Sie nehmen die ihnen übertragenen Lehraufgaben selbständig wahr. Der Lehrauftrag ist zu vergüten.

§ 52

Lehrkräfte für besondere Aufgaben

Die Vermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse, die nicht die Einstellungsvoraussetzungen für Professoren und Assistenzprofessoren erfordert, kann hauptberuflich tätigen Lehrkräften für besondere Aufgaben übertragen werden.

§ 53

Tutoren

(1) Tutoren haben die Aufgabe, im Rahmen der Studienordnungen und anderer Ziel und Inhalt des Studiums regelnden Rechtsvorschriften (§ 35 Abs. 1 Satz 1) Studenten und studentische Arbeitsgruppen unter der Verantwortung des Fachbereichs und unter fachlicher Anleitung eines Professors oder Assistenzprofessors in ihrem Studium zu unterstützen.

(2) Eine Tutorentätigkeit kann von Studenten oder von anderen Personen nebenberuflich übernommen werden. Die Tutorentätigkeit ist zu vergüten.

Staatliche Anerkennung

§ 54

Anerkennung von Einrichtungen

(1) Einrichtungen des Bildungswesens, die nach Landesrecht nicht staatliche Hochschulen sind, können nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Eigenschaft einer staatlich anerkannten Hochschule erhalten, wenn gewährleistet ist, daß

1. das Studium an dem in § 34 genannten Ziel ausgerichtet ist,
2. eine Mehrzahl von Studiengängen an der Einrichtung allein oder im Verbund mit anderen Einrichtungen des Bildungswesens vorhanden oder im Rahmen einer Ausbauplanung vorgesehen ist,
3. die Studienbewerber die Voraussetzungen für die Aufnahme in eine staatliche Hochschule erfüllen,
4. die hauptberuflich Lehrenden die Einstellungsvoraussetzungen erfüllen, die für entsprechende Tätigkeiten an staatlichen Hochschulen gefordert werden, und
5. die Angehörigen der Einrichtung an der Gestaltung des Studiums in sinngemäßer Anwendung der Grundsätze dieses Gesetzes mitwirken.

(2) Eine staatlich anerkannte Hochschule kann nach näherer Bestimmung des Landesrechts Hochschulprüfungen abnehmen und Hochschulgrade verleihen. Das an einer staatlich anerkannten Hochschule abgeschlossene Studium ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium im Sinne dieses Gesetzes (§§ 3, 42, 50).

(3) Die staatlich anerkannten Hochschulen eines Landes sollen an der gemeinsamen Beratung bei der Aufstellung des Hochschulgesamtplans nach § 11 Abs. 1 beteiligt werden. In die Studienreformkommissionen (§ 60) können Angehörige staatlich anerkannter Hochschulen berufen werden. Auf Antrag einer staatlich anerkannten Hochschule ist sie in das Verfahren zum Nachweis und zur Vermittlung von Studienplätzen (§ 61) einzubeziehen.

(4) Für das Zusammenwirken von staatlichen Hochschulen mit staatlich anerkannten Hochschulen gilt § 59 Abs. 1 entsprechend.

§ 55

Anerkennung von Abschlüssen

Abschlüsse einer Ausbildung für den öffentlichen Dienst können durch Anerkennung nach näherer Bestimmung des Landesrechts den vergleichbaren berufsbefähigenden Abschlüssen an staatlichen Hochschulen gleichgestellt werden, wenn sie eine Ausbildung an Einrichtungen voraussetzen, die den Anforderungen des § 54 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 5 entsprechen.

Anpassung des Landesrechts

§ 56

Frist

Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind den Vorschriften dieses Kapitels entsprechende Gesetze zu erlassen.

§ 57

Übergangsregelung für das wissenschaftliche und künstlerische Personal

(1) Die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen in die nach diesem Gesetz vorgesehenen Rechtsverhältnisse ist in dem nach § 56 erlassenen Gesetz nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu regeln.

(2) Ordentliche und außerordentliche Professoren sind in die Rechtsstellung von Professoren als Beamte auf Lebenszeit überzuleiten. Beamte, die beim Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes an einer Hochschule hauptamtlich ausschließlich Aufgaben im Sinne von § 41 wahrnehmen und die Einstellungsvoraussetzungen erfüllen (§ 42 Abs. 1 Nr. 2), sind innerhalb eines Jahres auf Antrag als beamtete Professoren zu übernehmen; soweit sie nur die Voraussetzungen für die Einstellung als Assistenzprofessor erfüllen (§ 42 Abs. 1 Nr. 1), sind sie auf Antrag als Assistenzprofessor zu übernehmen. Werden sie nicht als Professor oder als Assistenzprofessor übernommen, so verbleiben sie in ihrem bisherigen Dienstverhältnis.

(3) Beamte, die beim Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes an einer Hochschule hauptamtlich überwiegend Aufgaben im Sinne von § 41 wahrnehmen und die Einstellungsvoraussetzungen erfüllen (§ 42 Abs. 1 Nr. 2), können als beamtete Professoren übernommen werden; soweit sie nur die Voraussetzungen für die Einstellung als Assistenzprofessor erfüllen (§ 42 Abs. 1 Nr. 1), können sie auf Antrag als Assistenzprofessor übernommen werden. Werden sie nicht als Professor oder als Assistenzprofessor übernommen, so verbleiben sie in ihrem bisherigen Dienstverhältnis.

(4) Beamte, die beim Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes an einer Hochschule hauptamtlich überwiegend Aufgaben im Sinne von § 41 wahrnehmen und nicht die Voraussetzungen für die Einstellung als Professor oder als Assistenzprofessor erfüllen, sowie die sonstigen Beamten, die an einer Hochschule hauptamtlich wissenschaftlich oder künstlerisch tätig sind, verbleiben in ihrem bisherigen Dienstverhältnis.

(5) Die mitgliedschaftsrechtliche Stellung derjenigen Beamten, die nach den Absätzen 2 bis 4 in ihrem bisherigen Dienstverhältnis verbleiben, wird durch Landesrecht bestimmt. Sie sind einem Fachbereich (§ 24), der Forschungseinrichtung oder Betriebsein-

heit eines Fachbereichs (§ 24 Abs. 4) oder einer zentralen Einrichtung (§ 25) zuzuordnen.

(6) Absatz 2 Satz 2 und 3 sowie Absatz 3 bis 5 gelten entsprechend für Angestellte.

§ 58

Besitzstandswahrung bei der Entpflichtung

(1) Das Recht der am Tage vor Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes vorhandenen ordentlichen und außerordentlichen Professoren, nach Erreichen der Altersgrenze von ihren amtlichen Pflichten entbunden zu werden (Entpflichtung), bleibt unberührt. In diesen Fällen werden die Dienstbezüge nach der Entpflichtung und die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen auf der Grundlage des am Tage vor Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes geltenden Beamten- und Besoldungsrechts gewährt. Dabei wird das Grundgehalt nach der Dienstaltersstufe zugrundegelegt, die bis zum Zeitpunkt der Entpflichtung hätte erreicht werden können. § 50 Abs. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 findet auf Antrag des Professors keine Anwendung. Der Antrag kann nur gestellt werden, solange der Professor noch nicht entpflichtet ist. Antragsberechtigt sind auch die Hinterbliebenen eines Professors, der noch nicht entpflichtet war.

(3) Die Rechtsverhältnisse der am Tage vor dem Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes bereits entpflichteten oder im Ruhestand befindlichen ordentlichen oder außerordentlichen Professoren und der zu diesem Zeitpunkt bereits versorgungsberechtigten Hinterbliebenen bleiben unberührt.

KAPITEL II

Unmittelbar geltende Vorschriften

§ 59

Zusammenwirken von Hochschulen

(1) Zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben wirken Hochschulen zusammen. Das Zusammenwirken ist durch Vereinbarung der beteiligten Hochschulen im Einvernehmen mit dem Land oder durch das Land sicherzustellen. Es erstreckt sich vor allem auf

1. gemeinsame Erarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen, um den Übergang zwischen den Studiengängen der beteiligten Hochschulen zu ermöglichen und zu erleichtern;
2. Abstimmung oder gemeinsame Entwicklung von Schwerpunkten in Lehre und Forschung, auch unter Berücksichtigung von Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen;
3. Abstimmung von Hochschulentwicklungsplänen (§ 10), insbesondere benachbarter Hochschulen;

4. Eröffnung von Forschungsmöglichkeiten für Professoren und Assistenzprofessoren, die an einer Hochschule tätig sind, in der keine oder keine ausreichenden Forschungsmöglichkeiten bestehen;
5. Durchführung gemeinsamer Forschungsprogramme und gemeinsamer Lehrveranstaltungen;
6. gemeinsame Nutzung von Einrichtungen;
7. Ausgleich des Angebots an Studienplätzen;
8. wechselseitige Mitarbeit des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in den beteiligten Hochschulen.

(2) Für das Zusammenwirken nach Absatz 1 können vom Land gemeinsame Organe der beteiligten Hochschulen gebildet werden.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für das Zusammenwirken von Hochschulen mehrerer Länder.

§ 60

Studienreformkommission

(1) Die Länder bilden Studienreformkommissionen mit dem Auftrag, Empfehlungen für Studienordnungen (§ 35) und Prüfungsordnungen (§ 37 Abs. 2) zu erarbeiten. In die Studienreformkommissionen können nur von Hochschulen vorgeschlagene Hochschulmitglieder berufen werden; darunter müssen Studenten sein.

(2) Sachverständige aus Fachverbänden, Berufsorganisationen und Gewerkschaften sowie Vertreter zuständiger staatlicher Stellen wirken beratend mit.

(3) Die zuständige Landesbehörde kann die Änderung solcher Studienordnungen (§ 35) und Prüfungsordnungen (§ 37 Abs. 2) verlangen, die den Empfehlungen der Studienreformkommissionen nicht entsprechen. Anstatt einer Änderung kann sie auch verlangen, daß eine besondere Studienordnung und Prüfungsordnung im Sinne von § 33 Abs. 2 erlassen wird. Entspricht eine der zuständigen Landesbehörde vorgelegte Prüfungsordnung nicht den Empfehlungen der Studienreformkommission, so kann die Genehmigung versagt werden.

(4) Die Länder sollen gemeinsame Studienreformkommissionen bilden.

§ 61

Nachweis und Vermittlung von Studienplätzen

(1) Jedes Land stellt jeweils rechtzeitig vor dem nächsten Einschreibungstermin die Studienplätze fest, die an seinen Hochschulen frei sein werden. Die Länder unterrichten sich über das Ergebnis ihrer Erhebungen. Jedes Land gibt das Gesamtergebnis bekannt.

(2) Wenn für eine Fachrichtung oder einen Studiengang an der Mehrzahl der Hochschulen eines Landes Zulassungsbeschränkungen bestehen, so tragen die Länder dafür Sorge, daß die zur Verfügung

stehenden Studienplätze den Studienbewerbern vermittelt werden. Zu diesem Zweck wird angeordnet, daß die Bewerbungen an eine von den Ländern bestimmte Stelle zu richten sind.

KAPITEL III

Anderung von Bundesgesetzen, Schlußvorschriften

§ 62

Anderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes

Das Beamtenrechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1753), zuletzt geändert durch (Bundesgesetzbl. I S.) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe c wird gestrichen; in Buchstabe b wird nach dem Wort „soll“ ein Punkt gesetzt, das Wort „oder“ wird gestrichen.
2. In § 4 Abs. 2 wird als Satz 2 eingefügt: „Sollen Professoren oder Assistenzprofessoren, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, in ein Beamtenverhältnis berufen werden, so können Ausnahmen auch aus anderen Gründen zugelassen werden.“
3. Die Überschrift vor § 105 erhält folgende Fassung:
„Beamtete Professoren und Assistenzprofessoren“.
4. § 105 erhält folgende Fassung:
„Für beamtete Professoren und für Assistenzprofessoren gelten die Vorschriften dieses Gesetzes, soweit nicht das Hochschulrahmengesetz vom . . . etwas anderes bestimmt.“
5. §§ 106 bis 114 werden gestrichen.

§ 63

Anderung des Hochschulbauförderungsgesetzes

In § 8 Abs. 1 Satz 1 des Hochschulbauförderungsgesetzes vom 1. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1556) geändert durch Gesetz vom 3. September 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1301) werden nach dem Wort „Land“ die Worte eingefügt:

„auf der Grundlage seines Hochschulgesamtplans (§ 11 des Hochschulrahmengesetzes vom . . .)“.

§ 64

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 65

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

I.

1. In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 wurde die Vorlage eines Hochschulrahmengesetzes angekündigt. Diese Aufgabe ist dem Bund durch das 22. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, das im Zusammenhang mit der Finanzverfassungsreform erlassen wurde, zugewachsen. Danach hat der Bund die Kompetenz, Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens zu erlassen (Artikel 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG).

Die neue Zuständigkeit des Bundes wurde aus der Sorge geschaffen, daß die Hochschulgesetzgebung in den einzelnen Ländern zu einem Verlust der notwendigen Rechtseinheit und damit zu einer Beeinträchtigung der Einheit der Lebensverhältnisse (Artikel 72 GG) führen werde. Ein weiterer Grund lag in der Befürchtung, daß durch die Landesgesetzgebung allein die Neugestaltung des Hochschulbereichs nicht möglich sein werde. Dies galt in besonderem Maße für die Reform der Personalstruktur sowie für die Entwicklung von Fachhochschulen und die Gestaltung des Gesamthochschulbereiches.

Insgesamt wurden in den Ländern in den letzten 2 Jahren etwa dreißig Gesetze und Regierungsentwürfe zum Hochschulrecht erarbeitet, zu denen noch eine große Zahl von Initiativentwürfen der Landtagsfraktionen kommen. Die Entwürfe für wissenschaftliche Hochschulen und für die anderen Hochschulen wurden meist weder inhaltlich noch im Verfahren zusammengefaßt. Damit ist die Gefahr divergierender Entwicklungen sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den verschiedenen Bereichen des Hochschulwesens gegeben.

2. Um die für ein Rahmengesetz des Bundes erforderlichen hochschulpolitischen Grundvorstellungen und Zielsetzungen zu klären, hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Februar 1970 Thesen zur Vorbereitung von Informationsgesprächen über den Entwurf vorgelegt. Sie wurden im Laufe des Frühjahrs eingehend erörtert. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages hat in fünf öffentlichen Sitzungen Vertreter aller für den Hochschulbereich wichtigen Organisationen und Institutionen angehört.

In dem im Juni 1970 vorgelegten Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik (Berichtsbericht '70 — Drucksache VI/925) hat die Bundesregierung ihre hochschulpolitischen Zielvorstellungen niedergelegt. Zwei veröffentlichte Referentenentwürfe vom 1. Juli 1970 und 30. Oktober 1970 waren Grundlage für offizielle Gespräche

mit den Vertretern der Hochschulen, von Verbänden, mit den Kultusministern und -senatoren der Länder und für Besprechungen zwischen den Bundesressorts.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat dieses Verfahren einer Gesetzesausarbeitung unter weiter Beteiligung der Öffentlichkeit bewußt gewählt. Eine andere Form wäre weder der Bedeutung des Hochschulwesens für unsere Gesellschaft noch dem Gewicht der verschiedenen Argumente angemessen gewesen. Die öffentliche Beratung und Diskussion in den verschiedenen Stadien des Entwurfs hat erwartungsgemäß viel Kritik gebracht, vor allem aber, und dies allein ist ausschlaggebend, größten sachlichen Gewinn für den Entwurf selbst.

Der Entwurf ist Ausdruck einer Hochschulpolitik, die sich vom traditionellen deutschen Hochschulsystem löst und die Hochschulen stärker in die Entwicklung der Gesellschaft einbezieht. In diesem Prozeß müssen sie Stätte freier Forschung und Lehre bleiben, zugleich aber Aufgaben übernehmen, die zumindest in ihrem Umfang, teilweise aber auch in ihrer Art der deutschen Universität fremd waren. Für ihre Arbeit muß eine Synthese zwischen dem berechtigten Anspruch aller ihrer Mitglieder auf Mitwirkung an der Wahrnehmung der Hochschulaufgaben und den Erfordernissen eines leistungsfähigen Forschungs- und Studiensystems gefunden werden.

3. In breiten Kreisen der am Hochschulwesen interessierten Öffentlichkeit wird von dem Hochschulrahmengesetz des Bundes eine baldige Beseitigung aller Hochschulprobleme und nicht zuletzt eine politische Beruhigung im Hochschulbereich erwartet:

Die Unruhe, die in den letzten Jahren ausländische wie deutsche Hochschulen und vor allem die Studenten erfaßt hat, beruht jedoch nur teilweise auf der nicht mehr zeitgemäßen rechtlichen Ordnung des Hochschulwesens. Überwiegend ist sie in gesellschaftlichen Prozessen begründet, die zwar im Hochschulbereich eine besondere Ausformung erfahren haben, sich aber nicht auf ihn beschränken.

Die Dynamik gesellschaftspolitischer Entwicklungen kann und soll durch ein Gesetz nicht gemindert werden; es kann jedoch das große Engagement, das in den Ereignissen der vergangenen Jahre zum Ausdruck gekommen ist, auf ein konstruktives Ziel hinlenken und neue Formen für das hierfür erforderliche gemeinsame, verantwortliche Handeln aller Mitglieder der Hochschule schaffen. Allerdings ist zu bedenken, daß die Umsetzung des Bundesgesetzes in Landesrecht längere Zeit in Anspruch nehmen und möglicherweise zunächst zusätzliche

Unruhe in die Hochschule tragen wird. Dies darf den Bund jedoch nicht davon abhalten, seine gesetzgeberische Verantwortung wahrzunehmen.

Dem Bundesgesetzgeber sind bei der Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine dem Auftrage der Hochschulen in unserer Zeit gerecht werdende Entwicklung, erhebliche verfassungsrechtliche Begrenzungen auferlegt:

Der Bund hat nach Artikel 75 Abs. 1 Nr. 1 a des Grundgesetzes nur das Recht, Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens zu erlassen. Durch die Einfügung der Worte „allgemeine Grundsätze“ in Artikel 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG im Laufe der parlamentarischen Beratungen ist die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ihrer Art nach — Rahmengesetzgebungskompetenz — nicht verändert worden. Der Bund kann demnach wie bei jeder Rahmengesetzgebungskompetenz sowohl Richtlinien für den Landesgesetzgeber geben als auch Rechtsvorschriften erlassen, die für jedermann unmittelbar verbindlich sind. Er kann ferner in begrenzten Ausnahmefällen Einzelregelungen treffen, wenn nur das Gesetz als Ganzes durch die Landesgesetzgebung ausfüllungsfähig und ausfüllungsbedürftig ist. Die Beschränkung der Gesetzgebungskompetenz auf allgemeine Grundsätze bedeutet lediglich eine zusätzliche, juristisch freilich noch kaum faßbare, inhaltliche Einschränkung.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes steht, wie jede Rahmenkompetenz, unter dem Vorbehalt des Artikels 72 GG. Der Bund hat danach das Gesetzgebungsrecht nur insoweit, als ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung, etwa zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, besteht.

Die von vielen Seiten erwartete Einrichtung von zentralen Stellen, Bundesoberbehörden oder bundesunmittelbaren Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, etwa zum Nachweis und zur Verteilung von Studienplätzen, ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Der Bund kann nach Artikel 87 Abs. 3 GG derartige Einrichtungen nur errichten, wenn ihm für die von der Stelle wahrzunehmende Angelegenheit die Gesetzgebung zusteht. Die Befugnisse einer solchen Bundeseinrichtung werden somit durch den Umfang der Gesetzgebungskompetenz beschränkt. Die Festlegung eines ausführungsfähigen Aufgabenbereichs für eine zentrale Einrichtung ist auf der Grundlage des Artikels 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG nicht möglich. Hinzu kommt, daß derartige Einrichtungen auf eine ständige Zuarbeit durch die Länder und Hochschulen angewiesen wären. Nach Artikel 87 Abs. 3 GG ist die Einrichtung einer Bundesoberbehörde aber nur dann zulässig, wenn diese ihre Aufgaben selbständig wahrnehmen kann.

Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung, das die Bundesregierung in ihrem Bildungsbericht als gesellschaftspolitisches Ziel aller Bildungsreform-

men genannt hat, und die damit zusammenhängende Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Bildungswesen sind nicht allein eine Sache der Gesetzgebung. Diese ist nur Teil der insgesamt erforderlichen Maßnahmen. Von mindestens gleicher Bedeutung ist die Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf der Grundlage des Artikels 91 b GG und bei der Wahrnehmung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nach Artikel 91 a Abs. 1 Nr. 1 GG. Als weitere bereits in Kürze zu ergreifenden Maßnahmen zur Hochschulreform beabsichtigt die Bundesregierung, dem Bundestag Entwürfe für ein Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, für ein Bundesausbildungsförderungsgesetz und für ein Hochschulstatistikgesetz vorzulegen.

II.

Die hochschulpolitische Zielsetzung des Entwurfs wird im einzelnen im besonderen Teil der Begründung dargelegt. Drei Schwerpunkte verdienen jedoch vorab eine besondere Hervorhebung: die Gesamthochschule, die Reform des Studiums und der Prüfungen und die Personalstruktur.

Einheit des Hochschulwesens, Gesamthochschule

Die Situation im Hochschulbereich ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß die unterschiedlichen Aufgaben in Forschung und Lehre jeweils bestimmten Hochschularten übertragen sind. Das Nebeneinander von Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Sporthochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und anderen Hochschuleinrichtungen mit verschiedener Rechts- und Aufgabenstellung ist nur noch historisch zu verstehen. Von der Sache her ist es nicht mehr zu rechtfertigen.

Der Entwurf geht von der funktionalen Einheit des Hochschulwesens aus. Seine Vorschriften gelten demgemäß für die verschiedenen Hochschularten gleichermaßen. Dies entspricht auch der verfassungsrechtlichen Lage: Der Auftrag des Artikels 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG ist nach Auffassung der Bundesregierung so aufzufassen, daß die Regelung der „allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens“ eine Differenzierung nach Hochschularten nicht zuläßt. Auch Artikel 91 a GG und das Hochschulbauförderungsgesetz gelten nach dem Änderungsgesetz vom 3. September 1970 für den gesamten Hochschulbereich und nicht mehr nur für „wissenschaftliche“ Hochschulen.

Nach Auffassung der Bundesregierung müssen in Konsequenz der Reform der Studiengänge und Studieninhalte die bisher voneinander getrennten Bereiche des Hochschulsystems in integrierten Gesamthochschulen zusammengefaßt werden.

Unter integrierter Gesamthochschule wird dabei eine Hochschule verstanden, die in dafür geeigneten Fachrichtungen Studiengänge mit unterschiedlichen Studienzielen zusammenfaßt und so ein differenziertes Angebot von abgestuften und aufeinander bezogenen Studiengängen und Studienabschlüssen ermöglicht. Dieses Angebot beruht — dadurch wird

die wissenschaftliche Grundlegung aller Studiengänge der Gesamthochschule sichergestellt — auf der Verbindung von Forschung, Lehre und Studium. Die Verbindung kann, da einzelne Studiengänge stärker forschungs- oder stärker anwendungsbezogen sein können, unterschiedlich organisiert sein. (Wegen der Einzelheiten wird auf die Begründung der §§ 4 ff. verwiesen.)

Daß an jeder Gesamthochschule alle in Betracht kommenden Fachrichtungen angeboten werden, ist nicht nur nicht notwendig, sondern in der Regel unmöglich. Vielmehr sind nach dem Prinzip der Arbeitsteilung unterschiedliche Schwerpunktbildungen in Forschung, Lehre und Studium und auch unterschiedliche Zusammenfassungen von Fachrichtungen notwendig. Auch in diesen Fällen hat aber jede Gesamthochschule insofern eine umfassende Aufgabenstellung, als innerhalb der vorhandenen Fachrichtungen verschiedene Studiengänge eingerichtet werden.

Die Entwicklung zu integrierten Gesamthochschulen wird allerdings selbst bei größter Anstrengung aller Beteiligten eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Eine gesetzliche Anordnung, innerhalb einer bestimmten Frist alle Hochschulen zusammenzuschließen, würde angesichts der vor einem Zusammenschluß zu bewältigenden sachlichen Probleme eine hochschulpolitisch unerwünschte Folge haben: den bloß formellen Zusammenschluß, um dem Gesetz formal zu genügen.

Die Integration von bestehenden Hochschulen in eine Gesamthochschule erfordert bestimmte strukturelle Voraussetzungen und räumliche Gegebenheiten. Die Durchlässigkeit von Studiengängen, gemeinsame Studienabschnitte und Lehrveranstaltungen, die Tätigkeit der Lehrkräfte in allen Bereichen und eine funktionierende Selbstverwaltung bleiben sonst unerfüllbare Forderungen.

In manchen Fällen werden die besonderen regionalen Verhältnisse die Errichtung von Gesamthochschulen nicht begünstigen. Besonders in Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte wird es im Interesse eines ausreichenden Bildungsangebotes gerechtfertigt sein, vorhandene Hochschuleinrichtungen beizubehalten, die wegen ihrer räumlichen Lage in absehbarer Zeit nicht in Gesamthochschulen einbezogen und auch nicht zu solchen ausgebaut werden können. Hier muß dann aber eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen gewährleistet sein, damit das Studienangebot auch auf die Studiengänge und Studienabschlüsse von anderen Hochschulen bezogen ist. Diese sogenannte kooperative Form der Gesamthochschule sollte sich aber auf die in diesem Absatz genannten Ausnahmefälle beschränken.

Reform von Studium und Prüfung

Kernstück aller Maßnahmen zur Hochschulreform ist die Neuordnung von Studium und Prüfung. Ihr Gelingen ist in struktureller Hinsicht die Voraussetzung für die Integration des gesamten Hochschulbereichs, in quantitativer Hinsicht die Voraussetzung dafür, daß die zu erwartenden Studienbewerber des näch-

sten Jahrzehnts einen Studienplatz im Hochschulbereich finden.

Trotz langjähriger Bemühungen der Hochschulen um eine Reform des Studien- und Prüfungswesens wird das gegenwärtige Studiensystem weder neueren didaktischen Erkenntnissen gerecht, noch ist es in der Lage, einen nachhaltigen Beitrag zur Verminderung der überlangen Studienzeiten zu leisten.

Die Reform des Studiums und der Prüfungen muß sich von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

1. Lehre und Studium müssen sich in einem dauernden Prozeß an den Stand der Wissenschaften und an die Entwicklung der Berufswelt anpassen.
2. Lehre und Studium müssen die Fähigkeit zu wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeit vermitteln, d. h. zu theoretisch-systematischem Denken und zum Erkennen und Lösen neuer Probleme; erforderlich ist die Bereitschaft und Motivation zu einem lebenslangen Lernen.
3. Durch die Berücksichtigung der Berufswelt bei der Studien- und Prüfungsreform ist sicherzustellen, daß die Studenten die für ihren beruflichen Werdegang notwendige qualifizierte Ausbildung erhalten.
4. Die Studienziele sind jedoch so zu formulieren, daß das wissenschaftsbezogene Studium nicht auf enge, statische Berufsbilder ausgerichtet ist, sondern die Grundlage für breite berufliche Entwicklungsmöglichkeiten (Tätigkeitsfelder) bietet.
5. Je nach Studienziel wird es künftig auch innerhalb einer Hochschule mehr anwendungsorientierte und mehr forschungsorientierte Studiengänge geben.
6. Die Regelstudienzeit ist nicht das allein entscheidende Kriterium für den Charakter eines Studienganges: jeder Studienabschluß ist stets ein willkürlicher Abbruch; kein Studiengang ist in der Lage, das gesamte Wissen einer Fachrichtung oder ein für das Leben ausreichendes Wissen zu vermitteln.
7. In möglichst weitem Maße muß eine frühere Studienentscheidung korrigierbar sein. Verwandte Studiengänge müssen deshalb möglichst so gestaltet sein, daß sie einen Wechsel ohne erheblichen Zeitverlust erlauben.
8. In den einzelnen Studiengängen müssen die Studenten die Möglichkeit haben, in ihrem Studienfach Schwerpunkte ihrer Wahl zu bestimmen und außerhalb ihres Studienfaches an fachübergreifenden Veranstaltungen teilzunehmen.
9. Neben dem Studium wird ein Angebot von Fortbildungsmöglichkeiten im Berufsleben besondere Bedeutung erhalten. Denn Wissenschaften und Berufe sind in einem ständigen Wandel begriffen. Keine Ausbildung wird daher künftig noch in ausreichendem Maße für ein ganzes Berufsleben angemessen vorbereiten können.

Die Gesellschaft bedarf einer großen Anzahl qualifizierter Kräfte. Daher liegt das Studium im Interesse der Gesellschaft. Es liegt aber zugleich im In-

teresse des einzelnen, da ein abgeschlossenes Studium bessere Berufschancen und Verdienstmöglichkeiten bietet. Für die Gesellschaft ergibt sich hieraus die Aufgabe, Studienmöglichkeiten und eine Studienförderung anzubieten; die Studenten sind verpflichtet, aus diesem Angebot den bestmöglichen Nutzen zu ziehen und dem großen Opfer, das die Gesellschaft für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines modernen Hochschulwesens bringen muß, gerecht zu werden.

Jeder Studienplatz wird mit erheblichen Kosten geschaffen und unterhalten. Daher kann die Zahl der Studienplätze nicht beliebig erhöht werden. Durch überlange Studienzeiten werden die Chancen des Hochschulstudiums späterer Jahrgänge beeinträchtigt.

Für die Durchführung der Studienreform ist eine Reihe von wichtigen und einschneidenden Maßnahmen notwendig, die durch ein Gesetz nicht getroffen, sondern nur initiiert und gefördert werden können. Im einzelnen müssen die Maßnahmen im wesentlichen von den Hochschulen selbst getroffen werden. Hierzu gehört vor allem die Förderung der Hochschuldidaktik (§ 33 Abs. 3), die Entwicklung und Erprobung neuer Studiengänge (§ 33 Abs. 2) und neuer Studienmethoden, wie z. B. eines Baukasten- oder Kurssystems und der Aufbau und die Anwendung des Fernstudiums im Medienverbund (§ 33 Abs. 1).

Theoretisch wäre denkbar, daß die Hochschulen diese wichtigen Reformmaßnahmen von sich aus treffen oder doch anstreben. Es ist nicht zu verkennen, daß alle wesentlichen Reformvorschläge von Hochschulangehörigen stammen. Wenn die Hochschulen als Institution hier bislang nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben, so hat dazu auch die Tatsache beigetragen, daß sie als Glied in der Kette zwischen dem Schulwesen und der Berufswelt von den Entwicklungen und Stagnationen in diesen beiden Lebensbereichen nicht unabhängig sind. Wo auch immer die Ursachen für das bisherige Nichtzustandekommen der notwendigen Reform liegen mögen — ist ist inzwischen völlig deutlich geworden, daß eine nachhaltige Reform nur im Zusammenwirken von Hochschule und Staat als dem Repräsentanten der die Hochschulen tragenden Gesellschaft zustande kommen kann.

Bund und Länder müssen deshalb die Reformarbeit der Hochschulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten fördern und durch die Gesetzgebung ein wirksames Instrumentarium schaffen, das über die bisherigen Möglichkeiten hinausgeht. Ein solches Instrumentarium wird mit den in § 60 vorgesehenen Studienreformkommissionen geschaffen, die möglichst für alle Länder gemeinsam errichtet werden sollen.

Personalstruktur

Der Entwurf bringt gegenüber allen bisherigen Gesetzen und Gesetzentwürfen eine grundlegende Neuordnung der Personalstruktur der Hochschule. Er trägt damit zur Überwindung überalterter hierarchischer Formen bei, wie dies in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 gefordert wurde. Die

Vorschriften über die neue Personalstruktur steifen einen besonderen Schwerpunkt des Entwurfs dar. Sie stützen sich auf die Zuständigkeit des Bundes aus Artikel 75 Abs. 1 Nr. 1 GG.

Die langjährigen Reformbestrebungen in diesem Bereich haben zu einer Reihe von Vorschlägen und Modellen geführt. Ein von der Bundesregierung im Jahre 1967 eingebrachter Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes für den Hochschulbereich (Drucksache V/1657) wurde vom Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 2. Juli 1969 mit der Begründung zurückgestellt, daß der damalige Stand der Hochschulreform keinen hinreichenden Überblick über die Reformvorstellungen zur Struktur und zur Organisation der Hochschulen und damit auch zur Neugliederung des Lehrkörpers gestatte.

Die Neuregelung des Entwurfs ist an den in der Hochschule wahrzunehmenden Funktionen und nicht mehr an formalen Berechtigungen orientiert. Die bisherige Personalvielfalt war mit statusrechtlichen, nach der Funktion nicht begründeten Unterscheidungen verbunden. Die Folge war die Entstehung zahlreicher Über- und Unterordnungsverhältnisse in der Hochschule. Die Vorschriften über die Einstellungsbedingungen für Professoren und für Assistenzprofessoren werden zu einer Objektivierung und damit zur Herstellung der Chancengleichheit auch in diesem Bereich beitragen. Nach dem Entwurf werden nur noch

Professoren und Assistenzprofessoren,
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter
sowie

Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die jedoch
nur in bestimmten Fachrichtungen Bedeutung
haben werden,

hauptberuflich an der Hochschule tätig sein.

Die erforderlichen beamtenrechtlichen Sonderregelungen für Professoren und für Assistenzprofessoren werden wegen des engen Zusammenhangs mit der Reform der Hochschulstruktur im Hochschulrahmengesetz getroffen; die bisherige Sonderregelung in den §§ 105 ff. des Beamtenrechtsrahmengesetzes entfällt. Die neue Personalstruktur erfordert auch eine Neuordnung der Besoldung. Durch eine Neufassung von § 52 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes wird dafür eine rahmenrechtliche Grundlage geschaffen werden; die Bundesregierung wird einen entsprechenden Gesetzentwurf demnächst vorlegen.

Die vorgesehene Neustrukturierung der Hochschulen wird nur dann gelingen, wenn gleichzeitig mit den im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen eine beträchtliche Vermehrung der Stellen für Professoren eingeleitet wird. Der Heranbildung von qualifizierten Nachwuchskräften für diese Stellen kommt erhebliche Bedeutung zu. Zur Reform der Personalstruktur gehört deshalb auch eine Neuregelung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Bundesregierung wird demnächst den Entwurf eines Graduiertenförderungsgesetzes vorlegen, das eine Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Stipendien vorsieht. Diese Förderung soll ins-

besondere an die Stelle der bisherigen Praxis treten, Doktoranden als Verwalter von Stellen wissenschaftlicher Assistenten oder als wissenschaftliche Hilfskräfte zu beschäftigen.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1 — Geltungsbereich

Nach Absatz 1 erstreckt sich die Geltung des Entwurfs auf den gesamten Hochschulbereich, soweit es sich um staatliche Hochschulen handelt. Auf andere Einrichtungen des tertiären Bereichs sind die Vorschriften des Entwurfs grundsätzlich nicht anwendbar. Ausnahmen gelten gemäß Absatz 2 für die nach § 54 staatlich anerkannten Hochschulen in dem in § 54 Abs. 3 und 4 festgelegten Umfang.

In den Geltungsbereich des Entwurfs fallen nach Absatz 1 Satz 1 alle Einrichtungen, „die nach Landesrecht staatliche Hochschulen sind“. Im zweiten Halbsatz werden beispielhaft die wichtigsten Arten von Hochschulen genannt, die nach dem derzeitigen Landesrecht bestehen; damit wird ein lediglich erläuternder Hinweis auf das gegenwärtige Landesrecht gegeben.

Der Entwurf verfolgt das Ziel, die institutionellen Schranken und die rechtlichen Unterschiede im Hochschulbereich abzubauen. Im Entwurf wird nach Hochschularten rechtlich nicht differenziert und damit die funktionale Einheit des Hochschulwesens betont. Diese Einheit findet ihren stärksten Ausdruck in der integrierten Gesamthochschule, die in § 4 als Ziel der Neuordnung des Hochschulwesens verankert wird. Die rechtliche Gleichbehandlung der verschiedenen Hochschularten hat u. a. den Sinn, die Entwicklung zur Gesamthochschule zu fördern. Die Erwähnung der Gesamthochschule in Buchstabe a stellt klar, daß die Gesamthochschule eine Hochschule im Sinne dieses Entwurfs ist (vgl. auch § 5 Abs. 2).

Ob eine Einrichtung des Bildungswesens in den Geltungsbereich dieses Entwurfs fällt, entscheidet sich danach, ob sie nach Landesrecht eine staatliche Hochschule ist. Eine nach Landesrecht errichtete staatliche Hochschule hat allen Anforderungen des Hochschulrahmengesetzes zu genügen. Das Land muß also vor der Errichtung einer neuen Hochschule und vor der Umwandlung einer bestehenden Einrichtung in eine Hochschule prüfen, ob die geplante Hochschule so angelegt ist, daß sie den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen wird. Dadurch, daß jede staatliche Hochschule im Sinne des Landesrechts den strukturellen und organisatorischen Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes entsprechen muß, wird erreicht, daß bei der Entscheidung des Landes über die Errichtung einer neuen Hochschule alle Gesichtspunkte beachtet werden, die nach dem Hochschulrahmengesetz zum Wesen einer Hochschule gehören. Durch diese Verbindung des Hochschulbegriffs mit einem qualitativen Anspruch wird eine Abgrenzung des Hochschulbereichs sichergestellt, die sachgemäßer ist, als es eine Enumeration der von dem Gesetz erfaßten Einrichtungen wäre.

Zu § 2 — Allgemeine Aufgaben

Absatz 1 Satz 1 umschreibt zusammenfassend den allgemeinen Auftrag des Hochschulwesens: Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste. Die Formel „durch Forschung, Lehre und Studium“ macht deutlich, daß dieser Auftrag nicht nur von denjenigen Personen erfüllt wird, die hierzu aufgrund eines Dienstverhältnisses verpflichtet sind, sondern auch von den Studenten.

Die Aufgaben, die den einzelnen Hochschulen bei der Erfüllung des allgemeinen Auftrags im Sinne von Satz 1 obliegen, werden durch das Land bestimmt (Absatz 6). Nicht jede einzelne Hochschule muß sämtliche Aufgaben im Sinne von Absatz 1 Satz 1 wahrnehmen. Es liegt auf der Hand, daß nicht jede Hochschule den Auftrag zur Pflege und Entwicklung der Künste haben muß. Auch in der Forschung sind Differenzierungen zulässig und sinnvoll. Für die Einrichtungen des Hochschulwesens, die bisher für die Forschung nicht ausgestattet sind, ist, solange und soweit sie nicht zu Gesamthochschulen ausgebaut oder zusammengeschlossen werden können, die Verbindung mit der Forschung durch das Zusammenwirken mit anderen Hochschulen zu gewährleisten (§ 59 Abs. 1).

Absatz 1 Satz 2 bedeutet, daß das Studium neben seinem Wissenschaftsbezug auch die Aufgabe hat, auf Berufe vorzubereiten. Bezugspunkte sind jedoch nicht enge Berufsbilder, sondern berufliche Tätigkeitsfelder (§ 34 Abs. 1). Auf Tätigkeiten, die nicht „die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern“, sollen andere Einrichtungen des Bildungswesens vorbereiten.

Kein Studienabschluß kann eine für das gesamte Berufsleben ausreichende Fach- und Methodenkenntnis sicherstellen. Jedes Studium muß vielmehr auf die Möglichkeit und die Notwendigkeit des Weiterstudiums angelegt sein. Dem trägt Absatz 1 Satz 3 Rechnung. Unter den Begriff des weiterbildenden Studiums fallen die verschiedenen Formen des Ergänzungs- und des Kontaktstudiums. Auch der Begriff der Weiterbildung im 2. Halbsatz ist in umfassendem Sinne gebraucht; dazu gehören z. B. die berufliche und die allgemeine Erwachsenenbildung, ferner die allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung außerhalb der Hochschulen.

Absatz 2 nimmt auf Artikel 5 Abs. 3 GG Bezug, der die Freiheit der in Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre Tätigen verbürgt. Der Umfang dieses Freiheitsrechts ergibt sich aus dem Grundgesetz selbst und kann im Hochschulrahmengesetz nicht bestimmt werden. Die Bezugnahme auf Artikel 5 Abs. 3 GG soll die Verpflichtung von Hochschule und Staat zum Ausdruck bringen, die Voraussetzungen für eine freie Forschung und Lehre und damit für einen wissenschaftlichen Pluralismus zu schaffen und zu sichern. Schranken, die sich für das Verhältnis der Träger des Grundrechts aus Artikel 5 Abs. 3 GG zueinander in der Korporation Hochschule ergeben, sind dem Grundrecht aus Arti-

kel 5 Abs. 3 GG immanent. Die Erwähnung dieses Grundrechts soll ferner darauf hinweisen, daß Artikel 5 Abs. 3 nicht nur für den Bereich der bisherigen wissenschaftlichen Hochschule, sondern für alle Einrichtungen gilt, die in den Geltungsbereich des Entwurfs fallen.

Die Hochschulen sollen die internationale wissenschaftliche und künstlerische Zusammenarbeit fördern, die sich in vielfältigen Formen vollziehen kann (Absatz 3). Zu diesem Zweck haben die Hochschulen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sowohl ihren Mitgliedern als auch ausländischen Hochschul Lehrern und Studenten den Übergang von deutschen zu ausländischen Hochschulen und umgekehrt zu erleichtern. Hierzu gehört auch die Anerkennung von Studienleistungen, soweit die Hochschulen hierfür zuständig sind; die Hochschulen können diese Aufgabe auch gemeinschaftlich wahrnehmen. Schwerpunkte der internationalen wissenschaftlichen und künstlerischen Zusammenarbeit ergeben sich teils aus gewachsenen partnerschaftlichen Beziehungen, teils aus neuen internationalen Entwicklungen, z. B. für die Zusammenarbeit mit europäischen Hochschulen und mit Entwicklungsländern.

Die soziale Förderung der Studenten ist in erster Linie eine Aufgabe des Staates. Mit der Durchführung einzelner Maßnahmen werden im allgemeinen Studentenwerke beauftragt, die eine öffentliche oder private Rechtsform haben können. Absatz 4 besagt, daß die soziale Förderung der Studenten nicht ohne die Mitwirkung der Hochschule erfolgt. Die Form ihrer Beteiligung läßt der Entwurf offen. Auch Voraussetzung und Umfang der Förderung können im Hochschulrahmengesetz nicht geregelt werden.

In Absatz 5 werden die Hochschulen zur Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen verpflichtet. Ein stärkeres Zusammenwirken als bisher ist nicht nur mit den staatlichen oder den staatlich geförderten Forschungseinrichtungen, etwa den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft oder den staatlichen Großforschungszentren, angezeigt, sondern auch mit Einrichtungen des Bildungswesens, z. B. des Sekundarschulwesens. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hochschule dient vor allem der curricularen Abstimmung von Sekundarschuloberstufe und Hochschuleingangsstufe.

Die Aufgaben der Hochschulen sind im § 2 nicht abschließend aufgezählt. Nach Absatz 6 können ihnen durch die Länder weitere Aufgaben übertragen werden, wenn mit den allgemeinen Aufgaben im Sinne von Absatz 1, insbesondere mit Forschung und Lehre, ein Zusammenhang besteht. Hierher gehören u. a. die Krankenversorgung im Rahmen der Kliniken oder praktische Dienste, z. B. Materialprüfungen und Hygieneuntersuchungen. Wird einer Hochschule nach Absatz 6 eine weitere Aufgabe übertragen, so gehört deren Wahrnehmung zu den Dienstpflichten der Professoren und Assistenzprofessoren der betreffenden Hochschule (§ 41 Abs. 2).

Zu § 3 — Förderung des wissenschaftlichen und des künstlerischen Nachwuchses

Nach § 3 ist die Förderung des wissenschaftlichen und des künstlerischen Nachwuchses nicht Aufgabe des einzelnen Professors, sondern Aufgabe der Hochschule. Zu dieser Aufgabe gehören alle Maßnahmen, die der Förderung des Nachwuchses dienen, auch solche organisatorischer Art: z. B. Errichtung von ständigen Kommissionen zur Förderung des wissenschaftlichen oder des künstlerischen Nachwuchses, Errichtung von hochschuldidaktischen Einrichtungen.

§ 3 des Entwurfs regelt nicht die finanzielle Förderung. Diese wird vielmehr Gegenstand eines Gesetzesentwurfs über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sein, den die Bundesregierung auf der Grundlage von Artikel 74 Nr. 13 GG gegenwärtig vorbereitet. In diesem Gesetz werden die Voraussetzungen der finanziellen Förderung geregelt werden.

Im Hinblick auf den notwendigen quantitativen Ausbau der Hochschulen und die notwendige Verbesserung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Lehrenden und Studierenden ist die Förderung des Nachwuchses für eine Tätigkeit als Assistenzprofessor oder als Professor besonders vordringlich.

Die graduierten Studenten sind, wenn sie sich für ein weiteres Studium einschreiben, mitgliedschaftsrechtlich Studenten (§ 13 Abs. 1). Es kann jedoch sachgemäß sein, ihnen weitergehende Rechte einzuräumen (vgl. z. B. § 17 Abs. 1).

Die Zuständigkeit für Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses liegt bei einem zentralen Kollegialorgan (§ 23 Abs. 1 Nr. 7).

Zu § 4 — Gesamthochschule

In Absatz 1 wird die Gesamthochschule als Entwicklungsziel der Neuordnung des Hochschulwesens bezeichnet. Unter Gesamthochschule wird im Entwurf allein die integrierte Gesamthochschule verstanden. Absatz 1 verfolgt somit das Ziel, die bisher getrennten Bereiche des Hochschulwesens zu integrierten Gesamthochschulen zusammenzufassen (vgl. Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, Abschnitt VIII und Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik S. 68 Drucksache VI/925). Die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit von Hochschulen, die in der hochschulpolitischen Diskussion mit dem Begriff „kooperative Gesamthochschule“ bezeichnet werden, werden durch § 59 erfaßt. Da in diesen Fällen jedoch keine neue Hochschule entsteht, vielmehr die rechtliche Selbständigkeit der beteiligten Hochschulen erhalten bleibt, ist die Bezeichnung „kooperative Gesamthochschule“ irreführend; sie wird daher im Entwurf vermieden.

Das Wesen der Gesamthochschule liegt nach Absatz 2 in der Verbindung von Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium, die bisher auf verschiedene Hochschularten verteilt waren (z. B. Verbindung der Forschung und der forschungsbezogenen

Studiengänge einer Technischen Hochschule mit den praxisbezogenen Studiengängen einer Fachhochschule technischer Fachrichtung; Verbindung der Studiengänge in der Lehrerbildung, die bisher für bestimmte Lehrerkategorien in einer Universität für andere Lehrerkategorien in einer Pädagogischen Hochschule angeboten wurden). In der Gesamthochschule werden also innerhalb derselben Fachrichtung mehrere Studiengänge eingerichtet, die sich, wie Absatz 2 Satz 3 sagt, nach Inhalt, Dauer und Abschluß unterscheiden. Ziel dieser Maßnahmen ist die Schaffung eines differenzierten Angebots von abgestuften und aufeinander bezogenen Studiengängen und Studienabschlüssen (Absatz 2 Satz 2). Die dadurch erzielte Verbesserung des Studiensystems ist nach dem Entwurf der entscheidende Aspekt der Gesamthochschule. Hinzutreten weitere Vorteile, die sich aus der organisatorischen Zusammenfassung im Rahmen einer Institution ergeben.

Die Verbindung von Forschung, Lehre und Studium stellt den Wissenschaftsbezug des Studiums und der Lehre sicher. Diese Verbindung kann unterschiedlich organisiert sein: nicht jeder Studiengang, den die Gesamthochschule anbietet, muß eine unmittelbare Teilnahme an der Forschung vorsehen. Jedoch muß in der Gesamthochschule jeder Hochschullehrer die Möglichkeit haben, Mittel für die Durchführung von wissenschaftlichen Vorhaben zu beantragen (§ 41 Abs. 3). Die Studenten nehmen in der Gesamthochschule nach Maßgabe ihres Studienziels und -inhalts sowie der erreichten Studienphase an der Forschung teil. Soweit freilich bereits ein „forschendes Lernen“ im Sinne eines selbständigen kritischen Erarbeitens von Lehrgegenständen oder im Sinne eines Nachvollzugs des Forschungsgangs in abgekürzter Form als Forschung verstanden wird, ist dies ein selbstverständlicher Bestandteil eines jeden wissenschaftlichen oder künstlerischen Studiums. Der Entwurf geht nicht von einem solchen Forschungsbegriff aus.

Nicht notwendig, nicht einmal wahrscheinlich ist, daß jede Gesamthochschule den gesamten Fächerkanon umfaßt. Gesamthochschulen stehen in der Regel zueinander in einem Verhältnis der Arbeitsteilung und der Schwerpunktbildung. Jede Gesamthochschule hat jedoch insofern eine umfassende Aufgabenstellung, als innerhalb einer Fachrichtung für unterschiedliche Studienziele verschiedene Studiengänge einzurichten sind (Absatz 2 Satz 3). Solche nach Studienziel und damit auch nach Studiendauer unterschiedene Studiengänge sind in vielen Fachrichtungen vorhanden und können in weiteren Fachrichtungen entwickelt werden. Entscheidend ist, ob die wissenschaftliche Entwicklung des Fachs und entsprechende berufliche Tätigkeitsfelder dies nahelegen.

In Absatz 3 kommt zum Ausdruck, daß die verschiedenen Studiengänge einer Fachrichtung in möglichst weitem Umfang inhaltlich aufeinander bezogen sein müssen. Durch die Vorschrift, daß „die gemeinsamen fachlichen Grundlagen zu berücksichtigen“ sind, soll deutlich werden, daß die Zusammenfassung der verschiedenen Studiengänge nicht auf organisatorische Maßnahmen beschränkt bleiben darf, sondern zu einer inhaltlichen Verbindung der Curricula führen soll. Dem entspricht es, daß die Professoren und die

Assistenzprofessoren verpflichtet sind, in allen Studiengängen ihres Fachs zu lehren, also in kürzeren Studiengängen ebenso wie in längeren, in stärker anwendungsbezogenen Studiengängen ebenso wie in stärker forschungsbezogenen (§ 41 Abs. 5 Satz 1). Absatz 3 zweiter Halbsatz zeigt die verschiedenen Möglichkeiten der Verbindung. Im Falle alternativer Studiengänge sind im Rahmen des Möglichen gemeinsame Studienabschnitte zu schaffen; im Falle konsekutiver Studiengänge ist die Verbindung dadurch hergestellt, daß alle Studenten bis zum ersten Abschluß gemeinsam studieren.

Zu § 5 — Errichtung von Gesamthochschulen

Absatz 1 Satz 1 zählt die verschiedenen Möglichkeiten der Schaffung von Gesamthochschulen auf.

Absatz 1 Satz 2 regelt einen Tatbestand, der bei der Reform der Ausbildungsgänge auftreten kann, die z. Z. zwischen dem Schulbereich und dem Hochschulbereich angesiedelt sind. Die Frage, ob solche Ausbildungsgänge künftig zum Hochschulbereich gehören sollen, entscheidet sich nach der inhaltlichen Reform dieser Ausbildungsgänge, nicht nach institutionellen Gesichtspunkten. Es ist daher für jeden Ausbildungsgang gesondert zu prüfen, ob er nach seiner inhaltlichen Reform den Anforderungen entsprechen wird, die in § 2 Abs. 1 Satz 2 und § 34 an ein Studium gestellt werden. Soweit dies der Fall ist, sollen solche Ausbildungsgänge als Studiengänge in die Gesamthochschulen einbezogen werden. Der gewünschte Integrationseffekt würde jedoch verfehlt, wenn ganze Einrichtungen ohne Reform ihrer Ausbildungsgänge in Gesamthochschulen eingegliedert würden.

Absatz 2 stellt klar, daß von dem Augenblick an, in dem durch Zusammenschluß eine Gesamthochschule errichtet ist, sich die Vorschriften des Gesetzes auf diese und nicht mehr auf die in ihr aufgegangenen Hochschulen beziehen. Die Gesamthochschule hat also z. B. eine Leitung und eine Studentenschaft; Teilhochschulen mit eigenen Organen sind unzulässig.

Bei der Schaffung von Gesamthochschulen im Sinne von Absatz 1 müssen verschiedene Faktoren beachtet werden, damit eine funktionsfähige Gesamthochschule entstehen kann. Auf diese Faktoren wird in Absatz 3 hingewiesen. Objektive Umstände können der Bildung von Gesamthochschulen im Sinne des Entwurfs, d. h. von integrierten Gesamthochschulen, entgegenstehen: Es ist nicht sinnvoll, Hochschulen zusammenzuschließen, die räumlich weit voneinander entfernt sind oder die fachlich völlig verschiedene Aufgaben haben. So würde etwa der Zusammenschluß einer wissenschaftlichen Hochschule ohne technische Fachbereiche mit einer Fachhochschule, die nur technische Fachbereiche hat, nur dann sinnvoll sein, wenn die technischen Fachrichtungen so ausgebaut werden, daß innerhalb einer Fachrichtung mehrere Studiengänge möglich sind. Eine Gesamthochschule muß auch unter dem Gesichtspunkt der Selbstverwaltung funktionsfähig sein. Das bedeutet, daß ihre Größe so bemessen wird, daß die für eine

Selbstverwaltung notwendige Überschaubarkeit gewahrt bleibt.

Soweit in einem Land (Flächenstaat) alle Einrichtungen des Hochschulwesens organisatorisch unter der Bezeichnung „Gesamthochschule“ zusammengefaßt werden, wird es sich aus den angegebenen Gründen nicht um eine Gesamthochschule im Sinne dieses Entwurfs handeln.

Die Zuständigkeit für den Zusammenschluß richtet sich nach Landesrecht. Da die Gesamthochschule als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu errichten ist (§ 7 Abs. 1), ist eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Hochschulen nicht ausreichend; vielmehr ist ein staatlicher Errichtungsakt erforderlich.

Solange und soweit bestehende Hochschulen nicht zu Gesamthochschulen ausgebaut oder zusammengeschlossen werden können, haben sie nach § 59 zusammenzuwirken. Dieses Zusammenwirken, das in der bildungspolitischen Diskussion als „kooperative Gesamthochschule“ bezeichnet wird, kann die Vorstufe für eine Integration sein. Zu beachten ist, daß auch § 4 Abs. 2 des Hochschulbauförderungsgesetzes in der Fassung vom 3. September 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1301) Anforderungen an das Zusammenwirken von Hochschulen stellt.

Absatz 4 sieht vor, daß Hochschulneugründungen von vornherein als Gesamthochschulen anzulegen sind. Das bedeutet, daß Neugründungen als Gesamthochschulen geplant sein müssen. Dies muß aus der Planung für die neue Hochschule hervorgehen. Die neue Hochschule muß jedoch nicht schon mit dem Errichtungsakt allen Anforderungen des § 4 genügen. In der Regel wird die Einrichtung einer Mehrzahl von Studiengängen innerhalb einer Fachrichtung bei einer Neugründung nur stufenweise möglich sein.

Zu § 6 — Frist für den Zusammenschluß zu Gesamthochschulen

Nach § 6 haben die Länder die ständige Aufgabe zu prüfen, welche Hochschulen zu Gesamthochschulen zusammengeschlossen werden können. Bei dieser Prüfung sind die in § 5 Abs. 3 genannten Faktoren zu beachten. Das Ergebnis dieser Prüfung wird im allgemeinen in einem Hochschulgesamtplan des Landes oder in einem ähnlichen Programm dargestellt werden. In denjenigen Fällen, in denen festgestellt wird, daß ein Zusammenschluß möglich ist, ist dieser Zusammenschluß innerhalb der beiden auf die Feststellung folgenden Jahre zu vollziehen. Der Zusammenschluß ist vollzogen mit dem staatlichen Errichtungsakt. Die Zweijahresfrist für den Vollzug ist notwendig, um zu gewährleisten, daß sich der Zusammenschluß nicht auf organisatorische Maßnahmen beschränkt, sondern zu einer inhaltlichen Verbindung der Studiengänge führt.

Die erste Feststellung durch die Länder muß innerhalb eines Jahres nach Anpassung ihres Landesrechts getroffen werden (Satz 3). Die Fristbestimmung in § 6 bedeutet in Verbindung mit § 56, daß in den Fällen, in denen die Voraussetzungen für einen Zusammenschluß von Hochschulen bereits

vorliegen, die daraus hervorgehenden Gesamthochschulen spätestens nach fünf Jahren seit Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes errichtet sein müssen.

Für Hochschulen, die nicht oder noch nicht zusammengeschlossen werden können, gilt § 59.

Zu § 7 — Rechtsstellung der Hochschulen

Absatz 1 entspricht dem herkömmlichen Status der wissenschaftlichen Hochschulen und übernimmt ihn für alle Hochschulen. In der Feststellung, daß die Hochschulen zugleich staatliche Einrichtungen sind, kommt zum Ausdruck, daß die Hochschulen nicht außerhalb des Staates stehen und daß der Staat als ihr Träger die Verantwortung für ihre Funktionsfähigkeit, insbesondere auch für ihre finanzielle Ausstattung hat (zu letzterem s. § 12 Abs. 1). Absatz 1 Satz 2 sichert allen Hochschulen das Recht der Selbstverwaltung. Die Art und Weise, in der die Mitglieder der Hochschule an der Selbstverwaltung beteiligt werden, ist im 4. Abschnitt näher geregelt. Der Vorbehalt „im Rahmen der Gesetze“ berechtigt den Landesgesetzgeber nicht zu jeder beliebigen Einschränkung der Selbstverwaltung, sondern nur zu solchen Regelungen, die der Entwurf entweder selbst vorsieht oder zuläßt.

Absatz 2 regelt den Erlaß der Grundordnung der Hochschule (Verfassung, Hochschulsatzung). Die Frage, aus welchen Gründen die zuständige Landesbehörde ihre Genehmigung versagen kann, regelt sich nach dem Landesrecht. Für die Beschlussfassung über die Grundordnung ist ein zentrales Kollegialorgan (Konvent oder Konzil) der Hochschule zuständig (§ 23 Abs. 1 Nr. 1).

Absatz 2 enthält keine abschließende Regelung hinsichtlich der Genehmigungsbedürftigkeit von Satzungen. Das Landesrecht kann weitere Genehmigungsvorbehalte oder im Rahmen des § 9 sonstige Formen staatlicher Mitwirkung vorsehen, etwa für Fachbereichssatzungen.

Nach Absatz 3 werden künftig alle Aufgaben der Hochschule durch eine einheitliche Verwaltung wahrgenommen (Einheitsverwaltung statt dualistischer Verwaltung). Dies gilt auch, soweit die Hochschule staatliche Aufgaben erfüllt. Die Einheitsverwaltung der Hochschule umfaßt auch solche staatliche Aufgaben, die im Auftrag des Staates wahrzunehmen sind. Solche Aufgaben können nach näherer Bestimmung des Landesrechts z. B. sein: Personal- und Wirtschaftsverwaltung, Haushalts- und Rechnungswesen. Ferner kommen Aufgaben in Betracht, die den Hochschulen nach § 2 Abs. 6 übertragen worden sind.

Absatz 3 beseitigt die getrennte Wahrnehmung von staatlichen und akademischen Angelegenheiten in je einer besonderen Verwaltung. Damit werden die Voraussetzungen für eine effektive Hochschulverwaltung geschaffen. Verantwortlich gegenüber den staatlichen Stellen ist in diesem System die Leitung der Hochschule (§ 22).

Zu § 8 — Aufsicht

Absatz 1 legt fest, daß die Aufsicht des Landes im Interesse der Stärkung der Selbstverwaltung der Hochschulen grundsätzlich auf die Rechtsaufsicht beschränkt ist. Danach hat das Land darüber zu wachen, daß die Hochschule alle sie betreffenden Rechtsnormen beachtet. Zu diesen Rechtsnormen gehört auch Artikel 5 Abs. 3 GG; das Land hat daher bei der Ausübung der Aufsicht darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder der Hochschule ihre Aufgaben in der durch Artikel 5 Abs. 3 GG verbürgten Freiheit erfüllen können (s. auch Begründung zu § 2). Als Aufsichtsmittel, die nach Satz 2 durch Landesgesetz zu bestimmen sind, kommen die nach den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechts zulässigen Maßnahmen in Betracht.

Eine über die Rechtsaufsicht hinausgehende Aufsicht ist nach Absatz 2 nur im Bereich der staatlichen Angelegenheiten zulässig. In Betracht kommen nach näherer Bestimmung des Landesrechts z. B. Angelegenheiten aus dem Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung und des Haushalts- und Rechnungswesens, ferner Aufgaben, die nach § 2 Abs. 6 den Hochschulen übertragen worden sind. Bei solchen Angelegenheiten kann das Land eine Regelung der Aufsicht treffen, bei deren Vollzug die zuständige Behörde nicht nur die Rechtmäßigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit einer Maßnahme überprüfen kann. Allerdings bleibt diese weitergehende Aufsicht auf Angelegenheiten beschränkt, die für die Verantwortung der Landesregierung gegenüber dem Landesparlament bedeutsam sind.

Zu § 9 — Zusammenwirken von Land und Hochschule

Das Verhältnis von Selbstverwaltung und Staatsverwaltung läßt sich durch eine strenge Trennung beider Bereiche nicht zutreffend kennzeichnen. In vielen Fällen können die anstehenden Fragen weder durch die klassischen Aufsichtsmittel noch durch eine ungebundene Selbstverwaltung, sondern nur durch ein partnerschaftliches Zusammenwirken gelöst werden. § 9 nennt einige dieser Fälle, stellt jedoch keine abschließende Aufzählung dar.

Zusammenwirken bedeutet mindestens die Pflicht zur Information und Konsultation, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Stärkere Formen des Zusammenwirkens sind Vorschlagsrechte und staatliche Genehmigungsvorbehalte; im letzteren Fall kann das Landesgesetz vorsehen, daß die zuständige Behörde die Genehmigung auch aus anderen Gründen als Rechtsgründen versagen kann. Gegebenenfalls müssen neue, auch institutionelle Formen des Zusammenspiels zwischen Land und Hochschule entwickelt werden (wie z. B. in § 60).

Der Entwurf bestimmt selbst in einigen Fällen die Form des Zusammenwirkens (Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse in § 7 Abs. 2, § 24 Abs. 4, § 29 Abs. 2, § 37 Abs. 2, § 59 Abs. 1, § 60 Abs. 3); auch auf dem Gebiet der Hochschulplanung wird das Zusammenwirken im Entwurf selbst geregelt (§ 10 und § 11). Diese Fälle sind daher in § 9 nicht besonders genannt.

Für die in § 9 genannten Fälle beschränkt sich der Entwurf auf die Vorschrift, daß das Landesgesetz ein Zusammenwirken von Land und Hochschule regelt, legt jedoch die Form des Zusammenwirkens selbst nicht fest. Absatz 1 Nr. 1 betrifft die Studienreform (§ 33), die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen (§ 34), den Erlaß von Studienordnungen (§ 35), die Verleihung von Hochschulgraden (§ 38), die Sicherstellung des Lehrangebots (§ 36) und den Erlaß von Ordnungen für Hochschulprüfungen (§§ 37, 60; in diesem Fall sieht der Entwurf selbst einen staatlichen Genehmigungsvorbehalt vor, s. o.). Bei Absatz 1 Nr. 2 kann etwa vorgesehen werden, daß Fachbereiche und zentrale Einrichtungen von der Hochschule mit Genehmigung der zuständigen Landesbehörde errichtet, geändert oder aufgehoben werden; ebenso kann vorgesehen werden, daß die zuständige Landesbehörde diese Entscheidung nach Anhörung der Hochschule treffen kann.

Absatz 1 Nr. 3 läßt auch eine Bestimmung darüber zu, in welchem Zeitpunkt die Abwahl des Präsidenten wirksam wird.

Absatz 2 sieht vor, daß bei den nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 zu treffenden Regelungen im Landesgesetz sichergestellt werden muß, daß das Land die ihm auf Grund von Bundesrecht obliegenden Verpflichtungen erfüllen kann. Solche Verpflichtungen können sich auch aus Bund-Länder-Vereinbarungen, etwa zur Förderung von Sonderforschungsbereichen, ergeben.

Zu § 10 — Hochschulentwicklungsplan

Die Hochschulen müssen mehr als bisher an den sie betreffenden Planungen beteiligt sein. Es entspricht ihrer Stellung und Aufgabe, daß sie ihre Entwicklung durch eigene Planungsvorstellungen mitgestalten können. Daher bestimmt Absatz 1 Satz 1, daß jede Hochschule einen mehrjährigen Entwicklungsplan aufzustellen und fortzuschreiben hat (zur Beschlußfassung über den Hochschulentwicklungsplan siehe § 23 Abs. 1 Nr. 3).

In Satz 2 werden bestimmte Angaben gefordert, die in jedem Hochschulentwicklungsplan mindestens enthalten sein müssen, damit eine gewisse Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Bei der Festlegung des Inhalts des Hochschulentwicklungsplans ist zu berücksichtigen, daß dieser eine Unterlage für die Aufstellung des Hochschulgesamtplans darstellt (Absatz 2 Satz 3). Die Angabe der in den einzelnen Fachrichtungen und Studiengängen angestrebten Ausbildungskapazitäten ist auch von Bedeutung für den Haushaltsvoranschlag der Hochschule (§ 12 Abs. 2) und für die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen (§ 29 Abs. 3). Da für die Ermittlung von Ausbildungskapazitäten noch keine befriedigenden Berechnungsmodelle zur Verfügung stehen, kann die Verpflichtung der Hochschule nur dahin gehen, ihren Berechnungen möglichst objektive und überprüfbare Kriterien zugrunde zu legen und diese mitzuteilen.

Es bedarf einer ständigen Verzahnung der Planungen auf allen Ebenen. Daher bestimmt Absatz 2, daß

bei der Aufstellung des Hochschulentwicklungsplans der Hochschulgesamtplan des Landes (§ 11) und der gemeinsame Rahmenplan nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes zu berücksichtigen sind. Andererseits soll die Hochschule die Möglichkeit haben, eigene Vorstellungen abweichend von der staatlichen Planung zu entwickeln, um neue Impulse geben zu können. Daher ist die Hochschule bei der Aufstellung des Hochschulentwicklungsplans durch die genannten Pläne inhaltlich nicht gebunden; sie muß nur etwaige Abweichungen kenntlich machen.

Ein Zusammenwirken von Hochschulen nach § 59 erstreckt sich auch auf die Abstimmung ihrer Hochschulentwicklungspläne (§ 59 Abs. 1 Nr. 3).

Die Hochschulen werden ihrer Planungsaufgabe nur dann nachkommen können, wenn ihnen hierfür entsprechend qualifizierte Mitarbeiter, ausreichende technische Hilfsmittel und die notwendigen Planungsunterlagen (Daten) zur Verfügung stehen. In den letzten Jahren sind hierfür erste Ansatzpunkte durch die Tätigkeit der Hochschul-Informationssystem GmbH geschaffen worden. Auch in Zukunft ist es notwendig, daß die Hochschulen Daten erheben und auswerten, die durch die amtliche Statistik nicht erfaßt sind.

Zu § 11 — Hochschulgesamtplan

Hochschulplanung muß sich auf der Ebene der Hochschulen, der Länder und bundesweit vollziehen. Auf Landesebene ist von jeder Landesregierung ein mehrjähriger Hochschulgesamtplan aufzustellen und fortzuschreiben (Absatz 1 Satz 1). Um die Verzahnung mit den Planungen der Hochschulen herzustellen, bestimmt § 10 Abs. 2 Satz 3, daß die Hochschulentwicklungspläne Unterlagen für die Aufstellung des Hochschulgesamtplans sind. Selbstverständlich sind auch andere Planungen (z. B. Finanzplanung) heranzuziehen. Hinsichtlich der zu erreichenden Studentenzahl sind die von Bund und Ländern im Rahmenplan nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes festgelegten Zielvorstellungen (siehe § 6 Nr. 1 des Hochschulbauförderungsgesetzes) zu beachten.

Der gemeinsame Rahmenplan nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes geht in dem von ihm erfaßten Bereich den Landesplanungen insoweit vor, als er verbindliche Planungsentscheidungen für den Hochschulbau enthält. Die in § 10 des Hochschulbauförderungsgesetzes festgelegte Bindung der Bundesregierung und der Landesregierungen ist nicht nur haushaltsrechtlicher Natur; sie bewirkt darüber hinaus mittelbar, daß die in den Rahmenplan aufgenommenen Vorhaben von den Landesregierungen verwirklicht werden. Im übrigen sind die Landesregierungen bei der Aufstellung ihres Hochschulgesamtplans frei.

Auch eine Bindung an die Hochschulentwicklungspläne besteht nicht. Die Hochschulen müssen aber bei der Aufstellung und Fortschreibung des Hochschulgesamtplans beteiligt werden. An der gemeinsamen Beratung (Absatz 1) sollen auch die staatlich anerkannten Hochschulen beteiligt werden (§ 54 Abs. 3 Satz 1).

Der Hochschulgesamtplan enthält sowohl die Vorstellungen der Landesregierung zur strukturellen Entwicklung der Hochschulen als auch zum Ausbau und Neubau von Hochschulen. Er stellt damit die geeignete Grundlage für die Anmeldungen des Landes zum gemeinsamen Rahmenplan nach § 8 des Hochschulbauförderungsgesetzes dar. § 8 des Hochschulbauförderungsgesetzes muß daher entsprechend geändert werden (siehe dazu § 63). Für die bundesweite Planung wird neben der Planung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern auf der Grundlage des Artikels 91 b GG (siehe Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Kommission für Bildungsplanung vom 25. Juni 1970) von Bedeutung sein.

Zu § 12 — Haushaltswesen

Der Staat hat die Aufgabe, die Finanzierung der Hochschulen, die staatliche Einrichtungen sind (§ 7 Abs. 1), zu sichern. Nach der Formulierung „nach Maßgabe des Landeshaushalts“ können die Einnahmen und Ausgaben für die Hochschule im einzelnen im Landeshaushaltsplan veranschlagt werden; es ist aber auch zulässig, daß die Hochschule einen eigenen Haushalt hat und einen Zuschuß des Landes erhält, dessen Höhe im Landeshaushaltsplan festgesetzt wird (vgl. auch Absatz 4). Auch im ersten Fall können den Hochschulen für bestimmte Ausgabearten Globalbeträge zugewiesen werden.

Bundeseinheitlich muß geregelt werden, wie die Mittel für den Ausbau und Neubau haushaltsrechtlich zu behandeln sind. Eine freie Verfügung der Hochschulen über diese Mittel ist mit der gemeinsamen Rahmenplanung von Bund und Ländern nach dem Hochschulbauförderungsgesetz nicht vereinbar (vgl. die Verpflichtung der Regierungen aus § 10 HBFG). Daher schreibt Absatz 1 Satz 2 vor, daß die Mittel für den Ausbau und Neubau besonders zu veranschlagen bzw. zweckgebunden zuzuweisen sind.

Nach Absatz 2 stellt die Hochschule einen Haushaltsvoranschlag auf (zur Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag siehe § 23 Abs. 1 Nr. 4). Grundlage ist der Hochschulentwicklungsplan, in dem die von der Hochschule für erforderlich gehaltene Ausstattung mit Stellen, Sachmitteln und Räumen angegeben ist (§ 10 Abs. 1). Auch im Haushaltsvoranschlag sind die Forschungsschwerpunkte zu bezeichnen. Nach Satz 2 sind die angeforderten Mittel in Beziehung zu der bestehenden Ausbildungskapazität zu setzen. Nur so können Regierung und Parlament entscheiden, welche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um eine bestimmte Ausbildungskapazität sicherzustellen. Soweit die Hochschule einen eigenen Haushalt hat, gilt Absatz 2 für den von ihr aufzustellenden Entwurf (Absatz 4).

Der Haushaltsvoranschlag steht im Wechselbezug zur Planung der Hochschule. Die Planungsentscheidungen der Hochschule bedürfen der Umsetzung im Haushaltsvoranschlag.

Die Landesregierung ist bei Aufstellung des Entwurfs des Landeshaushaltsplans an den Voranschlag der Hochschule nicht gebunden (Absatz 3). Es sollte jedoch angesichts der Bedeutung der Ausbildungskapazität sichergestellt werden, daß das Landesparlament bei seiner Entscheidung die Vorstellungen der Hochschule, soweit sie sich mit denen der Landesregierung nicht decken, kennt. Dem trägt Absatz 3 Satz 1 Rechnung.

Angesichts der politischen Bedeutung der Zulassungsbeschränkungen ist es wünschenswert, der Leitung der Hochschule in den Fällen, in denen das Landesparlament von den Vorschlägen für die Ausbildungskapazität abweichen will, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (Absatz 3 Satz 2). In manchen Ländern entspricht dies bereits der bisherigen Übung.

Absatz 3 gilt nicht, wenn die Hochschule einen eigenen Haushalt hat (Absatz 4). In diesem Fall stellt die Hochschule, nicht die Landesregierung, den Entwurf auf, so daß das in Absatz 3 Satz 1 behandelte Problem nicht auftreten kann. In diesem Fall ist auch die in Absatz 3 Satz 2 vorgesehene Stellungnahme der Hochschulleitung nicht sinnvoll.

Absatz 5 stellt klar, daß die Hochschulen landesunmittelbare juristische Personen des öffentlichen Rechts im Sinne von § 48 Abs. 1 des Haushaltsgrundsatzgesetzes sind. Damit ist bei Hochschulen die Möglichkeit für eine haushaltsrechtliche Regelung eröffnet, die ihren besonderen Erfordernissen angemessen ist.

Zu § 13 — Mitglieder der Hochschule

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 7 Abs. 1 Satz 1) ist die Hochschule mitgliederschaftlich organisiert. Absatz 1 legt den Kreis der Mitglieder fest. Auf die herkömmliche Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule ist im Interesse der Integration aller an der Hochschule hauptberuflich Tätigen und der Studenten verzichtet worden. Die an der Hochschule eingeschriebenen Studenten sind deren Mitglieder, auch solange sie während eines Fernstudiums nicht am Hochschulort studieren. Auch die graduierten Studenten (§ 3) sind Mitglieder, soweit sie sich für ein weiteres Studium an einer Hochschule einschreiben lassen. Neben dem wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Personal (§ 40) zählen zu den Mitgliedern auch die sonstigen an der Hochschule tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Damit wird der Bedeutung dieser Personengruppe, die in der Hochschule wichtige administrative und technische Funktionen wahrnimmt, Rechnung getragen.

Absatz 2 gilt vor allem für an der Hochschule tätige Personen, die im Dienst Dritter stehen. Es handelt sich etwa um Mitarbeiter, die aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft bezahlt werden. Da sie in den Fachbereichen oder in den zentralen Einrichtungen der Hochschule die gleiche Funktion wie die Mitarbeiter haben, die im Dienst des Landes bzw. der Hochschule stehen, ist ihre mitgliederschaftsrechtliche Gleichstellung geboten.

Absatz 3 betrifft Personen, die zum Teil nur vorübergehend an der Hochschule tätig sind, zum Teil den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nicht in der Hochschule haben. Der Grad ihrer Verbundenheit mit der Hochschule ist somit uneinheitlich. Differenzierte, den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung tragende Regelungen müssen daher durch das Landesgesetz oder die Hochschulsatzung getroffen werden.

Zu § 14 — Grundsätze der Mitwirkung

Absatz 1 zieht aus der körperschaftlichen Struktur der Hochschule (§ 7 Abs. 1 Satz 1) die Folgerung, daß die Mitwirkung an der Selbstverwaltung Sache aller Mitglieder ist. In der Regel werden die Mitglieder an der Selbstverwaltung durch gewählte Vertreter teilnehmen; bei den heutigen Größenordnungen im Hochschulbereich kommt eine unmittelbare Beteiligung aller im allgemeinen nicht in Betracht. Zur Gewährleistung einer funktionsfähigen Selbstverwaltung wird den Mitgliedern nicht nur das Recht zur Mitwirkung gewährt, sondern ausdrücklich auch eine entsprechende Verpflichtung auferlegt. Diese Verpflichtung bedeutet, daß die Mitglieder der Hochschule zu kooperativem Verhalten mit dem Ziele verpflichtet sind, daß die Hochschule ihre Aufgaben erfüllen kann. Die Regelung läßt offen, ob die Mitwirkungspflicht auch die Verpflichtung einschließt, auf Grund von Wahlen bestimmte Funktionen in der Selbstverwaltung zu übernehmen. Die Regelung dieser Frage ist Sache des Landesrechts.

Damit die Mitwirkung an der Selbstverwaltung faktisch möglich ist, bestimmt Absatz 1 Satz 2, daß die Voraussetzungen für die Mitwirkung von der Hochschule geschaffen werden müssen.

Die Mitwirkung kann sich in verschiedenen Formen vollziehen, z. B. durch Mitbestimmung, Mitberatung oder durch die Ausübung von Anhörungs-, Informations- und Widerspruchsrechten. Sie kann entsprechend dem zu behandelnden Gegenstand abgestuft werden. Als allgemeinen Maßstab für die Ausgestaltung der Mitwirkung durch Landesgesetz oder Hochschulsatzung legt Absatz 2 den Grundsatz der funktionsgerechten Mitwirkung fest. Der Entwurf sieht damit von einer Festlegung der Beteiligungsverhältnisse in den einzelnen Hochschulorganen bewußt ab. Die Länder und die Hochschulen sollen in dem durch §§ 14 bis 18 gezogenen Rahmen die Möglichkeit haben, verschiedene Arten der Mitwirkung zu erproben und dabei hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Kollegialorgane, Ausschüsse und sonstigen Gremien (vgl. §§ 21, 23, 24) Erfahrungen zu sammeln. Es wird daher in den Ländern, den Hochschulen und ihren Organen unterschiedliche Beteiligungsverhältnisse der Mitgliedergruppen geben.

Der Grundsatz der funktionsgerechten Mitwirkung bedeutet nach Absatz 2, daß für Art und Umfang der Mitwirkung sowie für die zahlenmäßige Zusammensetzung der Gremien zunächst deren Aufgabenstellung maßgebend ist. Ferner kommt es auf die verschiedenen Funktionen der Mitglieder in der Hochschule an. Anknüpfungspunkt für die jeweilige Funktion ist eine entsprechende Qualifikation, nicht

eine bloß formale Berechtigung. In Satz 2 wird vorgeschrieben, daß in den Kollegialorganen der Hochschule, also in den zentralen Kollegialorganen (§ 23) und den Kollegialorganen der Fachbereiche (§ 24 Abs. 2), alle Mitgliedergruppen vertreten sein müssen.

Die Pflicht der Mitglieder der Hochschule zur Kooperation trifft in besonderem Maße diejenigen, die in einem Selbstverwaltungsgremium mitwirken (Absatz 3). Gegen diese Verpflichtung würden etwa Mitglieder eines Gremiums verstoßen, die die Arbeit des Gremiums aus sachfremden Erwägungen boykottieren würden. Die Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen, zur Verschwiegenheit über Angelegenheiten, die nicht öffentlich beraten wurden, und andere Pflichten, die ihnen als Träger einer Funktion in der Selbstverwaltung obliegen, müssen nach Satz 2 im einzelnen gesetzlich geregelt werden. Das Gesetz hat ferner zu regeln, welche Rechtsfolgen an die Verletzung dieser Pflichten geknüpft werden.

Zu § 15 — Mitgliedergruppen

Da die Mitglieder der Hochschule an der Selbstverwaltung im allgemeinen nur durch gewählte Vertreter mitwirken können (vgl. Begründung zu § 14), sind als Grundlage für die Beteiligungsverhältnisse in den Kollegialorganen, Ausschüssen und sonstigen Gremien Mitgliedergruppen zu bilden. Eine bundeseinheitliche Festlegung der Mitgliedergruppen ist im Hinblick auf die Verschiedenheit der tatsächlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Bereichen des Hochschulwesens nicht sinnvoll. Aus diesem Grund besteht auch keine rechtliche Möglichkeit hierzu (s. Artikel 72 GG). So sind etwa wissenschaftliche Mitarbeiter (§ 50) in einer Hochschule, die nicht für die Forschung ausgestattet ist (Fachhochschule), in geringerer Zahl vorhanden als in Hochschulen, in denen Forschung und Lehre verbunden sind; daher ist es möglicherweise sachgerecht, daß sie im ersten Fall eine Gruppe zusammen mit dem technischen und verwaltenden Personal bilden, im zweiten Fall jedoch eine eigene Gruppe. Die in den §§ 40 ff. genannten dienstrechtlichen Kategorien besagen nichts über die mitgliedschaftliche Gruppierung.

Die Kollegialorgane können ihre Funktionen nur erfüllen, wenn durch verfahrensrechtliche Regelungen sichergestellt ist, daß eine Gruppe nicht ohne weiteres überstimmt werden kann. Absatz 2 enthält einen entsprechenden Minderheitenschutz. Durch diese Regelung soll erreicht werden, daß die Vertreter der verschiedenen Mitgliedergruppen ihre Entscheidungen unter Rücksichtnahme auf die Belange der anderen Gruppen treffen.

Zu § 16 — Wahlen

Die Selbstverwaltung der Hochschule soll möglichst von allen ihren Mitgliedern getragen werden. Deshalb muß bei den Wahlen zu den Hochschulorganen eine Wahlbeteiligung erreicht werden, die wesentlich höher ist, als in der Vergangenheit in vielen Fällen festzustellen war. Diesem Ziel dient Absatz 1.

Die in Absatz 2 getroffene Regelung hat die Sicherstellung eines repräsentativen Wahlergebnisses zum Ziel, indem von einer bestimmten Grenze an der Umfang der Repräsentanz der Mitgliedergruppen von der Wahlbeteiligung abhängig gemacht wird. Die Grenze wurde im Hinblick auf Absatz 1, insbesondere im Hinblick auf die Briefwahl, mit 50 % angesetzt. Durch diese Bestimmung wird den Mitgliedern der Hochschule ihre Mitverantwortung für die Entwicklung der Hochschule deutlich gemacht.

Der Entwurf stellt nur den Grundsatz auf, daß sich die Zahl der einer Mitgliedergruppe zustehenden Sitze bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 50 % in nicht näher bestimmtem Umfang verringert. Die Relation zwischen Sitzzahl und Wahlbeteiligung ist durch das Landesgesetz zu regeln.

Eine andere Möglichkeit, repräsentative Wahlergebnisse sicherzustellen, wäre die Wiederholung der Wahl bei Nichterreichen einer bestimmter Wahlbeteiligung. Von einer derartigen Regelung wurde abgesehen, da dies eine Wahlhäufung zur Folge hätte, die zu einer „Wahlmüdigkeit“ führen und damit gerade nicht den gewünschten Effekt bewirken könnte.

Der Forderung nach einer jederzeitigen Abwählbarkeit der Vertreter einer Mitgliedergruppe wurde im Interesse einer kontinuierlichen Arbeitsweise der Kollegialorgane, deren Mitglieder ohnehin nur auf Zeit gewählt sind, nicht entsprochen.

Es ist selbstverständlich, daß die Gewählten bei der Abgabe ihrer Stimmen nicht an Weisungen gebunden werden können. Sie sollen andererseits die Meinung derjenigen, die ihnen das Mandat gegeben haben, in der Beratung zum Ausdruck bringen.

Zu § 17 — Mitwirkung in Fragen der Forschung und der Einstellung

§ 17 enthält Anwendungsfälle des in § 14 Abs. 2 verankerten Grundsatzes der funktionsgerechten Mitwirkung.

Absatz 1 betrifft die Fälle, in denen ein Kollegialorgan, ein Ausschuß oder ein sonstiges Gremium der Hochschule eine Kompetenz in Fragen der Forschung und der Einstellung von Professoren und Assistenzprofessoren hat. In Betracht kommen Beschlüsse über die Planung, Organisation, Finanzierung und Verwaltung der Forschung (z. B. Zuteilung von Personal oder Forschungseinrichtungen an einzelne Forscher sowie Beschlüsse nach § 24 Abs. 5 Satz 2). Beschlüsse dieser Art sind von jeher Gegenstand von Kollegialentscheidungen gewesen. Die eigentliche Forschungstätigkeit des einzelnen Wissenschaftlers, also z. B. die Frage der Methodik der Forschung, der Konzeption, des Ansatzes und der Durchführung von Forschungsvorhaben, ist selbstverständlich einer Mehrheitsentscheidung nicht zugänglich (vgl. Artikel 5 Abs. 3 GG).

Nach Absatz 2 kommen Beschlüsse der zuständigen Gremien bereits zustande, wenn sie mit der Mehrheit der Stimmen gefaßt werden, über die die dem Gremium angehörenden Professoren, Assistenzprofessoren, wissenschaftlichen und künstlerischen Mit-

arbeiter und graduierten Studenten zusammen verfügen. Absatz 1 stellt somit für die Beschlußfassung auf die Stimmen derjenigen ab, die wegen eigener Forschungserfahrung oder ständiger Mitarbeit an Forschungsvorhaben in erster Linie urteilsfähig sind. Maßgebend für die in Absatz 1 getroffene Regelung ist auch die Überlegung, daß wegen der relativ starken Fluktuation der Studenten die Kontinuität von Schwerpunkten der Forschung in Gefahr geraten könnte, wenn die Vertreter der nicht-graduierten Studenten an der Beschlußfassung beteiligt würden. Anders ist die Lage bei graduierten Studenten, da sie für längere Zeit überwiegend an Forschungsaufgaben mitarbeiten.

Soweit in der hochschulpolitischen Diskussion von den Studenten ein weitergehender Anspruch auf Mitentscheidung in Fragen der Forschung und der Einstellung von Professoren und Assistenzprofessoren erhoben wird, wird dies oft mit der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Kontrolle der Hochschule gerade in diesem Bereich begründet. Diese Kontrolle obliegt jedoch nicht einzelnen Mitgliedergruppen der Hochschule. Sie wird vielmehr in verfassungsrechtlich zulässiger Weise allein durch die Aufsicht des Staates, durch die haushaltsrechtlichen Entscheidungen des Parlaments und durch eine möglichst weitgehende Offenlegung aller Entscheidungsprozesse innerhalb der Hochschule erreicht.

Absatz 2 betrifft die Planung und Durchführung einzelner Forschungsvorhaben: dies gehört nicht in die Zuständigkeit eines Kollegialorgans, Ausschusses oder sonstigen Gremiums. Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den an der Planung eines Forschungsvorhabens wissenschaftlich Beteiligten auftreten, können nur durch diese selbst entschieden werden, nicht von Mitgliedern, die an dem Projekt nicht arbeiten, auch nicht von demjenigen, der die Forschungsmittel zur Verfügung stellt. Absatz 2 bringt zum Ausdruck, daß die Vorbereitung und die Planung des Vorhabens die gemeinsame Beratung aller wissenschaftlich Beteiligten voraussetzen. Dazu gehören ggf. auch wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten, soweit sie einen wissenschaftlichen Beitrag zu dem Projekt leisten. Wer an Forschungsvorhaben wissenschaftlich mitarbeitet, ist insoweit auch als urteilsfähig anzusehen; es ist deshalb folgerichtig, daß er die Möglichkeit erhält, die Konzeption des Forschungsvorhabens mit zu beeinflussen. Die Durchführung muß allerdings zur Sicherung des wissenschaftlichen Erfolgs unter der verantwortlichen Leitung eines oder mehrerer Projektleiter stehen; der Projektleitung obliegt auch die Abrechnung der Forschungsmittel und die Verantwortung für deren sinnvolle Verwendung.

Zu § 18 — Mitwirkung in Fragen des Studiums

Die Vorschrift enthält einen weiteren Anwendungsfall des in § 14 Abs. 2 verankerten Grundsatzes der funktionsgerechten Mitwirkung. Zu den Fragen des Studiums gehören Beschlüsse, die die Studienreform betreffen (§ 33 Abs. 1), also z. B. die Einführung von Fernstudieneinheiten, ferner Beschlüsse über den Erlaß einer Studienordnung (§ 35) und

über die Beschäftigung von Tutoren (§ 53). Beschlüsse über Prüfungsordnungen fallen nicht unter § 18.

Absatz 1 bestimmt, daß Beschlüsse über Fragen des Studiums bereits zustande kommen, wenn sie mit der Mehrheit der Stimmen gefaßt werden, über die die dem Gremium angehörigen Professoren, Assistenzprofessoren, Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Studenten zusammen verfügen.

Von den Beschlüssen im Sinne von Absatz 1 werden die Studenten im besonderen Maße betroffen. Absatz 2 räumt deshalb den Studenten ein besonderes, dem § 15 Abs. 2 entsprechendes Mitwirkungsrecht auch für den Fall ein, daß Beschlüsse nicht vom Kollegialorgan des Fachbereichs, sondern von einem Ausschuß des Fachbereichs gefaßt werden. Wird der Beschluß vom Kollegialorgan des Fachbereichs gefaßt, so findet § 15 Abs. 2 unmittelbar Anwendung.

Zu § 19 — Öffentlichkeit

Absatz 1 Satz 1 legt für das zentrale Kollegialorgan, das für den Erlaß der Grundordnung zuständig ist (Konvent bzw. Konzil, vgl. § 23 Abs. 1 Nr. 1), den Grundsatz der Öffentlichkeit fest. Dadurch wird die Transparenz der Willensbildung dieses wichtigsten Organs der Hochschule hergestellt. Die Sitzungen anderer zentraler Kollegialorgane sind dagegen nur den Mitgliedern der Hochschule zugänglich (Satz 2). Besteht nur ein zentrales Kollegialorgan, so ist Satz 1 maßgebend. Das Fachbereichsorgan und andere Gremien tagen weder öffentlich noch hochschulöffentlich.

Für bestimmte Angelegenheiten sind Ausnahmen vom Grundsatz der Öffentlichkeit und der Hochschulöffentlichkeit geboten (z. B. in Personalangelegenheiten). Diese Angelegenheiten sind durch Landesgesetz zu bestimmen (Absatz 2 Satz 1). Auch in Angelegenheiten, die an sich öffentlich beraten werden, kann im Einzelfall die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. (Satz 2)

Zu § 20 — Studentenvertretung

Die Studenten sind als Mitglieder der Hochschule (§ 13 Abs. 1) in einer besonderen, sie von anderen Gruppen strukturell unterscheidenden Situation. Sie stellen quantitativ die weitaus größte Gruppe dar, haben aber andererseits eine verhältnismäßig kurzfristige Bindung an die Hochschule. Hieraus ergeben sich spezifische Probleme, die eine Wahrnehmung der Interessen der Studenten durch eine alle Studenten repräsentierende Vertretung zweckmäßig machen. Dies gilt vor allem für die hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange. Diese und die Pflege der überregionalen und internationalen Beziehungen sind seit langem eine besondere Aufgabe der Studentenschaften.

Absatz 1 zählt die Aufgaben abschließend auf, die die Bildung einer Studentenschaft mit Zwangsmitgliedschaft — die Studenten werden mit der Einschreibung Mitglieder der Studentenschaft (Absatz 1) — rechtfertigen. Dazu gehört auch das sogenannte

hochschulpolitische Mandat. Ein allgemein-politisches Mandat der Studentenschaft besteht ebenso wenig wie ein allgemein-politisches Mandat der Hochschule.

Durch Landesgesetz ist zu regeln, ob die Studentenschaft durch Beiträge der Studenten oder durch Zuschüsse der Hochschule oder des Landes finanziert wird. Das Landesgesetz hat ferner die Rechtsstellung der Studentenschaft zu regeln, etwa die Frage ihrer Rechtsfähigkeit und die Frage der Aufsicht.

Zu § 21 — Beschlußorgane der Hochschule

Nach § 21 können Beschlußorgane nur als zentrale Organe und als Organe der Fachbereiche bestehen. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Hochschule ihre Aufgaben auf zwei Ebenen erfüllt:

Die organisatorische Grundeinheit der Hochschule ist der Fachbereich (§ 24), der im wesentlichen die Aufgaben im Bereich von Forschung, Lehre und Studium wahrnimmt. Auf der zentralen Ebene liegt der Schwerpunkt im Bereich von Organisation, Planung und Verwaltung; es gibt jedoch auch Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium, die zweckmäßigerweise nicht den Fachbereichen, sondern zentralen Organen zugeordnet werden (s. § 23 Abs. 1 Nr. 8, § 25).

§ 21 schließt Organe mit eigener Verwaltungs- und Beschlußkompetenz zwischen der zentralen Ebene und der Ebene der Fachbereiche aus. Wenn zwischen ihnen weitere Organe mit Beschlußkompetenz geschaffen würden, wäre eine klare Zuordnung der Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben nicht möglich und die Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen und zentralen Organen gefährdet.

Weitere Gremien mit Entscheidungsbefugnissen sind nur zulässig, wenn ihnen Entscheidungsbefugnisse von dem für sie zuständigen Organ, das die Verantwortung behält, übertragen worden sind. Die Entscheidungsbefugnisse müssen also von einem zentralen Organ oder von einem Organ des Fachbereichs abgeleitet sein. Solche Gremien kommen etwa für zentrale Einrichtungen (§ 25) sowie für Forschungseinrichtungen und Betriebseinheiten nach § 24 Abs. 4 in Betracht.

Bei Hochschulen, deren Einrichtungen auf mehrere Orte verteilt sind, kann die Bildung von örtlichen Abteilungen in Betracht kommen. Allerdings werden durch § 21 Organe mit Beschlußkompetenz auf dieser Ebene ausgeschlossen. Zur Wahrnehmung der örtlichen Aufgaben der Verwaltung kann ein Abteilungsleiter bestellt werden, der die laufenden Geschäfte im Auftrag des Hochschulorgans führt, dem die Abteilung zugeordnet ist.

Zu § 22 — Leitung der Hochschule

Der Entwurf sieht die Präsidialverfassung vor, die der Forderung nach größerer Effektivität, Entscheidungsbefugnis und Kontinuität der Leitung der Hochschule Rechnung trägt. Auch im Hinblick auf die Einführung der Einheitsverwaltung im Sinne der Zusammenfassung der Verwaltung der akademischen

und der staatlichen Angelegenheiten (§ 7 Abs. 3) kann das Amt desjenigen, der die Verantwortung für die Leitung der Hochschule trägt, nicht auf eine Tätigkeit im Nebenberuf und nicht auf eine relativ kurze Amtszeit beschränkt werden.

Der Entwurf läßt verschiedene Formen der Präsidialverfassung zu. Anstelle eines Präsidenten ist ein Präsidium möglich, in dem dem hauptberuflichen Mitglied (Präsident) weitere Mitglieder (Vizepräsidenten) zur Seite stehen. Auch eine kollegiale Amtsführung des Präsidiums, bei der das hauptberufliche Mitglied auf den Vorsitz beschränkt ist, ist mit Absatz 1 vereinbar. Als weiteres Mitglied des Präsidiums kann ein Verwaltungsbeamter der Hochschule gewählt werden, der den Präsidenten unterstützt und unter dessen Verantwortung die laufenden Geschäfte der Hochschulverwaltung führt. Er ist in seiner Eigenschaft als Mitglied des Leitungsgremiums mit den übrigen Mitgliedern abwählbar. Der Entwurf geht davon aus, daß dem Präsidenten ein Verwaltungsapparat zur Verfügung steht, der in Umfang und Qualität über die bisher hierfür weithin übliche Ausstattung der Hochschulen hinausgeht.

Dem Leiter bzw. dem Leitungsgremium muß die Verwaltung der Hochschule in eigener Verantwortung obliegen. Damit werden die verschiedenen Formen der Rektoratsverfassung, bei der die Hochschulleitung in ihren Entscheidungen meist an den Senat gebunden ist, ausgeschlossen.

Die Regelung der Befugnisse der Hochschulleitung bleibt im einzelnen dem Landesgesetzgeber überlassen. Der Entwurf trägt jedoch dafür Sorge, daß die Hochschulleitung in ihren Befugnissen nicht unbegrenzt ist, indem er auf zentraler Ebene die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben zentralen Kollegialorganen zuweist (näheres s. § 23). Durch Absatz 2 ist ferner sichergestellt, daß die Hochschulleitung, ihre Amtsführung gegenüber der Hochschule zu verantworten hat: für die Wahl der Abwahl ist nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 ein zentrales Kollegialorgan zuständig, dem damit die Aufgabe der hochschulpolitischen Kontrolle der Leitung zufällt. Für die Abwahl ist nach Absatz 2 ein konstruktives Mißtrauensvotum und eine qualifizierte Mehrheit vorgesehen.

§ 9 Abs. 1 Nr. 3 bestimmt, daß Land und Hochschule bei der Bestellung und Abberufung der Leitung zusammenwirken; in welcher Weise, bleibt der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Zu § 23 — Zentrale Kollegialorgane

Der Entwurf sieht davon ab, die Zusammensetzung und die Aufgaben der zentralen Kollegialorgane der Hochschule im einzelnen zu regeln. Er beschränkt sich im § 23 darauf, hinsichtlich der dort aufgeführten Materien die Zuständigkeit eines Kollegialorgans festzulegen. Durch Landesrecht können ihnen weitere Aufgaben übertragen werden.

Je nach der Größe der Hochschule kommen ein oder mehrere Kollegialorgane in Betracht. Welches Organ für die in Absatz 1 Nr. 1 bis 8 genannten Angelegenheiten zuständig sein soll, bleibt der Regelung durch

Landesgesetz überlassen (Absatz 2 Satz 1). Für die Aufgaben nach Nr. 1 und 2 kommt ein Konvent bzw. ein Konzil in Betracht, für die übrigen Aufgaben ein Senat oder ein Kuratorium (Hochschulbeirat), in dem Vertreter der Hochschule, der Gesellschaft und des Staates zusammenwirken. Die in den Nr. 5 bis 8 genannten Aufgaben können auch Ausschüssen zur selbständigen Erledigung übertragen werden (Absatz 2 Satz 2).

Die Nummern 1 bis 8 knüpfen weitgehend an das geltende Landesrecht an. Die in Nummer 5 vorgesehene Beschlußfassung im Zusammenhang mit Zulassungsbeschränkungen ist notwendig, wenn die Zulassungsbeschränkung von der Hochschule angeordnet werden soll. In diesem Fall ist über einen Antrag auf Zustimmung durch die zuständige Landesbehörde zu beschließen (§ 29 Abs. 3).

Nummer 7 gewährleistet, daß Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses innerhalb der Hochschule nicht von Einzelpersonen, sondern von Kollegialorganen getroffen werden, die nach einheitlichen Kriterien und unter Abwägung der jeweiligen Bedürfnisse der Fachbereiche entscheiden. Für diese Aufgabe kommt ein Ausschuß im Sinne des Absatz 2 Satz 2 in Betracht.

Nummer 8 sieht vor, daß ein zentrales Kollegialorgan zu den vom Fachbereich erarbeiteten Ordnungen für Hochschulprüfungen Stellung nimmt. Dies ist im Interesse einer Abstimmung und Koordination der Prüfungsordnungen sachlich geboten.

Zu § 24 — Fachbereiche

Die Fachbereiche treten einerseits an die Stelle der bei den meisten Fächern zu umfangreich und zu heterogen gewordenen Fakultäten. Auf der anderen Seite gehen auf sie die Zuständigkeiten der Lehrstühle, Seminare und Institute über, sofern diese nicht zentrale Einrichtungen werden (§ 25).

Der Entwurf enthält keine Kriterien für die Größe und Abgrenzung der Fachbereiche. Eine gesetzliche Fixierung ist nicht möglich, da die Verhältnisse von Fach zu Fach verschieden sind und innerhalb verwandter Fachgebiete verschiedene Zuordnungen denkbar sind.

Für bestimmte Aufgaben wird sich die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens mehrerer Fachbereiche in Lehre und Forschung ergeben. Dies ist in den Grenzen des § 21 rechtlich möglich. Es ist Aufgabe der Fachbereiche und der zentralen Organe (Hochschulleitung und zentrale Kollegialorgane), für die notwendige Abstimmung unter den Fachbereichen und für ein Zusammenwirken der Fachbereiche Sorge zu tragen.

Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung von Fachbereichen entscheidet ein zentrales Kollegialorgan (§ 23 Abs. 1 Nr. 6) im Zusammenwirken mit der zuständigen Landesbehörde (§ 9 Abs. 1 Nr. 2). Die Form des Zusammenwirkens zwischen Land und Hochschule bestimmt das Landesrecht.

Die Absätze 2 und 3 enthalten Grundsätze über die Struktur des Fachbereichs. Danach hat der Fachbereich eine kollegiale Verfassung. Die Zusammen-

setzung des Kollegialorgans des Fachbereichs und die Aufgabenstellung ist durch Landesrecht zu regeln; der Entwurf selbst nennt Aufgaben des Fachbereichs in § 23 Abs. 1 Nr. 8, § 24 Abs. 5, § 36, § 49 Abs. 2 und § 53 Abs. 1.

Mit der Erledigung der laufenden Geschäfte, zu der die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse des Kollegialorgans gehört, muß ein gewählter Professor oder Assistenzprofessor beauftragt werden (Sprecher, Dekan, Fachbereichsleiter). Ein Assistenzprofessor wird allerdings nur in Ausnahmefällen für dieses Amt in Frage kommen, da er in den ihm zur Verfügung stehenden sechs Jahren (s. § 45) in erster Linie die Voraussetzungen für die Einstellung als Professor erwerben soll (s. auch § 41 Abs. 4).

Nach Absatz 4 können innerhalb eines Fachbereichs Forschungseinrichtungen und Betriebseinheiten gebildet werden. Bei diesen handelt es sich um die Zusammenfassung von wissenschaftlichen, technischen, apparativen oder sonstigen Mitteln, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden müssen. Sie können eine kollegiale Verfassung haben (Institutsrat); sie stehen jedoch unter der Verantwortung des Fachbereichs. Es muß sich immer um Arbeitseinheiten ohne originäre Verwaltungskompetenz handeln. Entscheidungsbefugnisse kann eine solche Einheit nur haben, soweit sie ihr vom Fachbereich übertragen worden sind (§ 21 Satz 2). Die Einbindung in den Fachbereich zeigt sich auch darin, daß die Stellen und Mittel für diese Einrichtungen den Fachbereichen zugewiesen werden (Absatz 4 Satz 2).

Absatz 5 enthält besondere Bestimmungen für die Durchführung von Forschungsvorhaben, die aus Mitteln Dritter finanziert werden. Der Forscher, der solche Mittel erhält, ist in der Durchführung solcher Forschungsvorhaben frei. Die Freiheit zur Forschung schließt aber nicht ohne weiteres das Recht ein, Personal, Räume und apparative Einrichtungen des Fachbereichs nach eigenem Ermessen in Anspruch zu nehmen. Dem Fachbereich muß in diesem Fall die Möglichkeit zum Widerspruch gegeben werden, damit die Interessen aller Angehörigen des Fachbereichs berücksichtigt werden können. Aus diesem Grund muß der Fachbereich über derartige Forschungsvorhaben unterrichtet werden.

Im Streitfall trifft ein zentrales Organ die Entscheidung darüber, ob Personalmittel oder Einrichtungen des Fachbereichs in Anspruch genommen werden dürfen (Absatz 5 Satz 3).

Die Formel „nach näherer Bestimmung des Landesrechts“ ermöglicht es, daß durch Landesrecht, also auch durch Hochschulsatzung, Regelungen getroffen werden, die eine geringfügige Inanspruchnahme unter bestimmten Voraussetzungen zulassen, ohne daß der Fachbereich dem widersprechen kann.

Die Anzeigepflicht besteht auch dann, wenn Mittel oder Einrichtungen des Fachbereichs nicht in Anspruch genommen werden. Dies ermöglicht einen Überblick über die im Fachbereich und in der Hochschule durchgeführten Forschungsvorhaben. Hieraus können sich Impulse für eine verstärkte Zusammenarbeit und eine gegenseitige Abstimmung in der Forschung ergeben.

Zu § 25 — Zentrale Einrichtungen

Für Forschungs- oder Dienstleistungsaufgaben können nach § 25 zentrale Einrichtungen geschaffen werden. Hierzu gehören z. B. Bibliotheken, Rechenzentren, wissenschaftliche Großgeräte, hochschuldidaktische Zentren und Versorgungseinrichtungen (zu den Kliniken s. § 26).

Die zentralen Einrichtungen können kollegial verwaltet werden. Für sie ist stets die Leitung der Hochschule oder ein zentrales Kollegialorgan verantwortlich. Entscheidungsbefugnisse kann eine zentrale Einrichtung nur insoweit haben, als sie ihr von diesem Organ übertragen worden sind (§ 21 Satz 2). Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung zentraler Einrichtungen entscheidet ein zentrales Kollegialorgan der Hochschule (§ 23 Abs. 1 Nr. 6) im Zusammenwirken mit der zuständigen Landesbehörde (§ 9 Abs. 1 Nr. 2). Die Form des Zusammenwirkens zwischen Land und Hochschule bestimmt das Landesrecht. Zentrale Einrichtungen können auch von mehreren Hochschulen gemeinsam genutzt werden (§ 59 Abs. 1 Nr. 6).

Zu § 26 — Einrichtungen der Krankenversorgung

Für Einrichtungen der Krankenversorgung, vor allem Kliniken, kommen zwei Organisationsformen in Betracht: Betriebseinheiten, die nach § 24 Abs. 4 einem Fachbereich zugeordnet sind, oder zentrale Betriebseinheiten nach § 25. Dabei werden ihre Größe und Ausstattung in vielen Fällen eine organisatorische Gestaltung als zentrale Einrichtungen nahelegen. Dies ermöglicht eine Verwaltung auch nach modernen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.

Nach Satz 2 haben diese Einrichtungen eine kollegiale oder regelmäßig wechselnde Leitung. Diese Form der Leitung bezieht sich nur auf den Organisations- und Verwaltungsbereich, nicht auf den Bereich der ärztlichen Verantwortung. Ärztliche Entscheidungen gehören nicht zur Zuständigkeit eines Gremiums.

Zu § 27 — Allgemeine Voraussetzung

§ 27 und § 28 enthalten allgemeine Grundsätze über die Zugangsvoraussetzungen für das Studium an allen Hochschulen, die nach § 1 in den Geltungsbereich des Entwurfs fallen. Die Bestimmungen knüpfen an den bestehenden Rechtszustand an, ohne ihn jedoch zu verfestigen. Sie sind offen, um die angestrebte Neuordnung des Sekundarschulwesens und seiner Abschlüsse zu ermöglichen.

§ 27 enthält den Grundsatz, daß nach Maßgabe der Vorschriften des 6. Abschnitts jeder deutsche Studienbewerber, der die Qualifikation für das gewählte Studium nachweist, einen Rechtsanspruch auf Zulassung zum Studium in der gewünschten Fachrichtung bzw. in dem gewünschten Studiengang hat. Zu den Rechtsvorschriften, nach denen andere Personen Deutschen insoweit gleichgestellt sind (Absatz 2), gehört z. B. das Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (Bundesgesetzblatt I/1951 S. 269). Soweit EWG-Verordnungen Gleichstellungen vorsehen, fallen sie eben-

falls unter § 27 Abs. 2. Für die Asylberechtigten gilt nach § 44 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 353) das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Danach ist ihnen bei der Zulassung zum Studium eine möglichst günstige und in keinem Fall weniger günstige Behandlung als Ausländern zu gewähren.

§ 27 regelt die Voraussetzung der Zulassung nur insoweit, als die Qualifikation zum Studium in Betracht kommt. Persönliche Zulassungshindernisse, die nicht die Studienbefähigung betreffen (Satz 2), bleiben unberührt (z. B. Versagung der Aufnahme wegen Entmündigung).

Die Fassung von § 27 stellt auf das „gewählte Hochschulstudium“, d. h. auf die gewählte Fachrichtung oder den gewählten Studiengang ab. Es genügt mithin für das betreffende Studium auch ein Schulabschluß im Sinne der fachgebundenen Hochschulreife (§ 7 des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens vom 28. 10. 1964 — Hamburger Abkommen) oder der Fachhochschulreife (Artikel 6 des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens und Nummer 2 des Ergänzungsabkommens zum Hamburger Abkommen vom 31. 10. 1968). Auch ein studienbezogenes Abitur II im Sinne der Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen vom 7. 2. 1969, die sich die Bundesregierung zu eigen gemacht hat (s. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik Drucksache VI/925 S. 46), ist durch die Fassung von § 27 gedeckt.

Zu § 28 — Nachweis der Qualifikation

Durch § 28 werden verschiedene, durch Landesrecht näher zu regelnde Arten des Nachweises der Qualifikation im Sinne von § 27 zugelassen. Die Regel soll der erfolgreiche Abschluß einer Schulbildung sein, die auf das Studium, d. h. auf den gewählten Studiengang bzw. die gewählte Fachrichtung, vorbereitet. Der so erbrachte Nachweis berechtigt, wie Absatz 1 sagt, zu einem Studium, das zu dem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führt. Dieser wird mit dem Diplom oder einer entsprechenden staatlichen Prüfung erreicht (§ 38). Die Berechtigung zur Fortsetzung des Studiums nach dem ersten Abschluß wird durch andere Vorschriften geregelt.

Neben dem in Absatz 1 beschriebenen Regelnachweis sind nach Absatz 2 andere, durch Landesrecht als gleichwertig anerkannte Arten des Nachweises zugelassen, z. B. die Reifeprüfung für Nichtschüler, die Prüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis und die in einigen Ländern bestehende Eignungsprüfung für die Zulassung zum Studium an Pädagogischen Hochschulen. Das Landesrecht kann für bestimmte Studiengänge auch den Nachweis einer praktischen Vorbildung verlangen.

Satz 2 sieht vor, daß in besonderen Fällen die Feststellung der Qualifikation des Studienbewerbers durch die Hochschule selbst erfolgen muß. Hierzu gehören nach geltendem Recht Aufnahmeprüfungen in denjenigen Fachrichtungen, in denen die Eignung

zum Studium durch Nachweise nach Absatz 1 nicht festgestellt werden kann, wie z. B. in künstlerischen Fachrichtungen. Der Fall, daß ein gewähltes Studium eine Qualifikation erfordert, die der Studienbewerber durch seine Schulbildung nicht nachgewiesen hat, kann in größerem Umfang eintreten, wenn die Oberstufe der Sekundarschule stärker differenziert und die allgemeine Hochschulreife durch ein Abitur II ersetzt wird. Für diesen Fall sind von der Schule oder der Hochschule Brückenkurse anzubieten, durch die die Qualifikationen für weitere Studiengänge oder Fachrichtungen erworben werden können.

Zu § 29 — Zulassungsbeschränkungen

Die in dem Entwurf vorgesehene funktionale Neuordnung des gesamten Hochschulbereichs, die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Hochschulen, die Bestimmungen über die Planung, die effektivere Gestaltung des Studiums und die Schaffung einer funktionsfähigeren Personalstruktur haben nicht zuletzt das Ziel, die Voraussetzungen für die Beseitigung der Engpässe im Hochschulbereich zu schaffen. Bis zum Wirksamwerden dieser Reformen und des verstärkten Ausbaus der Hochschulen werden sich Zulassungsbeschränkungen in bestimmten Fachrichtungen nicht vermeiden lassen. Der Bundesgesetzgeber kann sich der Verantwortung nicht entziehen — besonders auch zum Schutze der Studienbewerber —, die gegenwärtigen Zulassungsbeschränkungen bundeseinheitlich so zu regeln, daß keine Willkür entsteht und die Zulassungskriterien objektiviert werden. Diesem Ziel dienen die §§ 29 bis 31 und § 61.

Jeder Studienbewerber, der die Qualifikation für das gewählte Studium nachweist, hat einen Anspruch auf Zulassung zum Studium der gewünschten Fachrichtung bzw. des gewünschten Studienganges. Dieser Anspruch findet seine Grenzen an der Zahl der Studienplätze, die an der von ihm gewählten Hochschule vorhanden sind. Eine Zulassungsbeschränkung und eine Auswahl der Studienbewerber nach § 29 und § 30 stehen dem in § 27 verankerten Rechtsanspruch nicht entgegen.

Nach § 29 ist eine Begrenzung der Zahl der zuzulassenden Studienbewerber nur zulässig, wenn andernfalls ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr gewährleistet ist (Absatz 1).

Die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen darf immer nur eine Notmaßnahme für eine genau bestimmte Zeit („jeweils für die Dauer eines Jahres“) und nur für bestimmte Fachrichtungen oder Studiengänge sein. Zuvor sind alle gegebenen Möglichkeiten für eine Überwindung des Engpasses auszuschöpfen. Die zeitliche Begrenzung ist erforderlich, um eine ständige Überprüfung des Verhältnisses der Zahl der Studienbewerber zur Ausbildungskapazität sicherzustellen.

Nach Absatz 2 ist für die Anordnung der Zulassungsbeschränkungen entweder die Hochschule mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde oder die zuständige Landesbehörde selbst befugt. Die Einschaltung des Staates ist erforderlich, da der

Staat als Träger der Hochschule die politische Verantwortung dafür trägt, daß die Hochschule ihren Ausbildungsauftrag erfüllt.

Absatz 3 stellt sicher, daß der zuständigen Landesbehörde die für ihre Entscheidung notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird gewährleistet, daß Zulassungsbeschränkungen nur aufgrund überprüfbarer Kapazitätsberechnungen eingeführt werden (s. zur Ermittlung der Aufnahmefähigkeit der Hochschule Begründung zu § 10).

Absatz 4 entspricht rechtsstaatlichen Erfordernissen.

Zu § 30 — Maßstäbe für die Auswahl

§ 30 gilt nur dann, wenn nach der Feststellung der zuständigen Landesbehörde für eine Fachrichtung oder einen Studiengang an allen Hochschulen im Bundesgebiet Zulassungsbeschränkungen bestehen und somit nicht mehr alle Studienbewerber zugelassen werden können. Nur in diesen Fällen ist eine bundeseinheitliche Regelung der Kriterien erforderlich, nach denen die Zulassung erfolgt. Die zuständige Landesbehörde trifft die Feststellung auf der Grundlage der von jedem Land nach § 61 durchzuführenden Ermittlung der freien Studienplätze, deren Ergebnis den anderen Ländern mitzuteilen ist. Die Bewerbungen sind auch im Fall des § 30 an eine von den Ländern bestimmte Stelle zu richten (§ 61 Abs. 2).

Absatz 1 zählt abschließend die für die Auswahl zulässigen Maßstäbe auf, die stets kumulativ anzuwenden sind (Absatz 2). Nach Absatz 1 Nr. 1 gehört zu den Kriterien zunächst die besondere Qualifikation für das gewählte Studium. Der Nachweis der allgemeinen Qualifikation (§ 27) ist grundsätzlich durch den Abschluß einer auf das Studium vorbereitenden Schulbildung erbracht (s. § 28). Die Feststellung der besonderen Qualifikation für das gewählte Studium wird in der Regel auf der Grundlage dieses Abschlusses erfolgen. Dies schließt andere Formen des Nachweises nicht aus. Die Anwendung von Testverfahren setzt gesicherte Tests und Testmethoden voraus, die jedoch z. Z. noch nicht zur Verfügung stehen. Soweit ein enger Zusammenhang zwischen Schulfächern und Studiengängen nachweisbar ist, können die Leistungen in derartigen Schulfächern besonders bewertet, d. h. mit einem zusätzlichen „Bonus“ versehen werden.

Durch Absatz 1 Nr. 1 wird das Los als Auswahlmittel ausgeschlossen. Der Entwurf entscheidet sich bewußt für das Leistungsprinzip.

Absatz 1 Nr. 2 gibt innerhalb der nach der Wartezeit zuzulassenden Zahl denjenigen Studienbewerbern, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes erfüllt haben — dazu gehört der Dienst in der Bundeswehr, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband sowie der Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer —, den Vorrang unter den männlichen Studienbewerbern bei gleicher Wartezeit. Absatz 1 Nr. 2 enthält damit einen Beitrag zur Wehrgerechtigkeit.

Nach Nummer 3 ist auch die Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte möglich. Dabei muß die soziale Härte gerade in der Person des Bewerbers gegeben

sein. Nachteilige Auswirkungen für Angehörige des Bewerbers reichen nicht aus. Auch darf über diese Bestimmung keine Bevorzugung von „Landeskindern“ vorgenommen werden (§ 31).

Absatz 4 stellt Studienbewerber, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes erfüllt haben, hinsichtlich ihrer Zulassungschance so, als ob sie sich bei Beginn ihres Dienstes um Zulassung zum Studium beworben hätten. Diesen Studienbewerbern darf aus dem Umstand, daß sie für eine bestimmte Zeit durch einen Dienst für die Allgemeinheit an der Bewerbung für das Studium gehindert waren, kein Nachteil erwachsen.

Zu § 31 — Unabhängigkeit der Zulassung vom Wohnsitz

§ 31 stellt einen Anwendungsfall von Artikel 3 GG dar; er verbietet die Anwendung des sogenannten Landeskinderprinzips bei der Zulassung von Studienbewerbern, und zwar nicht nur im Falle von Zulassungsbeschränkungen. Die Freiheit der Wahl der Ausbildungsstätte darf nicht durch die Bevorzugung solcher Studienbewerber, die in einem bestimmten Bundesland geboren sind, dort ihren Wohnsitz oder ihre Qualifikation für das Studium erworben haben, eingeschränkt werden.

Zu § 32 — Gebührenfreiheit

§ 32 berücksichtigt die Ubereinkunft der Ministerpräsidenten der Länder vom 16. April 1970, die in den meisten Ländern bereits verwirklicht ist.

Der Wegfall der Studien- und Prüfungsgebühren trägt zur Herstellung der bildungspolitischen Chancengleichheit bei. Die vorgesehene Regelung bezieht sich auf die Immatrikulations- und Vorlesungsgebühren (Unterrichtsgeld) sowie auf die Gebühren für Zwischen-, Vor- oder Abschlußprüfungen und Doktorprüfungen.

Zu § 33 — Studienreform

Nach Absatz 1 ist die Reform von Studium und Prüfungen eine ständige Aufgabe der Hochschule („permanente Studienreform“). Die Hochschulen müssen dabei mit den zuständigen staatlichen Stellen zusammenwirken (vgl. auch § 9 Abs. 1 Nr. 1, § 60). Die Mitwirkung des Staates soll sicherstellen, daß bei der Reform von Studium und Prüfungen den Anforderungen der beruflichen Praxis in dem notwendigen Umfang Rechnung getragen wird. Dieser Praxisbezug muß auch zu entsprechenden Konsequenzen in den Laufbahnbestimmungen des öffentlichen Dienstes führen. Der Staat muß ferner im Interesse der Freizügigkeit der Lehrenden und Studierenden dafür Sorge tragen, daß die Studien- und Prüfungsordnungen der einzelnen Hochschulen sich nicht zu weit auseinanderentwickeln und die Äquivalenz der deutschen Hochschulabschlüsse mit denen ausländischer Hochschulen, soweit möglich, sichergestellt ist.

Absatz 2 soll die zur Erprobung von Reformmodellen im Sinne von Absatz 1 notwendigen Experimente ermöglichen. Die bloße Aufnahme von Expe-

rimentierklauseln in die Studien- oder Prüfungsordnungen würde zur rechtlichen Sicherung des Experiments nicht ausreichen: auch der zu erprobende Studiengang bedarf in Interesse seiner allgemeinen Anerkennung einer vom zuständigen Hochschulorgan zu erlassenden Studienordnung und Prüfungsordnung, die dann alternativ neben der bestehenden Ordnung gilt. Die Reformstudien- und -prüfungsordnungen können auch erhebliche Abweichungen von den sonst geltenden Studien- und Prüfungsordnungen vorsehen.

Unter Absatz 2 fallen auch gesetzlich vorgesehene Reformmodelle, soweit sie das Hochschulstudium betreffen, wie z. B. die durch § 5 a DRiG i. d. F. des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des DRiG ermöglichte Einphasenausbildung. Der Entwurf begünstigt solche Reformmodelle. Zur Erprobung derartiger Reformmodelle kann das Landesrecht insbesondere vorsehen, daß mit Lehraufträgen betraute Praktiker (vgl. § 34 Abs. 2 Satz 2 und § 51) hinsichtlich der Lehre und Studium betreffenden Fragen mitgliederschaftsrechtlich den Professoren oder Assistenzprofessoren gleichgestellt sind (§ 13 Abs. 3).

Absatz 3 bringt zum Ausdruck, daß die Hochschule für ihre Aufgabe zur Studienreform die notwendigen organisatorischen, personellen, planungs- und haushaltsmäßigen Maßnahmen treffen muß. In Betracht kommt insbesondere die Bildung hochschuldidaktischer Ausschüsse und interdisziplinärer Arbeitsgruppen oder Forschungszentren. Die Hochschule muß deren Zusammenarbeit mit entsprechenden Einrichtungen anderer Hochschulen (§ 59) und den Studienreformkommissionen (§ 60) sicherstellen.

Zu § 34 — Studienziel, Studiengang

Absatz 1 verankert für alle Studiengänge den Grundsatz, daß das Studium neben den notwendigen Fachkenntnissen und der fachbezogenen Methodik in erster Linie die Fähigkeit zu wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeit vermitteln muß, d. h. zu theoretisch-systematischem Denken und zum Erkennen und Lösen neuer Probleme. Lehre und Studium dürfen sich nicht in einer Wissensvermittlung bzw. Wissensaufnahme erschöpfen. Vielmehr muß beides dazu befähigen, aus sachlicher Einsicht selbständig Wissen zu erwerben, es kritisch zu prüfen und zu erweitern, in der Praxis anzuwenden und weiter zu vermitteln. Die Studenten sollen nach Studienziel und Studienphase differenziert an die Forschung herangeführt werden. Die sich ständig weiterentwickelnde Wissenschaft und die ständige Veränderung der Berufswelt erfordern die Bereitschaft und die Motivation zu einem „lebenslangen Lernen“. Dies wird das Studium insgesamt, vor allem auch die traditionellen Lehrformen der Hochschule, wesentlich verändern.

Hinsichtlich der berufsbezogenen Anforderungen an das Studium gilt, daß die Studiengänge nicht auf starre Berufsbilder fixiert werden sollen, sondern sich an breiteren beruflichen Tätigkeitsfeldern orientieren müssen. Dies macht eine wechselseitige Anpassung von Studium und beruflichen Möglichkeiten notwendig und wird im Rahmen der permanenten

Studienreform (§ 33 Abs. 1) zur Einrichtung neuer Studiengänge und zur Aufhebung überholter Studiengänge führen. Die berufsbefähigende Funktion des Studiums darf nicht mit der spezifischen Einübung in bestimmte Berufe verwechselt werden; diese hat in der Anfangsphase des Berufslebens zu erfolgen.

Absatz 2 Satz 1 soll gewährleisten, daß der Abschluß des einzelnen Studienganges den Eintritt in einen Beruf ermöglicht; für die volle Berufsbefähigung können weitere Voraussetzungen, z. B. eine praktische Tätigkeit, gefordert werden. Die Einrichtung und Neugestaltung der Studiengänge bedeutet keine „Verplanung des Studiums“; vielmehr sagt Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit § 35 Abs. 2, daß dem Studenten im Interesse einer besseren Studienmotivation und eines interdisziplinären Studiums zur eigenen Gestaltung des Studienverlaufs hinreichend Zeit verbleiben muß. Ein Studium, das der Fortbildung, der Vertiefung oder der Promotion dient, fällt nicht unter den Begriff des Studienganges.

Satz 2 bringt zum Ausdruck, daß in dafür geeigneten Fachrichtungen im Laufe des Hochschulstudiums mehr theoretisch orientierte Studienphasen mit besonders praxisnahen Phasen wechseln. Es handelt sich um sogenannte einstufige Studiengänge, die theoretisches Studium und das Studium der Praxis miteinander verbinden. Dies wird zu einer besseren Durchdringung von Theorie und Praxis beitragen. Satz 2 läßt aber auch die Möglichkeit einer praktischen Ausbildung außerhalb des Studiums offen, wo sachliche Gründe eine solche Trennung erfordern.

Satz 3 sieht vor, daß die Studiengänge innerhalb eines bestimmten Rahmens unterschiedliche Fächerkombinationen und berufliche Möglichkeiten eröffnen; dazu muß die Zahl der Pflichtfächer innerhalb des Studienganges zugunsten einer größeren Zahl von Wahlfächern reduziert werden.

Die Absätze 2 und 3 sind im Zusammenhang mit § 4 Abs. 2 (differenziertes Studiensystem) zu lesen: Das Gesetz enthält keine schematische Festlegung auf „Kurz-“ oder „Langstudiengänge“, „Alternative“ oder „Konsekutive Studiengänge“. Die verschiedenen Studiengänge müssen im Interesse der gegenseitigen Durchlässigkeit möglichst gemeinsame Studienabschnitte umfassen. Der Wechsel zwischen verschiedenen Studiengängen einer Fachrichtung muß unter Umständen durch Brückenkurse erleichtert bzw. ermöglicht werden.

Absatz 3 enthält eine Richtlinie für diejenigen Stellen, die die Studiengänge gestalten. Die Regelstudienzeit — Satz 1 — bestimmt sich nach dem Studienziel und hängt wesentlich davon ab, daß das Studium als exemplarisches Lernen verstanden wird. Infolge der Intensivierung und Konzentration des Studiums, der Einführung einer studienbegleitenden Beratung und neuer didaktischer Methoden kann das allgemeine Studienziel im Sinne von Absatz 1 auch mit geringeren als den in den letzten Jahren zum Teil überlang gewordenen Studienzeiten erreicht werden.

Studiengänge mit einer Regelstudienzeit von drei Jahren sind in größerem Umfang als bisher einer-

seits in dem Bereich möglich, der der bisherigen wissenschaftlichen Hochschule entspricht. Satz 2 betrifft andererseits anwendungsbezogene Studiengänge, die bisher an Fachhochschulen oder vergleichbaren Einrichtungen vertreten waren und bereits jetzt eine dreijährige Dauer haben. Die Einbeziehung dieser Studiengänge in das künftige differenzierte Studiensystem soll nicht, wenn es nicht sachlich zwingend geboten ist, zu einer Verlängerung der Studienzeiten führen. Da auch diese Studiengänge, wie sich aus Absatz 1 ergibt, wissenschaftsbezogen und auf ein exemplarisches Lernen anzulegen sind, verliert die Dauer des Studiums ihre bisherige statusrechtliche Bedeutung als Anknüpfungspunkt für laufbahnrechtliche Einstufungen oder vergleichbare Bewertungen in der Wirtschaft.

Zu § 35 — Studienordnungen

Die Studienordnung ist der Rahmen, in dem die Studienziele und -inhalte konkretisiert werden. Soweit andere Rechtsvorschriften, die den Zugang zu bestimmten Berufen regeln und nicht der Disposition der Hochschule unterliegen, detaillierte Aussagen über Studienziele und Inhalte enthalten (z. B. die Approbationsordnung für Ärzte), ist daneben die Aufstellung von Studienordnungen nicht notwendig.

Studienordnungen sollen dem Studenten eine umfassende Unterrichtung über sein Studienfach vermitteln und damit eine sinnvolle Anlage seines Studiums erleichtern. Die Studenten werden durch die Studienordnungen in die Lage versetzt, ihren Studienweg zu überblicken und ihr Studium so einzurichten, daß sie es in der vorgesehenen Regelstudienzeit (§ 34 Abs. 3 in Verbindung mit § 35 Abs. 2) tatsächlich durchführen können.

Absatz 2 bringt zum Ausdruck, daß den Studenten die Bewältigung der in der Studien- und Prüfungsordnung geforderten stofflichen Anforderungen in einer bestimmten Zeit (§ 34 Abs. 3) ermöglicht werden muß; von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die hochschuldidaktische Forschung. Die Studienordnung muß gewährleisten, daß der Student nach seiner Wahl auch an fachübergreifenden Lehrveranstaltungen teilnehmen kann.

Zu § 36 — Lehrangebot

Absatz 1 enthält die Verpflichtung der Fachbereiche, durch das Angebot entsprechender Lehrveranstaltungen dafür zu sorgen, daß die gestellten Anforderungen von den Studenten erfüllt werden können. Zu diesem Zweck sollten Lehrangebotspläne aufgestellt werden, die das Lehrangebot des Fachbereiches angeben. An ihnen kann sich der Student dann orientieren und sein Arbeitsprogramm entsprechend ausrichten. Dabei wird es auch darauf ankommen, die bisherige vorlesungsfreie Zeit in stärkerem Umfang als bisher für Lehrveranstaltungen (z. B. für Brückenkurse, Examinatorien usw.) zu nutzen.

Nach Absatz 2 können den in der Lehre tätigen Angehörigen des Fachbereichs im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen bestimmte

Lehrveranstaltungen übertragen werden. Voraussetzung ist, daß eine einvernehmliche Regelung im Fachbereich nicht erreicht werden kann. Durch einen derartigen Beschluß des Fachbereichsorgans erfolgt eine Bindung nur hinsichtlich der Organisation und des Gegenstandes der Lehre. Eine darüber hinausgehende Bindung würde gegen Artikel 5 Abs. 3 GG verstoßen. Die Formulierung „im Rahmen der für Ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen“ besagt, daß dem Betreffenden eine bestimmte Lehrveranstaltung nur dann übertragen werden kann, wenn die Abhaltung einer solchen Lehrveranstaltung zu seinen dienstrechtlichen Aufgaben gehört. Für Professoren und Assistenzprofessoren werden die dienstrechtlichen Aufgaben nach Maßgabe von § 41 Abs. 6 oder § 43 Abs. 3 festgelegt.

Zu § 37 — Hochschulprüfungen

Absatz 1 ist Ausdruck des Grundsatzes, daß die Prüfung sich am Studienziel ausrichtet hat, nicht umgekehrt das Studienziel an der Prüfung. Daraus folgt, daß die Prüfungsordnungen den Studienordnungen angepaßt werden müssen.

Absatz 2 Satz 1 stellt sicher, daß die Zwischen- oder Abschlußprüfungen an den Hochschulen nur in einem durch eine Prüfungsordnung geregelten Prüfungsverfahren stattfinden. Die vorgesehene Genehmigung durch die zuständige Landesbehörde kann, wenn das Landesrecht dies vorsieht, auch aus anderen als Rechtsgründen versagt werden (vgl. auch § 9 Abs. 1 Nr. 1, § 60 Abs. 3). Hier gilt das in der Erläuterung zu § 9 Abs. 1 über das Zusammenwirken von Hochschule und Staat Gesagte.

Absatz 2 Satz 3 eröffnet die Möglichkeit, das System der punktuellen Abschlußprüfung zu ersetzen durch ein System von kontinuierlichen studienbegleitenden Leistungsnachweisen (etwa im Sinne eines „Creditsystems“), das einer verstärkten Selbstkontrolle der Studenten und damit einer besseren Studienmotivation dient.

Absatz 3 verankert den Grundsatz „wer lehrt, prüft“: wissenschaftliche bzw. künstlerische Prüfungen müssen von denjenigen abgenommen werden, die eigene Lehrerfahrung an einer Hochschule erworben haben. Damit werden die in der Berufspraxis Stehenden von der Mitwirkung an Hochschulprüfungen nicht ausgeschlossen. Sie können an Hochschulprüfungen mitwirken, wenn sie durch einen Lehrauftrag (§ 51) mit Forschung und Lehre an der Hochschule verbunden sind. Soweit praktische Tätigkeiten Teil eines Studiengangs sind (§ 34 Abs. 2), können Lehraufträge auch für Lehraufgaben im Rahmen dieses Studienabschnitts erteilt werden. Ein Prüfungsrecht der Lehrkräfte für besondere Aufgaben muß entsprechend ihrer Funktion ausdrücklich auf die von ihnen unterrichteten Gegenstände begrenzt werden.

Absatz 4 soll eine objektivierete Bewertung der Prüfungsleistungen sichern. Bei neuen Prüfungsmethoden für bestimmte Fächer, z. B. dem „multiple-choice-Verfahren“, ist eine Bewertung durch mehrere Prüfer jedoch weder sinnvoll noch notwendig.

§ 37 enthält über staatliche und kirchliche Prüfungen keine Aussage. Die Bundesregierung strebt für diejenigen Staatsprüfungen, für deren Regelung dem Bund eine Kompetenz zusteht, ein den Grundsätzen dieses Entwurfs entsprechendes Verfahren an.

Zu § 38 — Hochschulgrade

Wer aufgrund einer Hochschulprüfung einen berufsqualifizierenden Studienabschluß erreicht hat, erhält von der Hochschule den Diplomgrad. Dieser Grad wird unabhängig davon verliehen, welche Dauer der betreffende Studiengang hat. Differenzierende Kennzeichnungen im Titel, die die Dauer des Studienganges zum Ausdruck bringen, sind damit unzulässig; diese müssen sich aus dem Zeugnis ergeben. Die Regelung soll statusrechtliche Unterscheidungen, die die Studienreform erschweren, verhindern. Das Landesrecht, d. h. das Landesgesetz oder die Hochschulsatzung, bestimmt, welche weiteren Grade (z. B. Magister-, Lizentiaten-, Doktorgrad) von der Hochschule verliehen werden.

Zu § 39 — Studienberatung

Das künftige differenzierte Studiensystem, das verbesserte Studienangebot, die Fächerkombinationen parallel verlaufender Studiengänge, die Möglichkeiten neuer hochschuldidaktischer Medien usw. können von den Studenten nur genutzt werden, wenn eine ständige studienbegleitende Beratung durch entsprechend ausgebildete Beratungsexperten geschaffen wird. Diese Beratung wird wesentlich zur effektiveren Studiengestaltung beitragen, indem sie die frühzeitige Orientierung über Interessenschwerpunkte und Leistungsfähigkeit ermöglicht. Es ist zu erwarten, daß sich dadurch die Zahl der Studienabbrüche vermindert.

Von dieser Art der Beratung ist die Berufsberatung vor Aufnahme, bei einem Wechsel und nach Abschluß des Studiums zu unterscheiden; sie ist Sache der Arbeitsverwaltung. Jedoch soll die Hochschule bei der Studienberatung mit der Arbeitsverwaltung zusammenarbeiten.

Die Zusammenarbeit mit den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen ist erforderlich, um den notwendigen Wechselbezug zwischen Studium und Prüfung auch in den Fällen sicherzustellen, in denen ein Hochschulstudium mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossen wird.

Zu § 40 — Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Die Vorschrift zählt abschließend die Personalgruppen auf, die an der Hochschule hauptberuflich eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit ausüben. Die Aufrechterhaltung oder Einführung von anderen als den hier genannten dienstrechtlichen Kategorien ist damit — vorbehaltlich der Übergangsregelung in § 57 — ausgeschlossen. Bisher gab es u. a. ordentliche Professoren, außerordentliche Professoren, Abteilungsvorsteher und Professoren, Abteilungsvorsteher, Wissenschaftliche Räte und

Professoren, Wissenschaftliche Räte, außerplanmäßige Professoren, beamtete Privatdozenten, Universitätsdozenten, Hochschuldozenten, Diätendozenten, leitende Oberärzte, Oberassistenten, Obergeringeneure, Prosektoren, akademische Räte, Observatoren, Kustoden, Konservatoren, Wissenschaftliche Assistenten usw. Durch § 40 wird diese nur aus der historischen Entwicklung erklärliche Personalvielfalt im Hochschulbereich zugunsten einer einheitlichen Personalstruktur für alle Hochschularten überwunden.

Die verschiedenartigen Aufgaben der in § 40 genannten Gruppen werden im einzelnen in den folgenden Vorschriften bestimmt. Ihre mitgliedschaftsrechtliche Stellung ergibt sich aus §§ 13 ff. § 40 enthält keine Aussage über die Bildung von Mitgliedergruppen im Sinne von § 15.

Die Festlegung eines Oberbegriffs „Hochschullehrer“ für die Professoren und Assistenzprofessoren ist nicht erforderlich. Aus den Vorschriften des Entwurfs ergibt sich, daß Professoren und Assistenzprofessoren grundsätzlich gleich behandelt werden (§ 17 und § 18). Dienstrechtliche Unterschiede (z. B. Professor als Beamter auf Lebenszeit — Assistenzprofessor als Beamter auf Zeit) sowie eine unterschiedliche Lehrbelastung ergeben sich aus §§ 44, 45, 41 Abs. 4).

Zu § 41 — Dienstrechtliche Aufgaben der Professoren und Assistenzprofessoren

Die Tätigkeit der Professoren und Assistenzprofessoren ist dadurch geprägt, daß sie die ihrer Hochschule in Wissenschaft und Kunst obliegenden Aufgaben in ihrem Fach selbständig, d. h. frei von Weisungen, wahrnehmen.

Absatz 1 Satz 2 hebt hervor, daß zu den dienstrechtlichen Aufgaben der Professoren und Assistenzprofessoren auch die Mitwirkung an Prüfungen und die Beteiligung an der Selbstverwaltung der Hochschule und an Aufgaben der Studienreform gehören.

Absatz 2 ist eine Konsequenz aus § 2 Abs. 6: Werden einer Hochschule Aufgaben nach dieser Vorschrift übertragen (z. B. Krankenversorgung, Hygieneuntersuchungen, Materialprüfungen usw.), so obliegt deren Wahrnehmung den Professoren und Assistenzprofessoren als Dienstaufgabe. § 2 Abs. 6 bringt bereits zum Ausdruck, daß der Hochschule und damit ihren Professoren und Assistenzprofessoren solche Aufgaben nur unter bestimmten Voraussetzungen übertragen werden dürfen.

Absatz 3 ermöglicht, daß Professoren entweder überwiegend in der Lehre oder überwiegend in der Forschung tätig sein können. Das Wort „überwiegend“ bringt zum Ausdruck, daß alle Professoren nach Maßgabe der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen durch eine entsprechende Festlegung des Umfangs ihrer Lehrverpflichtungen mindestens die Möglichkeiten zur Forschung erhalten müssen, die für eine wissenschaftsbezogene Lehre im Sinne von § 34 Abs. 1 notwendig sind. Allen an der Hochschule Lehrenden muß daher der Weg zur selbständigen Forschung offenstehen. Das bedeutet allerdings nicht, daß Professoren an Fachhochschulen oder anderen Einrichtungen des Hochschulwesens,

an denen keine oder keine ausreichenden Forschungsmöglichkeiten bestehen und für die die Voraussetzungen für eine Einbeziehung in eine Gesamthochschule noch nicht erfüllt sind, einen Anspruch auf die Schaffung von Forschungseinrichtungen an ihrer Hochschule haben. Der Wissenschaftsbezug der Lehre ist in diesen Fällen dadurch sicherzustellen, daß durch ein Zusammenwirken mit einer anderen Hochschule Forschungsmöglichkeiten eröffnet werden (§ 59 Abs. 1 Nr. 4).

Absatz 4 soll sicherstellen, daß dem Assistenzprofessor hinreichend Zeit zu forschender Arbeit verbleibt, damit er sich zum Professor qualifizieren kann; er muß daher eine deutlich geringere Lehrbelastung als der Professor haben.

Die in Absatz 5 Satz 1 festgelegte Verpflichtung der Professoren und Assistenzprofessoren zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen ihres Fachs in allen Studiengängen verhindert, daß Professoren und Assistenzprofessoren stets nur in forschungsbezogenen oder nur in praxisbezogenen Studiengängen tätig sind. Satz 2 entspricht § 36 Abs. 2: Die Professoren und Assistenzprofessoren haben die dort genannten Beschlüsse des Fachbereichs zur Sicherstellung des Lehrangebots zu verwirklichen.

Absatz 6 bringt zum Ausdruck, daß die wahrzunehmenden Aufgaben nur dann bei der Einstellung im einzelnen festzulegen sind, wenn sie sich nicht — was die Regel sein sollte — bereits aus der Stellenausschreibung ergeben.

Zu § 42 — Einstellungsvoraussetzungen für Assistenzprofessoren und Professoren

Für die Ernennung zum Assistenzprofessor wird in jedem Fall ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie pädagogische Eignung verlangt. Als abgeschlossen in diesem Sinne gilt auch das Hochschulstudium in künstlerischen Fachrichtungen, das häufig nicht mit einer Abschlußprüfung endet.

Zusätzlich wird die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher bzw. künstlerischer Arbeit vorausgesetzt. Der Nachweis dieser besonderen Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit wird im Regelfall durch die Qualität einer Promotion erbracht. Wie sich aus den Worten „in der Regel“ ergibt, kann die besondere Befähigung auch auf andere Weise als durch eine Promotion nachgewiesen werden, z. B. durch wissenschaftliche Veröffentlichungen oder durch andere Leistungen in Lehre und Forschung. Auf diese Weise ist schon bisher in manchen Fachrichtungen die Eignung als wissenschaftlicher Assistent bisheriger Art oder als Professor festgestellt worden.

Für die Einstellung als Professor ist nicht erforderlich, daß der Bewerber zunächst Assistenzprofessor gewesen ist, wenn dies auch die Regel sein wird. Die unter Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe a geforderten zusätzlichen Leistungen können auch Leistungen in der wissenschaftlichen oder künstlerischen Lehre sein.

Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b ermöglicht die Einstellung von Bewerbern, die sich nicht durch die für den Professor grundsätzlich geforderten wissenschaftlichen und künstlerischen Nachweise, sondern

durch so hervorragende fachbezogene Leistungen im Beruf ausgewiesen haben, daß auf diese Nachweise verzichtet werden kann. Dies gilt, wie schon bisher, in besonderem Maße für technische und künstlerische Disziplinen.

Die pädagogische Eignung, die sich z. B. aus einer vorherigen Tätigkeit als Tutor (§ 53), als Lehrbeauftragter (§ 51) oder aus anderen Ausbildungstätigkeiten ergeben kann, wird allerdings auch in diesem Fall vorausgesetzt.

Um die Einstellung als Professor kann sich auch ein wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter (§ 50) bewerben, wenn er die genannten Voraussetzungen erfüllt.

Nach Absatz 2 hat die Habilitation im Rahmen der neuen Personalstruktur keine rechtliche Bedeutung mehr. Insbesondere hat sie keine dienstrechtlichen und mitgliedschaftsrechtlichen Auswirkungen: sie begründet keinen Anspruch auf die Übertragung einer Stelle oder auf einen Arbeitsplatz in der Hochschule. Die Habilitation als ein möglicher Nachweis wissenschaftlicher Qualifikation wird durch den Entwurf jedoch nicht ausgeschlossen.

§ 42 macht deutlich, daß allein die Maßstäbe der Eignung bzw. Leistung für die Einstellung entscheidend sind; bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses müssen darüber hinaus selbstverständlich die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen gegeben sein.

Zu § 43 — Einstellung von Professoren und Assistenzprofessoren

Die Ausschreibungspflicht nach Absatz 1 gilt auch für die Assistenzprofessorenstellen. Hinsichtlich der Professorenstellen entspricht sie im wesentlichen bereits der Praxis in den Ländern (vgl. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 28. 11. 1968). Mit der Ausschreibung soll erreicht werden, daß sich ein möglichst großer Personenkreis bewirbt und damit die Voraussetzungen für eine optimale Stellenbesetzung geschaffen werden. Bei der Ausschreibung sind die mit der Stelle verbundenen Aufgaben anzugeben. Diese können sich bei jeder Neuausschreibung ändern. Die bisher weithin übliche Festlegung des Aufgabenbereichs auf Dauer wird nicht beibehalten.

Absatz 2 stellt sicher, daß auch Personen, die sich nicht bewerben wollen, eingestellt werden können.

Für den Fall, daß Art und Umfang der Aufgaben entgegen der Regel des § 41 Abs. 6 bei der Einstellung durch Verhandlung festgelegt werden, darf sich nach Absatz 3 Satz 1 die Festlegung nicht auf die Ausstattung mit Personal- oder mit Sachmitteln beziehen. Personal- und Sachmittel werden von den zuständigen Hochschulorganen zugewiesen. Die Festlegung kann den Umfang der Lehrverpflichtung betreffen, muß dann aber unter dem in Absatz 3 Satz 2 genannten besonderen Vorbehalt getroffen werden.

Zu § 44 — Dienstrechtliche Stellung des Professors

An die Stelle der bisher in §§ 105 ff. des Beamtenrechtsrahmengesetzes getroffenen Sonderregelungen für Hochschullehrer treten die Regelungen dieses

Entwurfs (vgl. auch § 62). Im allgemeinen wird der Professor nach Satz 1 zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. Die bisherigen Sonderregelungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes für außerplanmäßige Professoren, Privatdozenten usw., wonach ein großer Teil der Hochschullehrer lediglich zu Beamten auf Widerruf ernannt werden konnte, entfallen künftig. Die Übergangsvorschriften sind in § 57 enthalten. Satz 2 sieht vor, daß für Professoren auch ein Beamtenverhältnis auf Zeit oder ein Angestelltenverhältnis begründet werden kann. Damit soll der Übergang qualifizierter Wissenschaftler von Berufen außerhalb der Hochschule zu einer befristeten Tätigkeit innerhalb der Hochschule gefördert werden und umgekehrt.

Die bisherige Regelung der Entpflichtung, die in § 108 BRRG für die ordentlichen und außerordentlichen Professoren bei Erreichen der Altersgrenze getroffen ist, wird nicht beibehalten.

Der Wegfall der Entpflichtung, der im Zuge der Gesamtreform der Personalstruktur im Hochschulbereich erfolgt, steht mit Artikel 33 Abs. 5 GG (hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums) im Einklang. Die mit der Entpflichtung verbundene beamten- und besoldungsrechtliche Sonderregelung für ordentliche und außerordentliche Professoren gegenüber anderen Beamtengruppen ist innerhalb der neuen Personalstruktur nicht mehr notwendig: dem besoldungsrechtlichen Aspekt der Entpflichtung wird durch die im Zusammenhang mit der Personalstrukturreform notwendige Neuregelung des Besoldungsrechts Rechnung getragen; dies wird durch die Berücksichtigung der bisherigen Kolleggeldpauschale bei der Neufestsetzung des Grundgehalts geschehen. Zur Besitzstandwahrung vergleiche § 58. Beamtenrechtlich bedeutet die bisherige Entpflichtung, daß der Professor auch nach Erreichen der Altersgrenze, soweit dies möglich ist, Wirkungsmöglichkeiten an seiner Hochschule behält. Dies kann jedoch auch ohne beamtenrechtliche Sonderregelung geschehen. Die Möglichkeit des in den Ruhestand tretenden Professors seine Tätigkeit an der Hochschule fortzusetzen, ist künftig nach den jeweiligen Gegebenheiten der Hochschule von dieser selbst zu regeln. Dies ist angesichts der Vermehrung der Professorenstellen im Zuge der Personalstrukturreform und der beschränkten Arbeitsplatzkapazitäten der Hochschulen unumgänglich.

Zu § 45 — Dienstrechtliche Stellung der Assistenzprofessoren

Die für Assistenzprofessoren vorgesehene dienstrechtliche Stellung eines Beamten auf Zeit trägt den Besonderheiten dieser Position als Vorbereitungszeit für die Tätigkeit als Professor Rechnung. Assistenzprofessoren sind nach Ablauf ihrer Amtszeit kraft Gesetzes entlassen (vgl. § 96 BRRG), da sie nicht in den Ruhestand eintreten.

Assistenzprofessoren, die nach Ablauf von 6 Jahren nicht für eine Daueraufgabe an einer Hochschule eingestellt worden sind, erhalten zur Erleichterung ihres Wechsels in einen anderen Beruf ein Übergangsgeld (§ 96 i. V. m. § 63 Abs. 1 Nr. 6 BRRG). Gegenüber den allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften wird jedoch ein höheres Übergangs-

geld gewährt, um den besonderen Verhältnissen der Stellung des Assistenzprofessors Rechnung zu tragen.

Für Assistenzprofessoren, die nicht in den Hochschuldienst übernommen werden, müssen in anderen Rechtsvorschriften, insbesondere in laufbahnrechtlichen Regelungen, Erleichterungen für den Übertritt in andere Berufe geschaffen werden. Im Hinblick auf den notwendigen personellen Ausbau der Hochschulen und das anzustrebende Zahlenverhältnis von Professorenstellen zu Assistenzprofessorenstellen ist aber damit zu rechnen, daß qualifizierte Assistenzprofessoren eine Professorenstelle erhalten.

Aus der entsprechenden Anwendung der Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit — Absatz 3 — ergibt sich u. a., daß der Assistenzprofessor, der während seiner Amtszeit dienstunfähig wird, ein Ruhegehalt nach den allgemeinen Vorschriften erhalten kann.

Zu § 46 — Anwendung der Vorschriften des Beamtenrechtsrahmengesetzes

Diese Vorschrift tritt an die Stelle der bisherigen Regelung des § 105 Abs. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes. Sie stellt klar, daß das Beamtenrechtsrahmengesetz auch für Professoren und Assistenzprofessoren gilt, soweit nicht in diesem Entwurf abweichende Regelungen getroffen werden.

Zu § 47 — Dienstrechtliche Sonderregelungen für beamtete Professoren und Assistenzprofessoren

Absatz 1 entspricht, abgesehen von der Regelung der Abordnung und Versetzung (Absatz 2), der bisherigen Regelung in § 106 Abs. 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

Für die Abordnung und Versetzung von Professoren und Assistenzprofessoren weicht Absatz 2 in einem bestimmten Fall von dem Grundsatz ab, daß kein Professor oder Assistenzprofessor gegen seinen Willen abgeordnet oder versetzt werden kann. Von diesem Grundsatz ist bei Auflösung einer Hochschule oder einer Hochschuleinrichtung oder bei ihrem Zusammenschluß mit einer anderen Hochschule eine Ausnahme notwendig; andernfalls wäre eine Umorganisation des Hochschulwesens, insbesondere die Schaffung von Gesamthochschulen, durch einen zu starren dienstrechtlichen Status der Professoren und Assistenzprofessoren gehemmt. Gemäß Absatz 2 Satz 2 wird für diesen Fall das Mitwirkungsrecht der Hochschule, die den abgeordneten oder versetzten Professor oder Assistenzprofessor aufnimmt, auf eine Anhörung beschränkt. Ein Vorschlagsrecht, das den Hochschulen nach Landesrecht bei der Einstellung im allgemeinen zusteht, besteht in dem Fall des Absatz 2 Satz 2 also nicht.

Zu § 48 — Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Die bisherige Sonderregelung über die ruhegehaltfähige Dienstzeit in § 106 Abs. 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes wird durch § 48 ersetzt und wesentlich erweitert.

Im Interesse der Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für Forschung und Lehre an den Hoch-

schulen ist es notwendig, daß im Rahmen der Nummer 1 auch die Promotionszeit ohne besonderen Nachweis als ruhegehaltfähig anerkannt wird. Da es für Professoren und Assistenzprofessoren keine Laufbahn gibt und ein starkes Interesse der Hochschule an der Gewinnung qualifizierter Professoren und Assistenzprofessoren auch aus Berufen außerhalb der Hochschule bestehen kann, sollen außerdem nach Nummer 2 auch die außerhalb des öffentlichen Dienstes verbrachten Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit angerechnet werden. Voraussetzung ist, daß durch die Tätigkeit Fähigkeiten erworben werden, die für die Wahrnehmung des Amtes an der Hochschule förderlich sind. Dazu gehören z. B. Tätigkeiten in Forschungseinrichtungen, Lehrtätigkeiten an Bildungseinrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs und ähnliches.

Zu § 49 — Nebentätigkeit der Professoren und Assistenzprofessoren

Eine bundeseinheitliche Rahmenregelung für Nebentätigkeiten der Professoren und Assistenzprofessoren ist wegen der derzeitigen Gegebenheiten in den Hochschulen geboten. Im Interesse der Funktionsfähigkeit der Hochschule muß verhindert werden, daß Professoren oder Assistenzprofessoren durch Nebentätigkeiten von ihren Aufgaben in Forschung und Lehre abgehalten werden.

Absatz 1 führt deshalb für wissenschaftliche und künstlerische Nebentätigkeiten, die gegen Entgelt ausgeübt werden, sowie für Gutachtertätigkeiten eine Anzeigepflicht ein. Wie durch die Bezugnahme auf § 42 Abs. 2 Nr. 2 BRRG klargestellt wird, gilt die Anzeigepflicht nicht für schriftstellerische Tätigkeiten oder Vortragstätigkeiten.

Die Anzeigepflicht soll eine Grundlage für die Mißbrauchsaufsicht durch den Dienstherrn (§ 42 Abs. 2 Satz 2 BRRG) sein. Diese Anzeigepflicht ist auch deshalb notwendig, weil Professoren und Assistenzprofessoren keinen Weisungen unterliegen (§ 41 Abs. 1 Satz 1) und weil für sie die Vorschriften über die Arbeitszeit nicht gelten (§ 47 Abs. 1 BRRG). § 42 BRRG, der in Absatz 2 für die dort genannten Tätigkeiten eine Genehmigungspflicht ausschließt, wird nicht geändert. Das Landesrecht kann also für die nach § 49 des Entwurfs einer Anzeigepflicht unterliegenden Nebentätigkeiten eine Genehmigungspflicht nicht vorsehen, wenn nicht ein weiterer nebensächlich relevanter Tatbestand gegeben ist (z. B. Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit oder eines freien Berufes).

Die Formel „nach näherer Bestimmung des Landesrechts“ ermöglicht es, daß durch Landesrecht, also auch durch Hochschulsatzung, nähere Bestimmungen über die Voraussetzungen der Anzeigepflicht getroffen werden. Dabei kann eine Regelung getroffen werden, wonach die Anzeigepflicht bei Nebentätigkeiten geringfügigen Umfangs entfällt.

Die Absätze 2 und 3 räumen dem Fachbereich oder der sonst zuständigen Stelle das Recht ein, zu der Frage der Beeinträchtigung der Dienstaufgaben durch Nebentätigkeiten Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme hat keine unmittelbare Rechtswirkung. Die in ihr enthaltenen tatsächlichen Angaben werden aber vom Dienstherrn bei der Ausübung sei-

ner Aufsicht in der gebotenen Weise zu würdigen sein.

Die Regelung der Inanspruchnahme von Personal, Einrichtungen und Material der Hochschulen im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten überläßt der Entwurf dem Landesrecht. Dabei können — ähnlich wie im Falle des § 24 Abs. 5 — Regelungen getroffen werden, die eine geringfügige Inanspruchnahme unter bestimmten Voraussetzungen ohne weiteres zulassen.

Die bisherige Regelung in § 106 Absatz 2 BRRG, wonach Hochschullehrer nur in bestimmten Fällen zur Übernahme einer Nebentätigkeit verpflichtet werden können, wurde nicht beibehalten (§ 62 Nr. 5).

Zu § 50 — Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter

Wegen der Verschiedenartigkeit der hier in Betracht kommenden Funktionen wird im umfassenden Sinne von „wissenschaftlichen Dienstleistungen“ gesprochen. Darunter fallen z. B. die Betreuung von wissenschaftlichen Apparaturen oder Sammlungen, forschende Mitarbeit in Forschungseinrichtungen der Hochschule, wissenschaftliche Tätigkeit in Bibliotheken, Rechenzentren, Laboratorien, Prüf- und Meßstellen, Kliniken usw.

Zur Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter gehören auch die Leiter der zentralen Einrichtungen, sofern sie nicht Professoren oder Assistenzprofessoren sind.

Die dienstrechtliche Stellung der wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiter bedarf keiner besonderen Regelung; als Beamte und Angestellte unterliegen sie dem allgemeinen Beamten- und Tarifrecht. Das bedeutet u. a., daß für die beamteten wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter die allgemeinen Vorschriften über die Probezeit und die Laufbahnen gelten. Die Festsetzung von Amtsinhalt und Amtsbezeichnung für diese Mitarbeiter bleibt unter Beachtung dieses Entwurfs dem Landesrecht überlassen. Der Bedeutung dieser Personengruppe in der Hochschule muß die Neuregelung des Besoldungsrechts im besonderen Maße Rechnung tragen.

Die in Absatz 1 vorgesehene Zuordnung der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu bestimmten Bereichen der Hochschule soll verhindern, daß zu einzelnen Personen im Hochschulbereich Abhängigkeitsverhältnisse entstehen.

Absatz 3 trägt den besonderen Verhältnissen des medizinischen Bereichs Rechnung. Durch die Einordnung der in Absatz 3 genannten Ärzte in die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter wird klargestellt, daß ihnen neben Aufgaben in der Krankenversorgung wissenschaftliche Tätigkeiten in der Klinik (z. B. Mitarbeit in der klinischen Forschung) obliegen.

Absatz 5 stellt klar, daß die vorstehenden Absätze mit Ausnahme der Absätze 2 und 3 auch für die Mitarbeiter gelten, die an Kunst- und Musikhochschulen oder in künstlerischen Fächern anderer Hochschulen entsprechende Aufgaben wahrnehmen; für ihre Einstellung wird ein abgeschlossenes Hochschulstudium nicht vorausgesetzt.

Lehraufgaben haben wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter nur — wie sich aus Absatz 4 ergibt — soweit sie einen Lehrauftrag übernehmen. Sie sind somit zur Übernahme eines Lehrauftrags nicht verpflichtet. Im Falle der Übernahme eines Lehrauftrags nehmen sie die Stellung eines Lehrbeauftragten ein, d. h. sie sind in der Lehre selbständig und an Weisungen nicht gebunden (Absatz 4 i. V. mit § 51). Auch die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter erhalten damit die Möglichkeit, die pädagogische Eignung, die eine Voraussetzung für die Einstellung als Professor oder Assistenzprofessor ist, zu erwerben.

Zu § 51 — Lehrbeauftragte

Lehraufträge können sowohl hauptberuflich an der Hochschule tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern (§ 50 Abs. 4) erteilt werden als auch sonstigen entsprechend qualifizierten Personen, die hauptberuflich außerhalb der Hochschule tätig sind. Lehrbeauftragte können auch Honorarprofessoren oder Gastprofessoren sein. Die mitgliedschaftsrechtliche Stellung der Lehrbeauftragten wird durch das Landesrecht geregelt (vgl. § 13 Abs. 3). Soweit praktische Tätigkeiten Teil eines Studienganges sind (§ 34 Abs. 2), können Lehraufträge auch für Lehraufgaben im Rahmen dieses Studienabschnitts erteilt werden.

Aus Satz 3 ergibt sich, daß Lehrbeauftragte im Rahmen ihres Lehrauftrages ihre Lehraufgaben selbständig, d. h. frei von Weisungen wahrnehmen.

Satz 4 der Vorschrift stellt klar, daß Lehraufträge zu vergüten sind; dies gilt auch dann, wenn sie von wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, die bereits in einem Dienstverhältnis zur Hochschule stehen, übernommen werden.

Zu § 52 — Lehrkräfte für besondere Aufgaben

Als Grundlage für das Studium sind in bestimmten Fachrichtungen praktische Fertigkeiten und praktische Kenntnisse, z. B. technischer oder künstlerischer Art, erforderlich. Ihre Vermittlung kann Lehrkräften übertragen werden, die nicht die Einstellungsbedingungen für Professoren oder Assistenzprofessoren erfüllen. Hierzu gehören z. B. die Vermittlung von Sprachkenntnissen, ferner die Instrumentallehrer im Kunsthochschulbereich, die Werkstattlehrer in den technischen Fächern u. a.

Die Beschränkung der Funktionen dieser Lehrkräfte soll sicherstellen, daß sie nicht für Aufgaben eingesetzt werden, die nach der Personalstruktur dieses Entwurfs von Professoren, Assistenzprofessoren oder Lehrbeauftragten wahrzunehmen sind. Den Lehrkräften für besondere Aufgaben obliegt daher nicht die wissenschaftsbezogene Lehre an der Hochschule, auch nicht, soweit sie propädeutischen Charakter hat.

Zu § 53 — Tutoren

Die Reform des Studiums erfordert in den meisten Fachrichtungen ein intensives Studium in kleinen Gruppen und eine bessere Unterstützung der Studenten vor allem in den ersten Semestern. Diese Unterstützung erfordert in vielen Fällen kein abgeschlossenes Hochschulstudium; sie kann daher auch geeigneten Studenten übertragen werden.

Auch graduierte Studenten, die durch ein Stipendium gefördert werden, können freiwillig die Tätigkeit eines Tutors übernehmen, was im Hinblick auf eine mögliche Qualifizierung zum Assistenzprofessor wünschenswert ist. Allerdings darf der Umfang der Tutorentätigkeit den graduierten Studenten nicht in der Wahrnehmung seiner eigentlichen Aufgaben beeinträchtigen.

Zu § 54 — Anerkennung von Einrichtungen

Die Reformen im Bereich der staatlichen Hochschulen haben Auswirkungen auch auf solche Bildungseinrichtungen der tertiären Stufe, die nicht staatliche Hochschulen sind. Durch die in § 54 getroffenen Regelungen soll hinsichtlich dieser Einrichtungen, die als solche nicht in den Geltungsbereich des Entwurfs fallen (§ 1), in bestimmten Bereichen eine Gleichbehandlung mit den staatlichen Hochschulen erreicht werden. Als Voraussetzung für diese Gleichbehandlung werden in Absatz 1 Nr. 1 bis 5 strukturelle Bedingungen genannt, die für eine staatliche Anerkennung erfüllt sein müssen. Diese Bedingungen haben in erster Linie zum Ziel, daß eine Gleichwertigkeit des Studiums gewährleistet ist.

§ 54 betrifft einmal die Hochschulen in nicht staatlicher Trägerschaft, also z. B. kirchliche Hochschulen oder kommunale Hochschulen. Die Ausbildungsmöglichkeiten an solchen Hochschulen sind nicht allein an den Bedürfnissen ihrer Träger ausgerichtet; in manchen Fächern, besonders in der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik, stellen die nicht staatlichen Hochschulen ein wertvolles und breites Ausbildungsangebot zur Verfügung. § 54 hat ferner Bedeutung für die staatlichen Einrichtungen, die, ohne nach Landesrecht staatliche Hochschulen zu sein, nach ihrer besonderen Zweckbestimmung eine Ausbildung für den öffentlichen Dienst vermitteln. Solche Einrichtungen werden von den Ländern unterhalten, vor allem um die Ausbildung für den gehobenen Dienst in der staatlichen und kommunalen Verwaltung und in der Justiz sicherzustellen, ferner auch vom Bund für die Ausbildung in Bereichen der bundeseigenen Verwaltung. Da ein entsprechendes Studienangebot in den staatlichen Hochschulen nicht zur Verfügung steht, muß die öffentliche Verwaltung die Möglichkeit haben, ihren Nachwuchs für bestimmte Aufgaben selbst auszubilden.

§ 54 regelt ausschließlich die Frage, unter welchen Voraussetzungen die genannten Einrichtungen die Eigenschaft einer staatlich anerkannten Hochschule erhalten können (Absatz 1), und welche Rechtswirkungen die staatliche Anerkennung hat (Absätze 2 bis 4). Die Errichtung der Einrichtung regelt der Entwurf nicht. Er läßt also offen, in welchen Fällen und in welchem Umfang die genannten verwaltungsinternen Ausbildungsstätten eingerichtet werden sollen, ebenso die Frage der Genehmigung von Hochschulen in nicht staatlicher Trägerschaft.

Nach Absatz 1 Nr. 1 wird gefordert, daß das Studium an einer staatlich anerkannten Hochschule wissenschaftsbezogen ist und nicht auf enge Berufsbilder, sondern auf berufliche Tätigkeitsfelder vorbereitet (Bezugnahme auf § 34 Abs. 1).

Damit die in § 34 verlangte Flexibilität des Studiums erreicht wird, wird in § 54 Abs. 1 Nr. 2 verlangt, daß

an der Einrichtung eine Mehrzahl von Studiengängen, also mindestens zwei, vorhanden oder vorgesehen sind. Da dieses Erfordernis nicht überall ohne weiteres erfüllt werden kann, genügt es, daß die Mehrzahl der Studiengänge im Verbund mit anderen Bildungseinrichtungen angeboten wird. Ein solcher Verbund kann sowohl mit staatlichen Hochschulen als auch mit anderen Einrichtungen bestehen; im zweiten Fall wird durch den Verbund die entsprechende Voraussetzung für die Anerkennung beider Einrichtungen geschaffen. Der Verbund, für den verschiedenartige Rechtsformen denkbar sind, muß nach dem Sinn der Bestimmung zu einer Durchlässigkeit der beteiligten Studiengänge führen, so daß der Student ohne Schwierigkeit die Möglichkeit des Wechsels hat. Das bedeutet, daß in dem Verbund Studiengänge mit gemeinsamer oder verwandter fachlicher Grundlage zusammengefaßt werden sollen.

In den Nummern 3 bis 5 sind weitere Bedingungen für die staatliche Anerkennung genannt. Zum Teil wird auf für staatliche Hochschulen geltende Vorschriften Bezug genommen, die der Entwurf selbst enthält (z. B. in Nr. 4 auf die Einstellungsbedingungen für die Tätigkeiten, die den Aufgaben des Professors entsprechen, daher entsprechende Anwendung von § 42 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfs), zum Teil auf Vorschriften, in denen der Landesgesetzgeber frei ist (z. B. Nr. 4 hinsichtlich der Einstellungsbedingungen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben im Sinne des § 52, über die der Entwurf keine Aussage enthält).

Nach Absatz 2 Satz 1 bedeutet die staatliche Anerkennung vor allem, daß eine staatlich anerkannte Hochschule das Recht erhält, Hochschulprüfungen abzunehmen und Hochschulgrade zu verleihen. Durch die Formel „nach näherer Bestimmung des Landesrechts“ bleibt es der Entscheidung des Landesgesetzgebers überlassen, ob staatlich anerkannte Hochschulen neben dem Diplom z. B. auch den Doktorgrad verleihen können. Das Landesrecht kann auch näheres über das Prüfungsverfahren bestimmen.

Absatz 2 Satz 2 stellt klar, daß in den Fällen, in denen der Entwurf ein abgeschlossenes Hochschulstudium verlangt (z. B. für die Einstellung als Assistenzprofessor, § 42 Abs. 1 Nr. 1) auch ein an einer staatlich anerkannten Hochschule abgeschlossenes Studium genügt.

Die Absätze 3 und 4 eröffnen die Möglichkeit, daß staatlich anerkannte Hochschulen in den dort genannten Fällen gleich wie staatliche Hochschulen behandelt werden.

Zu § 55 — Anerkennung von Abschlüssen

Nach § 54 können verwaltungsinterne Einrichtungen, die eine Ausbildung für den öffentlichen Dienst vermitteln, als Hochschulen anerkannt werden. Für eine Übergangszeit kann es jedoch den Trägern dieser Ausbildungsstätten Schwierigkeiten bereiten, sämtliche für die Anerkennung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. § 55 ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen, daß Abschlüsse auf Grund einer solchen Ausbildung vergleichbaren Hochschulabschlüssen gleichgestellt werden, auch wenn und solange die Einrichtung selbst nicht staat-

nicht anerkannt ist. Den bestehenden Schwierigkeiten trägt bereits § 54 Absatz 1 Nr. 2 insofern Rechnung, als es genügt, daß eine Mehrzahl von Studiengängen nicht sofort, sondern erst im Rahmen einer Ausbauplanung vorgesehen ist. Darüber hinaus ermöglicht § 55, daß an diesen Einrichtungen Lehrkräfte tätig sein können, die nicht in jeder Hinsicht die Voraussetzungen erfüllen, die für entsprechende Tätigkeiten an staatlichen Hochschulen gefordert werden (§ 54 Absatz 1 Nr. 4). Die Bestimmung ermöglicht u. a., daß Absolventen verwaltungsinterner Ausbildungsstätten an einer Hochschule auch weiterstudieren können, solange die verwaltungsinternen Ausbildungsstätten noch nicht als Hochschulen anerkannt sind. Im Hinblick auf die notwendige Entwicklung der verwaltungsinternen Ausbildungsstätten handelt es sich nur um eine Übergangsvorschrift.

Zu § 56 — Frist für die Anpassung des Landesrechts

Kapitel I enthält Rahmenvorschriften für die Landesgesetzgebung. Die Länder sind verpflichtet, ihr Recht nach den Vorschriften dieses Kapitels neu zu regeln. Weitere rechtliche Bindungen, die bei der Neuordnung des Landesrechts zu beachten sind, sind die Verträge mit den Kirchen; diese Verträge werden durch die Bestimmungen dieses Entwurfs nicht berührt. Nach § 56 müssen innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes neue Landesgesetze ergehen. Die Ländergesetze haben dabei die notwendigen Übergangsregelungen unter Beachtung von § 57 und § 58 zu treffen und vorzusehen, in welcher Frist die Hochschulsatzungen dem neuen Landesrecht anzupassen sind. Es wird zweckmäßig sein, daß die landesgesetzliche Neuregelung durch ein Gesetz erfolgt (vgl. die Anknüpfung an das „Inkrafttreten des nach § 56 erlassenen Gesetzes“ in §§ 6, 57, 58). Eine Anpassung des Landesrechts durch mehrere gesetzgeberische Akte würde zu großen Schwierigkeiten in den zwischen ihnen liegenden Zeitphasen führen, vor allem bei der Neuregelung der Personalstruktur.

Zu § 57 — Übergangsregelung für das wissenschaftliche und künstlerische Personal

Anknüpfungspunkt für die Überleitung sind die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des nach § 56 erlassenen Landesgesetzes von den einzelnen Bediensteten wahrgenommenen Aufgaben sowie das Vorliegen der für Professoren und Assistenzprofessoren vorgesehenen Einstellungsbedingungen. Nach Absatz 2 Satz 1 sind ordentliche und außerordentliche Professoren bisherigen Rechts ohne weiteres in die Rechtsstellung eines Professors im Sinne des Entwurfs überzuleiten; einer Prüfung der Aufgaben und Einstellungsbedingungen bedarf es hier nicht.

Auch alle sonstigen Beamten mit den Aufgaben im Sinne des § 41 und der Qualifikation im Sinne des § 42 Abs. 1 Nr. 2 sind als beamtete Professoren zu übernehmen. Wegen der bisherigen unterschiedlichen landesrechtlichen Regelungen wird es dem einzelnen Landesgesetzgeber überlassen, für bestimmte Personengruppen eine pauschale Übernahme vorzusehen.

Beamte, die ausschließlich Aufgaben im Sinne des § 41 wahrnehmen und nicht die Einstellungsbedingungen nach § 42 Abs. 1 Nr. 2, wohl aber diejenigen für die Einstellung als Assistenzprofessor erfüllen, sind, wenn sie dies beantragen, als Assistenzprofessor zu übernehmen; ein Antrag ist erforderlich, weil unter Umständen das Verbleiben im bisherigen Dienstverhältnis vorteilhafter ist.

Bei den in Absatz 3 angesprochenen Beamten ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob nach der bisherigen Aufgabenstellung eine Übernahme als Professor oder Assistenzprofessor in Betracht kommt.

Alle Beamten, die an der Hochschule hauptamtlich wissenschaftlich oder künstlerisch tätig sind und nicht als Professor oder Assistenzprofessor übernommen werden, verbleiben in ihrem bisherigen Dienstverhältnis. Selbstverständlich können solche Beamte mit ihrem Einverständnis wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter im Sinne von § 50 oder aber Lehrkräfte für besondere Aufgaben (§ 52) werden.

Die mitgliedschaftsrechtliche Stellung der Bediensteten, die in ihrem bisherigen Dienstverhältnis verbleiben, wird durch Landesrecht, d. h. durch Landesgesetz oder Hochschulsatzung bestimmt. Ihre persönliche Zuordnung zu einem einzelnen Professor entfällt (Absatz 5 Satz 2).

Zu § 58 — Besitzstandswahrung bei der Entpflichtung

Die Vorschrift enthält im Hinblick auf den Wegfall der Entpflichtung die notwendigen Regelungen zur Besitzstandswahrung.

Der Wegfall des Rechts auf Entpflichtung ergibt sich aus § 62 des Entwurfs; durch diese Vorschrift wird § 108 des Beamtenrechtsrahmengesetzes gestrichen (vgl. auch Begründung zu § 44).

Zu § 59 — Zusammenwirken von Hochschulen

Die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit von Hochschulen, die in der hochschulpolitischen Diskussion irreführend mit dem Begriff „kooperative Gesamthochschule“ bezeichnet werden, werden durch § 59 erfaßt (siehe Begründung zu § 4).

Solange und soweit bestehende Hochschulen nicht zu Gesamthochschulen ausgebaut oder zusammengeschlossen werden können, haben sie nach § 59 zusammenzuwirken. Dieses Zusammenwirken kann die Vorstufe zu einer Integration sein. § 59 gilt auch für ein Zusammenwirken von Gesamthochschulen untereinander und mit anderen Hochschulen sowie für ein Zusammenwirken von staatlichen Hochschulen mit staatlich anerkannten Hochschulen (§ 54 Abs. 4).

Im Hinblick auf die öffentlich-rechtlichen und finanziellen Auswirkungen, die ein Zusammenwirken nach § 59 haben kann, ist Absatz 1 Satz 2 eine staatliche Mitwirkung vorgesehen. § 59 meint nicht den Fall eines freien Zusammenwirkens der Hochschulen ohne solche öffentlich-rechtliche Wirkung. Hierfür wäre ein Einvernehmen mit dem Land nicht erforderlich.

§ 59 nennt in Absatz 1 Nr. 1 bis 8 wichtige Aufgaben, die insbesondere im Interesse einer besseren Nutzung der Ausbildungs- und Forschungskapazitäten

der beteiligten Hochschulen durch das Zusammenwirken wirksamer erfüllt werden können.

Die nach § 59 zusammenwirkenden Hochschulen bilden keine Einheit im Sinne der Gesamthochschule (§ 5 Abs. 2). Es kann jedoch nützlich sein, gemeinsame Organe mit Entscheidungsbefugnis zu bilden (Absatz 2).

Je nach den geographischen Gegebenheiten kann auch ein Zusammenwirken von Hochschulen über Landesgrenzen hinweg sinnvoll sein (Absatz 3).

Zu § 60 — Studienreformkommissionen

Die Studienreform ist eine über die einzelne Hochschule hinausgehende Aufgabe. Daher bedarf es eines wirksamen überregionalen Instrumentariums für die Erarbeitung von Empfehlungen für neue Studien- und Prüfungsordnungen.

Durch die Zusammensetzung der von den Ländern einzurichtenden Studienreformkommissionen muß gewährleistet sein, daß ihre Arbeit von Mitgliedern der Hochschule getragen wird. Ausschlaggebend für die Nomination und Berufung in die Kommission ist allein der Sachverstand, nicht die Zugehörigkeit zu einer Mitgliedergruppe.

Die Empfehlungen müssen in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und beruflichen Organisationen erarbeitet werden. Dem dient die Berufung beratender Mitglieder gemäß Absatz 2.

Absatz 3 gibt der zuständigen Landesbehörde im Falle der Untätigkeit der Hochschule das Recht, die Änderung solcher Studienordnungen und Prüfungsordnungen zu verlangen, die den Empfehlungen der Studienreformkommissionen zuwiderlaufen. Damit hat der Staat die Möglichkeit, die Hochschulen zu veranlassen, die von sachverständigen Hochschulmitgliedern ausgesprochenen Empfehlungen alsbald zu realisieren. Absatz 3 konkretisiert das Mitwirkungsrecht des Staates bei der Studienreform (§ 33 Abs. 1) und ergänzt § 37 Abs. 2 dahin, daß Prüfungsordnungen die Genehmigung auch aus diesem Grunde versagt werden kann.

Zu § 61 — Nachweis und Vermittlung von Studienplätzen

Ein wesentlicher Grund für die gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten bei der Zulassung liegt in dem Fehlen eines Verfahrens, das eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Studienplätze sicherstellt. Ein solches Verfahren setzt zunächst voraus, daß in jedem Land rechtzeitig vor Beginn des Semesters bzw. des Studienjahres die Zahl der freien Studienplätze bekannt ist. Dies sollen die nach Absatz 1 durchzuführenden Erhebungen ermöglichen. Dabei muß jedes Land über das Ergebnis der Erhebungen in den anderen Ländern unterrichtet werden, da sich nur so ein Überblick über die freien Studienplätze im Bundesgebiet gewinnen läßt.

Erst der Vergleich der Gesamtheit der zur Verfügung stehenden Studienplätze mit der Zahl der zu erwartenden Studienbewerber ermöglicht die Feststellung, in welchen Bereichen Engpässe vorliegen. Zugleich dient die Bekanntgabe des Gesamtergebnisses durch jedes Land (Absatz 1 Satz 3) der rechtzeitigen Unterrichtung der Studienbewerber über

die freien Studienplätze im Bundesgebiet. Diese Unterrichtung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die vorhandenen Studienplätze auch tatsächlich genutzt werden.

Bestehen für eine Fachrichtung oder einen Studiengang an der Mehrzahl der Hochschulen eines Landes Zulassungsbeschränkungen (zu den Voraussetzungen der Anordnung von Zulassungsbeschränkungen s. § 29), so muß sichergestellt werden, daß alle zur Verfügung stehenden Studienplätze auch tatsächlich genutzt werden. Die Vermittlung der freien Studienplätze ist in diesem Fall eine Aufgabe, die nur durch alle Länder gemeinsam erfüllt werden kann. Die Länder müssen zu diesem Zweck zusammenarbeiten (Absatz 2 Satz 1). Um die Schwierigkeiten auszuschalten, die durch Mehrfachbewerbung entstehen, ist es erforderlich, die Bewerbungen zentral zu erfassen. Absatz 2 Satz 2 bestimmt daher, daß Bewerbungen nach einer entsprechenden Anordnung durch die Länder an eine zentrale Stelle der Länder zu richten sind.

Nach § 54 Abs. 3 Satz 3 können staatlich anerkannte Hochschulen auf ihren Antrag in das Verfahren zum Nachweis und zur Vermittlung von Studienplätzen einbezogen werden.

Einheitliche Kriterien für die Zulassung der Studienbewerber sind nach dem Entwurf nur für den Fall vorgesehen, daß für eine Fachrichtung oder einen Studiengang an allen Hochschulen im Bundesgebiet Zulassungsbeschränkungen bestehen (§ 30). Bei ausreichender Zahl von Studienplätzen im Bundesgebiet ist jede einzelne Hochschule, an der eine Zulassungsbeschränkung angeordnet wird, frei in der Auswahl der Studienbewerber, soweit nicht eine anderweitige landesrechtliche Regelung besteht. In keinem Fall darf jedoch die Zulassung von der Landeszugehörigkeit des Studienbewerbers oder seiner Angehörigen abhängig gemacht werden. Das Verbot des § 31 gilt für alle Zulassungsverfahren.

Zu § 62 — Änderungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes

Da die beamtenrechtlichen Bestimmungen für die Hochschullehrer in diesem Gesetz neu geregelt werden, entfallen die §§ 106 bis 114 des Beamtenrechtsrahmengesetzes. Ersatzlos wird u. a. § 108 gestrichen, der die Entpflichtung regelt.

Nummer 1: Künftig wird es die außerplanmäßigen Professoren und Privatdozenten (§§ 109, 110 BRRG) nicht mehr geben; damit entfällt ihre Erwähnung in § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe c BRRG.

Nummer 2 soll sicherstellen, daß in größerem Umfang auch Ausländer als Professoren und Assistenzprofessoren in ein Beamtenverhältnis berufen werden können.

Nummer 3 dient der Berichtigung der Überschrift des entsprechenden Titels des BRRG.

Nummer 4: Die vorgesehene Neufassung von § 105 BRRG enthält einen durch die Neuregelung in §§ 40 bis 53 dieses Entwurfs erforderlichen Hinweis.

Zu § 63 — Änderung des Hochschulbauförderungsgesetzes

Siehe Begründung zu § 11.

I.

Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Regierungsentwurf eines Hochschulrahmengesetzes des Bundes

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich in ihrer 84. und 85. Plenarversammlung am 2./3. 11. 1970 und am 7./8. 12. 1970 mit dem Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes des Bundes befaßt. Auf der Grundlage dieser Beratungen und ihrer Alternativthesen vom 12. 5. 1970 gibt die Westdeutsche Rektorenkonferenz folgende Stellungnahme ab:

I.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz stimmt dem Entwurf in vielen Punkten zu. Sie begrüßt eine Reihe von Regelungen, welche die in Gang gekommene Reform der Hochschulen fördern und negative Entwicklungstendenzen zurückdrängen können. Hierzu sind insbesondere zu zählen.

- 1) die Absicht, den tertiären Bildungsbereich durch die Einrichtung von Gesamthochschulen umfassend neu zu konzipieren (§§ 4 ff.; vgl. jedoch auch II Nr. 1),
- 2) die Klarstellung der Planungsaufgaben der Hochschulen (vgl. jedoch auch II Nr. 5),
- 3) der Grundsatz der funktional differenzierten Mitwirkung der Hochschulmitglieder an der Selbstverwaltung (§ 14 Abs. 2),
- 4) die Beibehaltung einer in der Hochschule organisierten Studentenschaft (§ 20),
- 5) die Klarstellung, daß der einzelne Studienbewerber einen Rechtsanspruch auf Zugang zur Hochschule hat (§ 27 Abs. 1 Satz 1),
- 6) die Ausschaltung der Bevorzugung von Landeskindern bei der Zulassung zum Studium (§ 31),
- 7) die Klarstellung der Verantwortung des Fachbereichs für die Lehre (§ 36),
- 8) die Neuordnung der Lehrkörperstruktur (§ 40 ff.; vgl. jedoch auch II Nr. 11).

II.

In mehreren Punkten sieht sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz jedoch veranlaßt, Bundestag und Bundesrat zu bitten, Verbesserungen am Regierungsentwurf vorzunehmen. Sie appelliert an den Bundesgesetzgeber, den Forderungen nach zeitgemäßen, maßvollen und vernünftigen Reformen unserer Hochschulen vor allem in folgenden Hinsichten Geltung zu verschaffen.

1) Die Gesamthochschulregelung (§ 4 ff.):

Der Entwurf garantiert nicht, daß die integrierte Gesamthochschule als tragendes Prinzip der Neuordnung des tertiären Bildungsbereichs verwirklicht wird. § 5 Abs. 1 und § 6 des ersten Entwurfs

für ein Hochschulrahmengesetz vom 1. 7. 1970 sind allgemein und auch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz dahin verstanden worden, daß die Gesamthochschule die Regelhochschule sein soll und andere Hochschularten daneben nur Ausnahmen sein können. Dieses Regel-Ausnahmeverhältnis ist vom zweiten Entwurf aufgegeben worden zugunsten eines freien Prüfungsrechts der Länder (§ 6), das zu einer Ungleichzeitigkeit der Reformentwicklungen in den einzelnen Bundesländern und damit nicht nur zu einer Ungleichheit der Bildungschancen, sondern auch zu einem weiteren Verlust „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ und an Freizügigkeit der Hochschulmitglieder im Bundesgebiet führen kann.

2) Die Einheitsverwaltung (§ 7).

§ 7 Abs. 3 regelt zwar, daß die Verwaltung der Hochschulangelegenheiten in einer Einheitsverwaltung zu erfolgen hat. Im Gegensatz zum ersten Entwurf vom 1. 7. 1970 besagt der Regierungsentwurf jedoch nicht mehr ausdrücklich, daß den Hochschulen die Verwaltung der Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten übertragen wird. Ohne diese Klarstellung besteht die Gefahr, daß die einhellig als unzulänglich betrachtete und eine effiziente Hochschulselbstverwaltung behindernde Trennung von akademischen Angelegenheiten einerseits sowie Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten andererseits nicht eindeutig aufgehoben wird. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz fordert die ausdrückliche Übertragung der Personal- und Wirtschaftsverwaltung auf die Hochschulen und damit insoweit die Wiederherstellung des ersten Entwurfs. Dies läge auch in der Konsequenz der Einführung einer hauptamtlichen Hochschulleitung (§ 22).

3) Aufsicht des Landes (§ 8).

Die Regelung des § 8 Abs. 1 würde der Autonomie und den Selbstverwaltungsrechten der Hochschule voll gerecht. Nach Abs. 2 sollen jedoch die Länder in den Fällen, in denen die Hochschulen staatliche Angelegenheiten wahrnehmen — „wenn und soweit dies zur Wahrnehmung der Verantwortung der Landesregierung erforderlich ist“ —, von der Beschränkung der Aufsicht auf die Rechtsaufsicht abweichen dürfen. Diese Formel ist außerordentlich vage. Damit wird die Regelung der Aufsicht von einer gefährlichen Generalklausel abhängig gemacht und im Ergebnis die Limitierung auf die Rechtsaufsicht praktisch wieder aufgehoben. Da der Entwurf nicht festlegt, was staatliche Angelegenheiten und was eigene Angelegen-

heiten der Hochschulen sind, könnte § 8 Abs. 2 die Grundlage bieten für eine allgemeine Fachaufsicht über die Hochschulselbstverwaltung.

4) Zusammenwirken von Land u. Hochschulen (§ 9):

Mit dieser Vorschrift wird den Hochschulen auch der Kernbereich der ihnen zustehenden Selbstverwaltungsrechte teilweise aus der Hand genommen. Dies ergibt sich daraus, das nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 nun auch „die Ordnung des Studiums“ generell staatlichem Einfluß unterliegen soll. Ein wirkliches Zusammenwirken im Bereich der Studienordnungen hätte vorausgesetzt, daß nicht nur der Staat nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 einen gewissen Einfluß auch auf die Ordnung des Studiums nehmen kann, sondern daß umgekehrt auch die Hochschulen einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Staatsprüfungsordnungen nehmen können. Daß hier Staatsaufsicht und nicht „Zusammenwirken“ gemeint ist, wird eben darin sichtbar, daß ein solches Gleichgewicht der Regelungen nicht hergestellt wird.

5) Hochschulplanung (§§ 10, 11):

Aus diesen Vorschriften des Entwurfs im Zusammenhang mit dem Hochschulbauförderungsgesetz vom 1. 9. 1969 (BGBl. I, S. 90) und dem Abkommen über die Bildungsplanungskommission vom 1. 7. 1970 ergibt sich, daß die Hochschulen von der Mitwirkung an den sie betreffenden Planungen auf Bundesebene ausgeschlossen worden sind.

Dies ist für Hochschulen unannehmbar. „Es ist nicht zu verkennen, daß alle wesentlichen Reformvorschläge von Hochschulangehörigen stammen.“ (Begründung zum Hochschulrahmengesetz, vgl. oben S. 19. Es ist deshalb schlechterdings unverständlich, daß die Bundesregierung glaubt, auf eine Mitwirkung der Hochschulen an der Planung auf Bundesebene verzichten zu können. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz fordert die Mitwirkung der Hochschulen an der Vorbereitung der Planungsentscheidungen. Damit wird die Verantwortlichkeit der politischen Entscheidungsinstanzen in keiner Weise in Frage gestellt.

6) Wahlen (§ 16):

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich mehrheitlich gegen das in § 16 Abs. 2 vorgesehene Quorum ausgesprochen, weil dieses Quorum der Befriedigungsfunktion, die eine einmal in der Hochschulverfassung festgelegte Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane hat, nicht gerecht wird.

7) Mitwirkung in Fragen der Forschung und der Einstellung (§ 17 Abs. 1):

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz schlägt vor, die Mitwirkungsregelungen des § 17 Abs. 1 danach zu differenzieren, ob Fragen der Forschung oder ob Fragen der Einstellung zu entscheiden sind.

a) In Fragen der Einstellung sollte eine Regelung getroffen werden, nach der eine positive Entscheidung des zuständigen Hochschulorgans nur dadurch zustandekommt, daß sowohl die Mehrheit der Mitglieder des Organs insgesamt als auch die Mehrheit derjenigen zustimmt, die entsprechend qualifiziert sind. Dabei sollen die Professoren und die Assistenzprofessoren als eine einheitliche Gruppe (Hochschullehrer) behandelt werden.

b) In Fragen der Forschung schlägt die Westdeutsche Rektorenkonferenz die gleiche Regelung vor mit der Abwandlung, daß die erforderliche Mehrheit der zu Forschungsentscheidungen qualifizierten mit den Stimmen auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der graduierten Studenten gebildet wird.

8) Fachbereich (§ 24):

Diese Vorschrift läßt eine Aufzählung der Angelegenheiten des Fachbereichs vermissen. Die Fachbereiche müssen bestimmte Zuständigkeiten haben; anderenfalls drohen unablässige Kompetenzkonflikte zwischen der Fachbereichs- und der Zentralebene der Hochschulselbstverwaltung. Zu diesen Mindestzuständigkeiten des Fachbereichs muß die Aufstellung der Berufungslisten auf der Grundlage der Beurteilung der fachlichen Qualifikation der Bewerber gehören. Es ist kein Grund dafür ersichtlich, warum § 24 Abs. 4 die Bildung von Forschungseinrichtungen und Betriebseinheiten innerhalb des Fachbereichs auch von der Zustimmung der Landesregierung abhängig macht.

9) Maßstäbe für die Auswahl der Bewerber in Numerus-clausus-Fächern (§ 30):

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hält das in § 30 Abs. 1 Nr. 1 genannte Auswahlkriterium — sofern damit Noten der Abiturzeugnisse gemeint sind — im Hinblick auf die zwischen den einzelnen Sekundarschulen bestehenden Unterschiede und im Hinblick auf die Unsicherheit der Bewertungsmaßstäbe bei der Ermittlung von Noten für problematisch. Es gibt derzeit keine gültigen Maßstäbe für ein am Leistungsprinzip orientiertes Auswahlverfahren. Deshalb spricht sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz für die Einführung eines eingeschränkten Losverfahrens aus. Vom Losverfahren sollte nur dann abgewichen werden, wenn eine positive Korrelation zwischen bestimmten Abiturnoten und dem gewählten Studienfach nachgewiesen ist.

Insgesamt ist dem Bundesgesetzgeber jedoch dringend anzuraten, im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Festlegung von Auswahlkriterien zu verzichten.

§ 30 Abs. 1 Nr. 2, 2. Halbsatz dürfte wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 1 GG verfassungswidrig sein.

10) Studienordnungen und Studienreform (§§ 32 ff., 60):

Der Entwurf sieht eine Reglementierung des Studiums vor, die weder den Studierenden noch den Fachbereichen eine wirkliche Möglichkeit zu eige-

ner Gestaltung von Studium und Lehre läßt. Dies ergibt sich aus § 35, der Ziel und Inhalt des Studiums durch Studienordnungen regeln will, die nicht mehr, wie bisher, den Charakter von Empfehlungen haben, sondern zu rechtsverbindlichen Vorschriften aufgewertet werden. Eine Änderung dieser Studienordnungen wird nur unter erheblichen Erschwerungen und unter unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand möglich sein (Mitwirkung des Kultusministers, § 9 Abs. 1 Nr. 1; Einschaltung der Studienreformkommission, § 60). Insbesondere im Zusammenhang mit der vorgesehenen Einführung von Kurzstudiengängen (§ 34 Abs. 3) wird hier die Freiheit der Lehre und des Studiums erheblich gefährdet.

11) Lehrkörperstruktur (§§ 40 ff.):

Der Entwurf bedeutet mit seiner neuen Lehrkörperstruktur einen Schritt zu Hochschulreform, den die Westdeutsche Rektorenkonferenz begrüßt und anerkennt. Die Vorschriften der §§ 40 ff. sind jedoch in wichtigen Einzelheiten verbesserungsbedürftig. Es besteht die Gefahr, daß zwar eine Reihe entbehrlicher Titel und Dienstbezeichnungen abgeschafft werden, daß sich aber unter einer neuen vereinfachten Terminologie eine Lehrkörperstruktur entwickelt, die wiederum funktionswidrig gliedert ist.

a) Einen Schritt in dieser Richtung tut der Entwurf mit den Absätzen 3 und 6 des § 41. Hier wird für alle Hochschulen die Möglichkeit geschaffen, den Lehrkörper nach Lehrprofessoren und Forschungsprofessoren zu gliedern, wie überhaupt die Funktionen der Hochschullehrer nicht mehr allgemein, sondern auf den Einzelfall zugeschnitten festgelegt werden sollen.

b) Eine weitere Möglichkeit zur Untergliederung des Lehrkörpers ergibt sich aus § 44 Abs. 1. Weil hier die Aussage fehlt, daß ein Zeitbeamtenverhältnis oder ein privatrechtliches Dienstverhältnis nur auf Antrag des betreffenden Bewerbers begründet werden kann, ist eine Laufbahn vom angestellten über den auf Zeit beamteten zum Professor auf Lebenszeit vorgezeichnet.

Die genannten Vorschriften gefährden die Unabhängigkeit des einzelnen Hochschullehrers und die Einheitlichkeit des Lehrkörpers der Hochschulen. Sie begründen ferner die Gefahr, daß Hochschulen entwickelt werden, die sich ausschließlich oder überwiegend der Lehre widmen, und daneben solche Hochschulen, die vorwiegend Forschungsaufgaben wahrnehmen. Damit würde die innovatorische Wirkung der Forschung auf die Lehre gefährdet und so letztlich die qualitative Vergleichbarkeit der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik in Frage gestellt.

Schließlich enthält der Entwurf keine Bestimmung, die den Professoren und Assistenzprofessoren eine Grundausrüstung sichert und ihnen so einen Freiraum gewährleistet, in welchem sie von Beschlüssen von Kollegialorganen unabhängig sind.

12) Emeritierung (§ 58 i. V. m. § 62 Nr. 5):

Die Abschaffung der Emeritierung ist nicht sachgerecht. Bislang ist von keiner Seite eine hinreichende Begründung für diese Maßnahme vorgebracht worden. Auch im Interesse der Hochschulen muß es der Entscheidung des einzelnen Hochschullehrers überlassen bleiben, inwieweit er sich auch nach Erreichen der Altersgrenze in der Lehre und im Rahmen der verfügbaren Möglichkeit auch an Forschungsvorhaben in der Hochschule weiter beteiligt.

13) Zusammenwirken der Hochschulen (§ 59):

§ 59 Abs. 1 Satz 2 muß so verstanden werden, daß die Hochschulen zukünftig nur noch dann zusammenwirken können, wenn das Einvernehmen des Kultusministers hierzu vorliegt. Diese Einschränkung ihrer bisherigen freien Zusammenarbeit können die Hochschulen nicht hinnehmen. Sie müssen nach wie vor, auch ohne daß hierzu ein Einvernehmen mit den Kultusministern besteht, bei der Wahrnehmung ihrer Selbstverwaltungsangelegenheiten zusammenwirken können. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz bittet dringend um eine Klärstellung des Textes im Sinne der Begründung zum Hochschulrahmengesetz (vgl. oben S. 41).

Vor allem fehlt jedoch in dem Entwurf eine Vorschrift, die die Errichtung einer zentralen Repräsentation der Hochschulen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage ermöglicht. Da dem Bund durch verschiedene Grundgesetzänderungen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 a, Art. 91 a, Art. 91 b GG) Zuständigkeiten erheblichen Umfangs für den Hochschulbereich zugesprochen worden sind, genügt es nicht, das Zusammenwirken der Hochschulen auf Landesebene zu regeln. Die Erfahrungen, die die Westdeutsche Rektorenkonferenz seit diesen Grundgesetzänderungen gemacht hat, zeigen eindeutig, daß die Hochschulen auf Bundesebene in einer leistungsfähigen Organisation zusammenarbeiten müssen, wenn ihre Selbstverwaltung auf lokaler und auf Landesebene nicht wirkungslos sein soll. Die Bedeutung der Entscheidungen, die für und über die Hochschulen auf Bundesebene getroffen werden, machen eine zentrale Repräsentation der Hochschulen unerläßlich.

14) Studienreformkommission (§ 60):

Das Instrumentarium der Studienreform, wie es in § 60 Abs. 1 des Entwurfs vorgesehen ist, ist für die Westdeutsche Rektorenkonferenz nicht annehmbar, weil es den Hochschulen als Institutionen die Aufgabe der Studienreform aus der Hand nimmt und damit auch ihre bisherige Initiativfunktion auf die Länder verlagert. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wendet sich ferner dagegen, daß die Studienreformkommissionen Studien- u. Prüfungsordnungen ausarbeiten sollen, die den Hochschulen und ihren Fachbereichen als Institutionen keine Möglichkeit zu eigener Gestaltung des Studiums lassen. Die Aufgabe der Kommissionen muß

sich auf die Erarbeitung von Rahmenordnungen beschränken.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz fordert die institutionelle Einbeziehung der Hochschulen in das Instrumentarium zur Studienreform. Die Wahrnehmung auch dieser Aufgabe durch eine Gesamtvertretung der Hochschulen auf Bundesebene

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz anerkennt, daß trotz der schmalen verfassungsrechtlichen Grundlage in Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG die Bundesregierung einen Entwurf mit einer erkennbaren Tendenz zur Reform des Hochschulwesens vorgelegt hat. Dies hat die vorstehende Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz bestimmt, welche nur die 14 wesentlichsten Punkte der Kritik unterwirft, unter denen die Kritik insbesondere an

in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern bietet sich an. Auf diesem Weg kann die notwendige, aber durch § 60 Abs. 4 nicht gewährleistete relative Einheitlichkeit der Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse und die damit zusammenhängende Freizügigkeit der Studierenden gesichert werden.

III.

der Regelung der Einheitsverwaltung (§ 7), der Hochschulplanung auf Bundesebene, der Studiengestaltung und Studienreform (§§ 33, 35 und 60) und des Zusammenwirkens der Hochschulen (§ 59)

essentielle Forderungen betrifft.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hofft, daß in den Beratungen des Bundesgesetzgebers die notwendigen Verbesserungen vorgenommen werden.

II.

Stellungnahme der

Bundesassistentenkonferenz

zum Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz

Das Hochschulrahmengesetz (HRG) ist der bedeutendste Teil des Bestrebens der Bundesregierung, den gesamten Bereich von Forschung, Lehre, Studium und Berufsausbildung durch einheitlich konzipierte und aufeinander abgestimmte Gesetzesregelungen neu zu ordnen. Das HRG steht in engem inneren Zusammenhang mit anderen bereits erlassenen oder ebenfalls im Entwurf vorliegenden Gesetzen, Verwaltungsabkommen und sonstigen Regelungen, wie

- dem Hochschulbauförderungsgesetz,
- dem Hochschulstatistikgesetz,
- dem Ausbildungsförderungsgesetz,
- dem Graduiertenförderungsgesetz,
- dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Kommission für Bildungsplanung auf der Grundlage von Art. 91 b GG,
- den Leitlinien zu Grundsatz-, Struktur- und Organisationsfragen von rechtlich selbständigen Forschungseinrichtungen.

Nach dem jahrelangen Versagen von Bund und Ländern in der Gestaltung des Bildungsbereiches sollen alle diese Regelungen nunmehr zu einer weitgehenden Neuformierung des Bildungssektors führen, die das Leben aller Bürger — besonders der im Hochschulbereich Tätigen — nachhaltig beeinflussen wird. Gerade weil nicht nur begrenzte organisatorische Anpassungen geplant sind, ist es geboten, den Anspruch der vorgesehenen neuen

Regelungen, ihren historischen und gesellschaftlichen Kontext sowie die zu erwartenden Auswirkungen genau zu überdenken.

Die Bundesregierung tritt mit dem Anspruch auf, mit ihren Gesetzesinitiativen im wesentlichen zwei große — eng miteinander zusammenhängende, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen gleichwohl nicht parallel laufende — Ziele zu verfolgen:

- der Entfaltung des Menschen, seiner Emanzipation durch Herstellung von Chancengleichheit im Bildungsbereich und Eröffnung eines breiten Bildungsangebots zu dienen,
- der öffentlich bewußt gewordenen Bedrohung wirtschaftlichen Wachstums durch verstärkte Planung, Investitionsbereitschaft und Einflußnahme des Staates nachhaltig zu begegnen.

Der Bildungsbericht 1970 der Bundesregierung formuliert die Zielvorstellungen so: „Oberstes Ziel ist ein demokratisches, leistungs- und wandlungsfähiges Bildungssystem, das jedem Bürger von der Vorschulerziehung bis zur Weiterbildung zu seiner persönlichen, beruflichen und politischen Bildung offensteht.“

Damit ist die emanzipatorische Zielsetzung deutlich in den Vordergrund gerückt, mit der Betonung auch des „leistungsfähigen“ Bildungssystems auch die andere Komponente aber bereits mit eingebracht.

Der Regierungsentwurf eines HRG ist — ebenso wie die übrigen Gesetzesinitiativen — daraufhin zu befragen, ob er der emanzipatorischen Zielsetzung auch tatsächlich genügt oder ob er sich de facto nicht vielmehr vornehmlich in den Dienst der zweiten Zielsetzung — der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums — stellt; für diesen Fall besteht unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen die Gefahr, daß die emanzipatorische Zielsetzung praktisch verlorengeht und die Berufung darauf objektiv nur noch die Funktion einer verbalen Legitimationszufuhr behält.

In der Tat werden der Entwurf und seine Amtliche Begründung in vielen Teilen und in der Gesamttendenz jener Zielrichtung nicht gerecht. Das wird im folgenden anhand der einzelnen im Regierungsentwurf geregelten Sachkomplexe näher erläutert.

Mitbestimmung, Selbstverwaltung

§ 14 Abs. 1 erkennt zutreffend allen Mitgliedern der Hochschule das Recht zu, an deren Selbstverwaltung mitzuwirken. Die Frage, wie Art und Umfang der Mitwirkung sowie die zahlenmäßige Zusammensetzung der Organe zu regeln sind, ist maßgeblich danach zu entscheiden, welchen Zwecken die Mitwirkung im Hochschulbereich dienen soll. Die Mitwirkung muß nach Auffassung der BAK vornehmlich dazu dienen

- sicherzustellen, daß kein Mitglied der Hochschule als Betroffener lediglich Objekt der Entscheidungen von Hochschulorganen ist, sondern zu gewährleisten, daß er als Subjekt daran selbst oder durch von ihm gewählte Vertreter mitwirkt,
- es zu ermöglichen, spezifische eigene Interessen wahrzunehmen und dabei in einem geregelten Verfahren — möglichst zu einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung — ggf. zu einem Ausgleich mit widerstreitenden Interessen anderer zu gelangen,
- die Interessen- und Machtausübung anderer im Hinblick auf die eigene Lage und eigene Erfahrungen zu kontrollieren.
- die Ausnutzung von Wissenschaft, ihrer Einrichtungen und Ergebnisse, im ausschließlichen Interesse einer Gruppe von Hochschulmitgliedern zu verhindern (Eine solche Gefahr droht vor allem dann, wenn Entscheidungen allein von einer nach ihrer sozialen Lage und ihrem eigenen Vorverständnis relativ homogenen Gruppe getroffen werden),
- es allen Hochschulangehörigen zu ermöglichen dazu beizutragen, daß Wissenschaft im objektiven Interesse der Bevölkerung betrieben wird und ihre Ergebnisse einer Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen. (Daß diese Gesichtspunkte mehr beachtet werden, wird umso wahrscheinlicher sein, je weniger homogen die Zusammensetzung in den Mitwirkungsorganen ist.)

Die den Mitwirkungsregelungen des Regierungsentwurfs eines Hochschulrahmengesetzes zugrundegelegten leitenden Prinzipien sind weder im Ent-

wurf selbst noch in seiner Begründung niedergelegt. Immerhin ist eine Tendenz erkennbar, die Mitwirkung aller Hochschulangehörigen lediglich insofern zuzugestehen, als sie zur Erreichung herkömmlicher, nicht in Frage gestellter Ziele in Forschung, Lehre, Studium und Verwaltung dient (Effektivierung). Im übrigen wird versucht, Gruppen, wie insbesondere die Studenten, durch Integration und ansatzweise Gewährung von Mitwirkungsrechten in Hochschulgremien zu befrieden (Pazifizierung).

Für eine solche Interpretation sprechen etwa § 14 Abs. 1 und 3 (Pflicht zur Mitwirkung an der Selbstverwaltung mit der Möglichkeit, bei Verletzung der Pflicht Sanktionen vorzusehen), § 14 Abs. 2 (Grundsatz der sogenannten funktionsgerechten Mitwirkung, der in § 17 dazu benutzt wird, eine gleichberechtigte Mitbestimmung insbesondere der — nichtgraduierten — Studenten in Fragen der Forschung und Einstellung auszuschließen) und § 16 Abs 2 (Wahlquorum).

Mit den oben genannten Zwecken sind diese Regelungen durchweg unvereinbar. Jene Aspekte verlangen vielmehr grundsätzlich eine jede Diskriminierung vermeidende gleichberechtigte Mitbestimmung aller Mitglieder der Hochschule bezüglich aller in die Zuständigkeit ihrer kollegialen Gremien fallenden Entscheidungen.

Der vom Regierungsentwurf des Hochschulrahmengesetzes gegen diese Forderung vor allem ins Feld geführte Grundsatz der sog. funktionsgerechten Mitwirkung vermag auch deshalb nicht zu überzeugen, weil er

- auf zwei höchst zweifelhaften Prämissen (Sachverstand, Betroffenheit) beruht
- praktisch gar nicht durchgehalten werden kann
- und auch vom Gesetzentwurf selbst nicht konsequent durchgeführt wird.

Wenn § 17 eine gleichberechtigte Mitbestimmung insbesondere der nicht graduierten Studenten und Angehörigen des nichtwissenschaftlichen Personals in Fragen der Forschung und der Einstellung unter dem Gesichtspunkt der funktionsgerechten Mitwirkung ausschließt, weil diese Personengruppen nicht qualifiziert seien, auch in solchen Fragen mitzuentcheiden, so liegt dem einmal die Prämisse zugrunde, daß die entsprechenden Entscheidungen einer besonderen — über die für Entscheidungen über andere Angelegenheiten hinausgehenden — Sachkunde bedürften, die nichtgraduierte Studenten und Angehörige des nichtwissenschaftlichen Personals in der Regel nicht hätten.

Diese Annahme trifft indessen nicht zu. Die in Betracht kommenden Hochschulgremien haben nicht die — eine besondere Sachkunde erfordernde — Aufgabe, selbst Forschung zu betreiben, sondern, was die Forschung anlangt, Entscheidungen etwa über Planung, Organisation, Finanzierung und Verwaltung der Forschung zu treffen. (Das hebt die Begründung zu § 17 selbst zutreffend hervor); die Mitwirkung an den einzelnen Forschungsvorhaben legt der Gesetzentwurf selbst

in § 17 Abs. 2 in die Verantwortung allein der an dem Vorhaben wissenschaftlich Arbeitenden. Die Gremien haben vielmehr im wesentlichen Wertentscheidungen zu treffen. „Käme es ausschließlich auf diesen (fachwissenschaftlichen, d. V.) Sachverstand an, so wäre das Ende der Selbstverwaltung gekommen. Denn man müßte die gesamte Wissenschaftsorganisation und -planung professionellen Wissenschaftsmanagern übertragen. Das Selbstverwaltungsprinzip dagegen nimmt . . . den 'Dilettantismus' der Laienverwalter um anderer Vorteile willen wie Problemnähe, Legitimation durch die Betroffenen und Kontrolle eines sich verselbständigenden Sachverstandes bewußt in Kauf. Sicher wird bei bestimmten Fragen auch der Sachverstand der Fachdisziplin eine Rolle spielen, der das Kollegialorgan angehört, aber diese Fälle sind nicht dominant. . . . Bei den Organisations-, Koordinations- und Planungsentscheidungen der Organe stehen Wertungen im Vordergrund.“ (vgl. Hauck/Lüthje: Wissenschaftsfreiheit durch Mitbestimmung, Schriften der BAK 9. 1970, S. 28)

Die in § 17 vorgesehene mindere Beteiligung von nichtgraduierten Studenten und Angehörigen des nichtwissenschaftlichen Personals an der Entscheidung über Fragen der Forschung und Einstellung geht im übrigen von der weiteren Prämisse aus, daß diese Personengruppen von derartigen Entscheidungen nicht oder doch weniger als von anderen betroffen würden. Auch das trifft indessen nicht zu. Für die Einstellung von Hochschullehrern, die von größter Bedeutung für die künftige Ausrichtung auch der Lehre ist, sollte das Gegenteil offensichtlich sein. Aber auch von den Entscheidungen über die Forschung sind nichtgraduierte Studenten und Angehörige des nichtwissenschaftlichen Personals in erheblichem Maße betroffen, insofern nämlich insbesondere

- der Aufgabenbereich der zuletzt Genannten ganz wesentlich davon abhängt, was, von wem und mit welchen personellen und sachlichen Mitteln geforscht wird,
- nichtgraduierte Studenten durch „forschendes Lernen“ selbst an der Forschung beteiligt sind oder sein sollten,
- Entscheidungen über Forschungsfragen zumindest ihre künftigen Chancen zu eigener Forschung beeinträchtigen können,
- wegen des engen Zusammenhangs von Forschung und Lehre Entscheidungen über Fragen der Forschung auch mannigfache Auswirkungen auf die Lehre haben, über die zu urteilen auch das Gesetz Studenten ersichtlich für geeignet hält (vgl. §§ 18, 60 Abs. 1 Satz 2),
- Studenten und Angehörige des nichtwissenschaftlichen Personals ebenso wie die Bevölkerung überhaupt von den Ergebnissen von Forschungsarbeiten betroffen werden können.

Der Gefahr einer willkürlichen Differenzierung erliegt der Gesetzentwurf insoweit, als er eine gleichberechtigte Mitbestimmung nichtgraduierter Studenten für Fragen der Forschung und Einstel-

lung zwar ausschließt (§ 17), für Fragen des Studiums aber vorsieht (§ 18).

Den hinter dieser ungleichen Verteilung von Mitwirkungskompetenzen stehenden ideologischen Prämissen, daß die Beurteilung von Lehre lediglich eine Angelegenheit der Erfahrung ist, muß energisch widersprochen werden. Vielmehr ist Lehre eine wissenschaftliche Aufgabe, wie die Diskussion der Studienreform, der Neubestimmung der Lernziele, der Curriculum-Forschung, der Methoden der Lehre und Unterrichtsevaluation, kurz die Diskussion um die Hochschuldidaktik bewiesen hat.

Auf Grund der seiner Ansicht nach für die Mitwirkung an der Selbstverwaltung maßgeblichen Gründe (s. o.) fordert der Vorstand der BAK für das Hochschulrahmengesetz im einzelnen:

- 1) Es ist grundsätzlich eine jede Diskriminierung vermeidende gleichberechtigte Mitbestimmung aller Mitglieder der Hochschule bezüglich aller in die Zuständigkeit ihrer kollegialen Gremien fallenden Entscheidungen zu sichern.
- 2) Zu diesem Zweck ist die Gliederung der Mitglieder in Gruppen nicht erst, wie § 15 Abs. 1 es vorsieht, durch Landesrecht, sondern im Hochschulrahmengesetz selbst zu regeln. Folgende Gruppen sind vorzusehen:
 - a) Hochschullehrer (Professoren und Assistentenprofessoren)
 - b) Studenten (einschließlich der Graduierten)
 - c) Angehörige des nichtwissenschaftlichen Personals (Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben — §§ 50,52 — darf es nicht geben; Tutoren sind Studenten.) (siehe auch unter „Personalstruktur“)
- 3) a) Die zentralen Kollegialorgane (§ 23) und Fachbereichsräte (vgl. § 24) werden jeweils durch eine gleiche Anzahl von Mitgliedern der unter 2) genannten Gruppen besetzt.
 - b) Die Zusammensetzung der Ausschüsse und Kommissionen dieser Gremien wird von der Hochschule durch ihre Grundordnung geregelt.
- 4) Die zu erreichende Zahl der Sitze darf — entgegen § 16 Abs. 2 — nicht von einem Quorum abhängig gemacht werden. Diese Regelung wird praktisch nur die Studenten treffen. Gerade für sie ist es aber besonders schwer, wenn nicht oft gar unmöglich, die verlangte Wahlbeteiligung zu erreichen. Nachteilig fällt für sie nämlich u. a. ins Gewicht:
 - die sehr große Zahl der Wahlberechtigten,
 - ihre oft gänzlich anders geartete Motivation, die wegen der nachfolgend genannten Umstände nur schwer zu ändern ist,
 - die enormen finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten, Wahlen vorzubereiten,
 - das Nichtbestehen einer Verpflichtung, in der Hochschule anwesend zu sein, das Fehlen eines festen Arbeitsplatzes,

- die räumliche Trennung der einzelnen Hochschulteile,
- der oft mangelhafte Informationsfluß, insbesondere die oft nicht ausreichende Information über Kandidaten.

Für die Selbstverwaltung ist ferner zu fordern:

- 5) § 14 Abs. 3 sollte ersatzlos gestrichen werden, zumindest ist zu sichern, daß die Länder diese Norm keinesfalls dazu verwenden können, **Ordnungsmaßnahmen** vorzusehen. (Akzeptabel ist allenfalls eine Regelung, wie sie in § 40 Abs. 1 Satz 2 des Berliner Universitätsgesetzes enthält).
- 6) a) § 19 Abs. 1 sollte vorsehen, daß die Kollegialorgane der Hochschule — also auch die Fachbereichsräte — **generell öffentlich tagen**.
- b) In § 19 Abs. 2 Satz 1 sollte es dem jeweiligen Gremium überlassen sein zu bestimmen, über welche Gegenstände in geschlossener Sitzung verhandelt wird und über welche bei der Beratung eines Tagesordnungs Punktes bekannt gewordenen Tatsachen Verschwiegenheit zu wahren ist.

Personalstruktur

Die im Regierungsentwurf enthaltene Regelung der Personalstruktur (§§ 40 - 53) nimmt zwar einige Vorschläge der BAK auf, enthält daneben aber sonstige Bestimmungen, die mit den von der BAK entwickelten Vorstellungen nicht zu vereinbaren sind. Sie geben den Landesgesetzen die Möglichkeit, Personalmodelle zu verwirklichen, die den Überlegungen der BAK zuwiderlaufen.

Das gilt schon für die Bestimmungen, daß Professoren nach der Maßgabe der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen überwiegend in der Lehre oder überwiegend in der Forschung tätig sein können (§ 41 Abs. 3) und daß sich Art und Umfang der von den Professoren und Assistenzprofessoren zu erfüllenden Aufgaben, - insbesondere der Umfang der Lehrverpflichtungen - soweit sie nicht in der Stellenbeschreibung definiert sind, bei der Einstellung festgelegt werden (§§ 41 Abs. 6, 43 Abs. 3). Es liegt für den Landesgesetzgeber nur zu nahe, den überwiegend lehrenden Hochschullehrer vornehmlich für die Ausbildung der Studenten in einem - womöglich weiterhin unterschiedenen - Grund- oder Hauptstudium, den vorwiegend forschenden Hochschullehrer nur oder hauptsächlich im Rahmen des Graduiertenstudiums einzusetzen.

Zu einer Verfälschung des von der BAK vorgeschlagenen Personalstrukturmodells führt auch die Schaffung der sog. „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“ (§ 52). Die Funktion des Mittelbaus hat sich dahin entwickelt, Lehrkapazitäten möglichst umstandslos und billig bereitzustellen (mangelnde Investition, keine Innovationsfristen durch Nichtverpflichtung zur Fortbildung etc.).

Diese Funktion wird im Hochschulrahmengesetz durch die Gruppe der Lehrkräfte für besondere

Aufgaben übernommen. In diesem Lösungsversuch für eine technokratische Hochschulreform steckt ein Kurzschluß: Die mangelnde Innovationsmöglichkeit wird die mit dieser Gruppe kurzfristig erlangte quantitative Befriedigung der Lehrkapazität langfristig qualitativ belasten. Reproduzierbare Lehre sollte man Kassetten überlassen, der Lehrkörper muß dagegen im Zeitalter wissenschaftlich-technischer Revolution eine prinzipielle Innovationsmöglichkeit haben.

Beamte oder Angestellte, deren Funktion darin besteht, sog. „wissenschaftliche Dienstleistungen“ (§ 50) zu erbringen, sollte es in Zukunft überhaupt nicht mehr geben; insbesondere ist es untragbar, darunter auch in der Facharztausbildung Befindliche (§ 50 Abs. 3) zu rechnen mit der Begründung, daß deren Funktion als „forschende Mitarbeit in Forschungseinrichtungen der Hochschule“ gekennzeichnet wird. Die Funktionen, auf die § 50 anwendbar wäre, sollten in Zukunft ausschließlich von Professoren, Assistenzprofessoren oder von Angehörigen des nichtwissenschaftlichen Personals wahrgenommen werden. Soweit für eine Übergangszeit der bisherige Zustand aufrechterhalten wird, sollten diese Stelleninhaber

- korporationsrechtlich als Hochschullehrer behandelt werden,
- ebenso wie diese nur Mehrheitsentscheidungen der zuständigen Gremien unterworfen sein
- und wie jene hinreichend Gelegenheit zur weiteren Qualifikation in Forschung und Lehre, letzteres ggf. durch Übernahme von Lehraufträgen, erhalten.

Die in § 53 für Tutoren vorgesehene sehr pauschale Regelung — sie haben danach die Aufgabe, Studenten und studentische Arbeitsgruppen unter Verantwortung des Fachbereichs und unter fachlicher Anleitung eines Professors oder Assistenzprofessors in ihrem Studium zu unterstützen — ist ebenfalls geeignet, eine fortschrittliche Personalstruktur zu verwässern: Tutoren werden danach als billige, in Massen verwendete und nicht genügend qualifizierte Hilfhochschullehrer mißbraucht werden können. Sinnvoll wäre eine Regelung, die vorsähe, daß Tutoren — die stets Studenten sein und deren Stellen von den Fachbereichen auf Antrag von Studenten besetzt werden sollten — die Aufgabe haben, studentische Arbeitsgruppen zu unterstützen, die sich zur kritischen Durcharbeitung des von der Hochschule gebotenen Lehrangebots und (oder) zur Bearbeitung alternativer Problemkreise gebildet haben. Dabei wäre sicherzustellen, daß Tutoren Lehrveranstaltungen der Hochschulen nicht ersetzen dürfen und daß die Tätigkeit der Tutoren zu vergüten ist

Studium und Studienreform

Die politische Funktion der Gesetzesbestimmungen über Studium und Studienreform ist die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses (§ 3) und die Bereitstellung „qualifizierter Kräfte“ (§ 34 [2]) für das weitere Funktionieren von Hochschule,

Schule und Wirtschaft. Die Hochschule bekommt damit die Aufgabe, einen möglichst hohen Wertzuwachs für die Gesellschaft zu erarbeiten. Notwendig verwickelt sich daher das Gesetz in Widersprüche, wenn es inhaltliche Vorstellungen zum Studium (§ 34 [1]) übernimmt, die nicht in eine einfache Beziehung zum Wertzuwachs zu bringen sind.

Die Fragwürdigkeit der Reglementierungen im Bereich des Hochschulzuganges ergibt sich einerseits im Zusammenhang mit dem Studienziel (§ 34), andererseits aus der Kenntnis der Abhängigkeiten von Sekundarschulbereich und Tertiärbereich (s. Wissenschaftsrat Band 1 Empfehlungen 1970 Bonn, S. 64 ff.). Die Verbindung des fachgebundenen Hochschulzuganges mit Kurzstudium widerspricht nicht nur didaktischen Erkenntnissen über Lernziele und -motivationen, sondern dieses Verfahren führt dazu, die Spezialisierung auf einen Beruf noch früher als bisher einsetzen zu lassen. Damit einher geht ein Verlust an Mobilität; die Orientierung an „Tätigkeitsfeldern“ wird in nicht vertretbarem Maße eingeengt. Überdies trägt diese Regelung durch ihren restriktiven Charakter nur zu Schaffung neuer Konflikte bei.

Das Bekenntnis zum Leistungsprinzip bei der Auswahl der Studienbewerber (§ 30, Begründung) muß fragwürdig bleiben. Weder kann das angestrebte Verfahren soziale Unterschiede ausgleichen, noch kann es die Grundlage eines sinnvollen Studiums erkennen lassen, da es den wesentlichen Punkt, die Motivation nicht zu überprüfen gestattet. Vor Jahren wurde schon beim Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule auf Grund pädagogischer Erkenntnisse die Prüfung durch Förderkurse ersetzt. Beim Übergang in den tertiären Sektor wird nun das bereits abgelegt geglaubte Prinzip der Eingangsprüfung wieder aufgenommen; und das nur, um einen administrativen Regelmechanismus zum Abbau des Numerus clausus verdeckt zu installieren.

Die Bestimmungen über Studium und Studienreform führen dazu, die ständige Mitwirkung aller an der Wandlung des Studiums einzuschränken.

Wie anders sollen Bestimmungen zu verstehen sein, die

- die Wahl des Studienganges stark einschränken (§§ 27, 28, 30, 34, 35)
- den Studiengang durch eine Rechtsvorschrift regeln (§§ 33, 35 in Verbindung mit § 60)
- Ergebnisse der Studienreform bereits inhaltlich vorwegzunehmen versuchen (§§ 34, 35)
- Hochschulprüfungsordnungen indirekt zu Staatsprüfungsordnungen machen (§§ 33, 37, 60)
- für Reformen ein sehr kompliziertes Verfahren vorschreiben (§§ 9, 23, 33, 60)
- den Ländern ein Übergewicht bei der Reform der Hochschulen und des Studiums einräumen (§ 60; obwohl nicht zu verkennen ist, „daß alle wesentlichen Reformvorschläge von Hochschulangehörigen stammen“ (Begründung Teil II Reform von Studium und Prüfung)

Studium und Studienreform sind als Vorgänge zu verstehen, die ihre Dynamik nicht aus einer dirigistischen, staatlichen Reformvorschrift sondern aus der durchgreifenden Mitwirkung aller Beteiligten gewinnen. Ziele, Inhalte, Formen und Organisation des Studiums sind nicht auf einem so allgemeinen Ansatz, der schon dadurch unverbindlich bleiben muß, operationalisierbar, wie es im Gesetz versucht wird. Seine eigenen Perspektiven über das Studienziel (§ 34), das sich zusätzlich an wandelbaren Tätigkeitsfeldern orientieren soll, lassen sich auf diesem Wege nicht verwirklichen. Durchgreifende Studienvorschriften führen zu einer extremen Sekundärmotivation der Studierenden, obwohl der Anspruch, in § 34 (1) vorgegeben, gerade die Primärmotivation zwingend verlangt. Der Entwurf nimmt die Gedanken des „forschenden Lernens“, des „lebenslangen Lernens“, des vorläufigen, abbruchartigen Charakters von Prüfungen auf, schreibt aber Prüfungen für Studienabschnitte vor (§ 37). Einzelne Bestimmungen weisen auf eine inhaltlich gedachte, horizontale Gliederung hin. Die 3-Teilung wird durch nichts weiter gerechtfertigt als durch eine zweifelhafte Leistungskontrolle. Inhaltliche Unterschiede der einzelnen Studienphasen werden nicht aufgezeigt (und sind prinzipiell auch kaum aufzeigbar).

Ebenso wie das Studium wird auch seine Reform in ein Korsett von Vorschriften gezwängt, das die Hochschulen in ihren Gestaltungsmöglichkeiten stark einschränkt. Die Grundforderung der Mitbestimmung verlangt notwendig, die Aufhebung der Bestimmungen über weitgehende staatliche Reglementierung zu fordern, ohne das Zusammenwirken von Staat und Hochschule grundsätzlich abzulehnen.

Einzelforderungen, die als bescheidene Verbesserungen angesehen werden:

- § 30 (1) Die Ausschließlichkeit der Maßstäbe ist abzulehnen.
- § 33 (1) Erarbeiten von Studienzielen, Studienordnungen sind in erster Linie Aufgaben der Hochschulen.
- § 33 (2) Reformmodelle müssen auch ohne Erlaß von Studienordnungen ansetzbar sein.
- § 34 (1) Das hier angegebene Studienziel muß in die Vorschriften über Studium und Studienreform inhaltlich einbezogen werden.
- § 35 (2) stellt den Versuch einer inhaltlichen Vorwegnahme der Studienreformergebnisse dar. Damit ist die Reform in ihren Möglichkeiten zu stark eingeschränkt. Dieser Absatz ist abzulehnen.
- § 37 (1) Studienabschnittsprüfungen sollten nicht Teil staatlich genehmigter Prüfungsordnungen sein.
- § 37 (2) Regelstudienzeiten dürfen allenfalls Empfehlungen in Studienordnungen nicht aber Teile von Prüfungsordnungen sein (Zwangsexmatrikulation).
- § 39 Der fördernde Charakter der Beratung sollte durch die grundsätzliche Abschaffung von Zwischenprüfungen explizit herausgestellt werden.

- § 60 Studienreformkommissionen sollten grundsätzlich von den Hochschulen eingerichtet werden. Erst wenn dies nicht geschieht, sollte die Einschaltung der Landesbehörden erfolgen.
- §§ 35, 60 (3) Studienordnungen dürfen nur Empfehlungen sein.
- Es fehlt eine Bestimmung über die Beteiligung der Hochschulen an staatlichen Studien- und Prüfungsvorschriften.

Gesamthochschule und Hochschulplanung

Die Vorschriften über die Gesamthochschule lassen die Notwendigkeit, Gesamthochschulen zu schaffen, in den §§ 4 bis 6 nunmehr zwar deutlicher hervortreten, werden den Einwänden der BAK vom 5. 11. 70 (S. 7 f.) indessen immer noch nicht gerecht. Ergänzend ist insbesondere hervorzuheben:

Die Tendenz der wieder aufgenommenen Bestimmung über die Einbeziehung von Studiengängen, die bisher von Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereiches angeboten werden (§ 5 Abs. 1 Satz 2), ist zwar zu begrüßen; die Vorschrift geht aber nicht weit genug, da sie keine Verpflichtung statuiert, derartige Studiengänge einzubeziehen, und keine Kriterien für eine derartige Einbeziehung nennt.

§ 6 nennt weiterhin keine Kriterien der Überprüfung und sieht keine Sanktionen für den Fall ihres negativen Ausgangs vor. Es bleibt dabei zu befürchten, daß sich in manchen Ländern nichts ändern wird.

Das Gesetz rechnet weiterhin mit sog. kooperativen Gesamthochschulen. Die dafür vorgesehene Bestimmung des § 59 geht im übrigen selbst für den Fall zu weit, daß man eine derartige Verbindung für eine gewisse Zeit zuläßt, insofern sie jedes (!) Zusammenwirken von Hochschulen von einer Zustimmung oder gar einseitigen Anordnung des Landes abhängig macht. Das Gesetz sollte sich darauf beschränken, zu bestimmen,

- daß Hochschulen zusammenwirken sollen,
- daß das Land dies für den Fall sichert, daß die Hochschulen dieser Verpflichtung nicht folgen,
- daß eine Mitwirkung des Landes an Akten einzelner Hochschulen, soweit sie nach sonstigen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, auch dann erforderlich ist, wenn Hochschulen derartige Akte in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen erlassen.

Die Bestimmungen über die Hochschulplanung (§§ 10, 11) sind weiterhin unzureichend, insofern auf Landesebene eine Beteiligung der Hochschulen über die Voranschläge der Einzelhochschulen hinaus nicht sichergestellt und eine Beteiligung der Hochschulen auf Bundesebene überhaupt nicht vorgesehen ist. Demgegenüber bleibt zu fordern, daß eine Bundeshochschulkonferenz mit einem Planungsinstrumentarium zu schaffen ist, das der Hochschulseite erlaubt, für Parlamente und Öffentlichkeit Modelle alternativer Planung zu entwickeln, die eine echte Entscheidung im Sinne einer Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten über-

haupt erst eröffnet. Im übrigen sollte, abweichend von § 11, vorgesehen werden, daß die Hochschulpläne statt von Regierungen von Parlamenten aufgestellt werden; eine bloße Beteiligung der Parlamente bei der Bewilligung der für die Durchführung der Pläne erforderlichen Finanzmittel ist unzureichend, weil sie diesen nicht genügend Möglichkeiten gibt, auf die Planungsfeststellung selbst inhaltlich einzuwirken.

Technokratische Tendenz des Entwurfs

Analysiert man die Tendenz des Entwurfs und sieht man sie im Zusammenhang mit den anderen Gesetzesinitiativen und sonstigen Maßnahmen der Bundesregierung, so drängt sich der Schluß auf, daß die Regierung de facto dahin wirkt, den Bildungsbereich aus Gründen der Sicherung des Wirtschaftswachstums — und damit der Systemstabilisierung — zu modernisieren, insbesondere effektiver zu gestalten, und ihn der aus ökonomischen Gründen unabweisbar gewordenen Globalsteuerung zu unterwerfen. Nachdem die wachsende Interdependenz von Wissenschaft und Gesellschaft, insbesondere von Investitionen im Bildungs- und Forschungsbereich und wirtschaftlichem Wachstum erkannt worden war, ergab sich für den Staat die Notwendigkeit, die Stagnation im Bildungsbereich durch volkswirtschaftliche Investitionen und strukturelle Planung aufzuheben. Die Bedrohung des politischen Systems durch die Gefährdung seiner ökonomischen Produktivität zwingt den Gesetzgeber, die quantitative und qualitative Funktionsfähigkeit der Forschung durch Förderung und Planung der wissenschaftlich-technischen Produktion zu sichern und die Befriedigung des notwendigen Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften durch Heranbildung des Nachwuchses für Bildung, Wissenschaft und Industrie zu garantieren. Die dabei im spätkapitalistischen Gesellschaftssystem leitenden Kapitalverwertungsinteressen erweisen sich als kaum vereinbar mit dem propagierten Ziel der Schaffung eines demokratischen und die Grundrechte verwirklichenden Bildungssystems.

Dieser Widerspruch führt dabei zu Legitimationsschwierigkeiten für das System, die besonders im Bereich der Mitbestimmung das vom Hochschulrahmengesetz intendierte reibungslose Funktionieren gefährden werden. Dabei stellt im Grunde der technokratische Versuch des Hochschulrahmengesetzes, risikolose Vermittlungswege in der Selbstverwaltung zu schaffen, sie durch Mitbestimmung nicht gefährden zu lassen, sondern statt dessen durch Sanktionen (Ausschluß von bestimmten Angelegenheiten, Quorum), eine — an technokratischen Interessen gemessen — kurzschlüssige Maßnahme dar. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß autoritäre Zwänge Herrschaftsverhältnisse bewahren und ein reibungsloses Funktionieren sichern können. Eher ließe sich eine Konfliktminderung durch Gewährung verantwortlicher Mitbestimmung (partizipatorische Disziplinierung) in Verbindung mit einer sozialen Belohnung durch Ansehen und Entgelt (distributive Pazifizierung) erreichen.

Kann auch Mitbestimmung eine technokratischen Interessen entgegenkommende Funktion übernehmen, so ist zu fragen, ob die Mitbestimmung gleichwohl dazu zu dienen vermag, dem technokratischen Interesse an Verwertung der Wissenschaft als 'reiner' Produktivkraft ein Interesse an Wissenschaft als Kraft zur Emanzipation des Menschen entgegenzusetzen.

Die Frage ist zu bejahen. Jedes Herrschaftsverhältnis beruht auf dem Ineinandergreifen objektiver Macht- und Zwangsmittel und subjektiver Motivationsysteme, die sie beständigen und reproduzieren. Von daher kann es aus technokratischen Gründen sinnvoll sein, Mitbestimmungsrechte zu gewähren. Geschieht das — wie im Regierungsentwurf des HRG — nicht oder nicht in ausreichendem Maße, werden politische Konflikte schon deshalb unvermeidbar. Werden aus technokratischen Gründen Mitbestimmungsrechte aber tatsächlich eingeräumt, so werden diese — wenn sie das angestrebte Ziel der partizipatorischen Disziplinierung nicht ohnehin verfehlen also wirkungslos bleiben — einen über das angestrebte Ziel hinausgehenden und deshalb unerwünschten Effekt wirklicher Politisierung haben: Das politische Dilemma der Technokratie besteht gerade darin, daß die Einrichtung derartiger Strukturen geeignet ist, zugleich neue, nicht weniger problematische Risikolagen herbeizuführen.

Der ökonomische Monopolkapitalismus legitimiert sich durch soziale Wohlfahrtsprogramme und durch das Angebot parlamentarischer Mitwirkungsrechte. Mit der sich erweiternden Demokratisierung und Politisierung gewinnt gerade das Angebot an Mitwirkungsrechten an Bedeutung für die Loyalitätssicherung. Insofern liegt die Chance zur Emanzipation gerade in der Realisierung der Mitbestimmung als eine der zur Aufhebung der Entfremdung notwendigen Voraussetzungen. Ihre historisch-politische Begründung findet die Mitbestimmung darin, die Politisierung voranzutreiben und durch Ausnutzung des politischen Dilemmas der Technokratie die Abwehr technokratischer Formierungstendenzen zu erleichtern.

Es wäre unreal, durch eine Präambel oder durch eine Neufassung des die Aufgaben festlegenden § 2 sichern zu wollen, welche Interessen die instrumentalen Bestimmungen und institutionellen Möglichkeiten nutzen und ausfüllen werden. Eine gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft ist nicht durch Dekret zu schaffen, ihre Realisierung kann nur durch Selbstbestimmung am Arbeitsplatz — und das heißt durch Mitbestimmung aller Mitglieder der Universität als Gruppen miteinander und als Korporation mit der staatlich verfaßten Gesellschaft — gesichert werden.

III.

Stellungnahme des

Hochschulverbandes

Neuralgische Punkte des Hochschulrahmengesetzes

Die vorliegenden Bemerkungen sind bereits in den „Mitteilungen des Hochschulverbandes“ — Jahrg. 18, Heft 6, Nov. 1970, S. 281 ff. — abgedruckt. Einige Punkte sind hier noch näher erläutert, weil man davon ausgehen muß, daß diese Stellungnahme nicht nur an Hochschullehrer geht, so daß zu einigen, innerhalb der Hochschule von allen verstandenen Stichworten noch nähere Erläuterungen gegeben werden müssen

1. Gesamthochschule — nur eine Idee

Die vom Gesetz erstrebte Gesamthochschule ist bisher nur eine Idee. Die Differenziertheit der Wissenschaft und die unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkte (Forschung, Lehre, praktische Dienste einschließlich der Krankenpflege) würden es nahelegen, eine stärker gegliederte Einrichtung zu schaffen. Die Idee der Gesamthochschule hat zweierlei Bedeutung:

Zunächst — und das dürfte bei den meisten Vertretern dieser Idee der wahre Grund sein — ist allen bisher Unterprivilegierten und der breiteren Öffentlichkeit anscheinend daran gelegen, den

Prestigevorrang der Universität und des bisherigen „Akademikers“ abzuschaffen, dadurch, daß man alle Berufsausbildung jenseits der Grund- und weiterführenden Schulen mit dem gleichen Prestige versieht. (Es dürfte sich bald zeigen, daß auch der geringe Vorteil des Abbaus gewisser Standesunterschiede durch ein einheitlicheres Selbstverständnis der nächsten Generation nicht erreicht wird, und zwar deshalb, weil bei massenhafter, dem Namen nach gleichwertiger, Ausbildung schon durch das Gruppeninteresse qualifizierterer akademischer Mitarbeiter, besonders aber durch das Interesse des Staates, schwerpunktmäßig hohen wissenschaftlichen Rang zu demonstrieren, Elite-Hochschulen entstehen werden.)

Der zweite, sachliche Grund für die Integration der verschiedenen Bildungsstätten des tertiären Bereichs wäre die Notwendigkeit, jedem Lernenden die beste Möglichkeit des Überganges von einem Ausbildungsgang in einen anderen ähnlichen zu ermöglichen, um dadurch die größten Chancen für die Ausschöpfung aller Begabungen zu bieten.

Dieses Ziel, das allerdings von allen Beteiligten angestrebt werden müßte, ist nur auf dem Wege über eine schrittweise Integration der einzelnen Bildungsgänge zu erreichen. Das verlangt nicht nur die Ausarbeitung von entsprechenden Lehrplänen, sondern vor allen Dingen die Anpassung der vorhandenen Einrichtungen aneinander und die Herstellung der entsprechenden Qualifikation auf Seiten aller beteiligten Lehrenden. Schon das Beispiel der Mängel der Ausbildung in der Oberstufe der Gymnasien zeigt, wie schwierig es ist, eine unzureichende Ausbildung auf den Stand zu heben, der einen Übergang in eine andere anspruchsvollere Ausbildungsstufe, hier die der Universität, ermöglicht. Hier müßten ausführliche Programme nachträglicher und zusätzlicher Ausbildung der Lehrenden erarbeitet werden, bevor man eine Integration von Ausbildungsgängen verschiedenen Ranges in Angriff nehmen könnte.

Wenn man dagegen ohne solche Vorbereitungen äußerlich und gegen den Widerstand der qualifizierten Beteiligten eine Integration mit Gewalt zustande bringt, verärgert man die Beteiligten und schreckt sie so sehr ab, daß die Angleichung nach unten vonstatten geht und diejenigen, die sich das wegen ihrer höheren Leistung erlauben können, sich eine bessere Arbeitsmöglichkeit suchen. Eine solche Angleichung nach unten kann aber im Interesse keines Beteiligten sein, am allerwenigsten im Interesse derjenigen, die breiteren Volksschichten akademische Bildung ermöglichen und deren Bewußtsein verändern wollen.

Da zu dieser formalen und gewaltsamen Integration noch die Aufgliederung in kleine und kleinste Fachbereiche dazukommt, besteht die Gefahr, daß sich diese Fachbereiche wegen ihrer Entfernung zur nächsthöheren Ebene abkapseln, so daß die Hochschulen atomisiert werden. Ohne Zwischeninstanz zwischen Senat und Fachbereich ist eine Kooperation der Fachbereiche auf freiwilliger Basis noch weniger wahrscheinlich als in den bisherigen Fakultäten. Es wird also auf jeden Fall erforderlich werden, einzelne, strukturmäßig zusammengehörige, Fachbereiche in Fakultäten neuer Art zusammenzufassen, die eigene Entscheidungsbefugnis haben. (Hier müßte § 21 des Entwurfs geändert werden. Diese Strukturfrage ist so grundsätzlicher Art, daß sie in das Rahmengesetz gehört.)

2. Ein Gesetz der Lehre

Das Gesetz ist vor allem ein Gesetz der Lehre. Internationale Erfahrung in Ost und West hat gezeigt, daß die Entfremdung der Forschung von der Hochschule das allgemeine wissenschaftliche Niveau senkt. Nur die Durchlässigkeit zwischen Hochschule, reinen Forschungsinstituten und praktischer Tätigkeit ermöglicht die Dynamik der Forschung und Forschungsvermittlung, die eine hochindustrialisierte Gesellschaft ebenso braucht, wie die allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus im tertiären Bereich. Wenn die Forschung sich außerhalb der Hochschule abspielt, sinkt die Lehre an

der Hochschule auf ein zweitklassiges Niveau, weil sämtliche qualifizierten Forscher sich für eine Stellung an der Hochschule dann nicht mehr interessieren. Auf der anderen Seite fehlt der Forschung der breite Einzugsbereich der Hochschule für die Nachwuchsbildung, so daß die besten Nachwuchskräfte von der Hochschule höchstens noch auf Schleichwegen an die Forschungsinstitute hinüberwechseln können. Die Durchlässigkeit ist nur gewährleistet, wenn hochqualifizierte Forscher in der Hochschule ausreichende Möglichkeiten der Forschungs- und Lehrtätigkeit finden. Die Bestimmungen des Gesetzes widersprechen dieser Anforderung in dreifacher Weise:

- a) Forschungszeit muß durch mehr Lehre erkaufte werden (§ 41 III); der Hochschulverband fordert dagegen, daß in ausreichender Zahl Forschungsprofessuren geschaffen werden. Reine Forschungsprofessuren müssen auch im Rahmengesetz vorgesehen sein. Sie wirken in der Lehre nur durch Beteiligung des akademischen Nachwuchses an den Forschungsprojekten, gerade diese Tätigkeit ist aber von entscheidender Bedeutung.
- b) Die Nebentätigkeitsregelungen und die Bestimmungen über die Drittmittelforschung (§ 49 I) reduzieren die Forschungsmöglichkeiten insbesondere in den Fächern, die auf den Praxisbezug angewiesen sind. Zugleich ist angesichts moderner Industriespionage die Anzeigepflicht gegenüber dem Fachbereich die Garantie, daß ein Großteil der bisherigen Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Damit ist zugleich für eine große Gruppe von Forschern das Interesse an einer Hochschulstelle stark reduziert. Als Mißbrauchskontrolle würde in § 24 V und § 49 I die Anzeige an den Dienstherrn oder evtl. die Forschungskommission genügen.
- c) Schließlich ist die völlige Beseitigung des nebenamtlichen Hochschullehrers (Honorarprofessor, „echter“, d. h. nichtbesoldeter Privatdozent) die Beseitigung eines Anreizes, an der Hochschule Lehraufgaben zu übernehmen. Die Gewinnung hochqualifizierter Kräfte wird insbesondere im Bereich der Technik und Naturwissenschaften durch bloßen Lehrauftrag nicht in gleicher Weise ermöglicht, da in diesen Fällen finanzielle Anreize meistens wirkungslos sind, so daß nur das mit einer Honorarprofessur verbundene Prestige und die Lehrtätigkeit an der Hochschule einen Anreiz zu bieten vermag. Bei Verzicht auf die nebenamtlichen Hochschullehrer würde in weiten Bereichen die Beziehung zur Praxis fast vollständig abreißen und die gerade von linksorientierten Kreisen so verschrieene Entfremdung der Lehre von der gesellschaftlichen Realität in extremer Weise zunehmen.

3. Qualifikationsprinzipien fehlen

Das Gesetz schweigt sich weitgehend über Qualifikationsprinzipien und Qualifikationsverfahren aus. Die „Qualität einer Promotion“ (§ 42 I) reicht

in einer Vielzahl von Fächern nicht aus für eine Entscheidung, ob der Promovierte in der Lage sein wird, nicht nur eine Forschungsarbeit selbst durchzuführen, sondern auch Forschungsarbeiten zu betreuen. Bei Qualifikationsverfahren, die akademische Grade zum Ziele haben, muß der Grundsatz gelten, daß nur die bereits so Qualifizierten bei der Graduierung mitwirken können. Gegebenenfalls kann dieser Grundsatz durch die Heranziehung auswärtiger Gutachter erfüllt werden. Eine unzweideutige Vorschrift dieses Inhaltes müßte in § 17 I aufgenommen werden.

4. Anstelle Leistung: Laufbahn und Stellenkegel

Angehts der Kosten moderner Hochschulen müßte das Leistungsprinzip dem Gesetz zugrundeliegen, für Lehrende ebenso wie für Studierende. Die vorliegenden Bestimmungen machen in der Personalstruktur die Entwicklung zu Stellenkegeln und Laufbahn wahrscheinlich, wenn nicht gar eine Abhängigkeit der Stellenbesetzung von gruppenparitätischen, d. h. heute schon an vielen Stellen politisierten, Entscheidungen. Die drohende Besetzung aller Stellen vom Hilfs- und Korrekturassistenten bis zum Ordinarius durch Hausberufungen und gegenseitige Absprache aller Beteiligten schafft einen durchgängigen Laufbahnzusammenhang, der jeden Außenseiter ausschließt und bei dem es lediglich auf Sitzfleisch und gute Kontakte ankommt. Mausehelei ist nie ganz zu vermeiden, sie ist bisher lediglich durch die Angst der Beteiligten vor dem Verlust ihrer wissenschaftlichen Reputation bei den Fachkollegen in Grenzen gehalten worden. Wenn jetzt Beteiligte, die um eine wissenschaftliche Reputation noch nicht zu fürchten haben, entscheiden können, wird sofort der umgekehrte Zug dominant, nämlich, immer dafür sorgen zu müssen, daß nicht ein Kollege kommt, der besser ist, damit die eigene durchschnittliche Qualität nicht auffällt.

Die vorliegenden Bestimmungen sagen nichts über die Pflichten der Studierenden aus. Es reicht nicht, diese in Prüfungsordnungen und Hausordnungen zu verankern, da die übergeordnete Pflicht zu sachlicher Mitarbeit in Forschung und Lehre und in der Selbstverwaltung statuiert werden müßte, und für die Verletzung dieser Pflicht Sanktionen vorgesehen sein müßten. Beteiligte, die die ihnen an der Hochschule eingeräumte Position zur zielstrebigsten Obstruktion benutzen, müßten jedenfalls an der Durchsetzung ihrer Absichten gehindert werden. Durch Zulassung eines imperativen Mandats ermöglicht das Gesetz geradezu solche Obstruktionsarbeit

5. Gefahr endloser Selbstverwaltung

Dem berechtigten Interesse, eine Transparenz der Hochschule und ihr Funktionieren zu garantieren, wird durch die Mitbestimmung kaum Genüge getan. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß sich die Kräfte in endloser Selbstverwaltung und ständiger Diskussion erschöpfen. Der Staat kann die

Beanspruchung sämtlicher, an der Universität Tätigen durch die Selbstverwaltung im gegenwärtigen Umfange nur dulden, wenn er damit rechnet, daß es sich um Übergangsschwierigkeiten handelt, und daß die Beteiligten sich auf einen Stil der Erörterung und Entscheidung einigen werden, der eine sachgerechte Arbeit ermöglicht. Das ist jedoch nicht zu erwarten, wenn eine größere Gruppe der Beteiligten die ihnen in der Selbstverwaltung gegebenen Möglichkeiten erklärterweise nur dazu benutzen will, die Arbeit zu hindern und die Universität zu ihr fremden Zwecken der Veränderung der Gesamtgesellschaft zu mißbrauchen.

Es ist letztlich ein Ausdruck von Menschenverachtung, wenn man die erklärten Ziele von Funktionären der Gruppen an der Universität als idealistisches Geschwätz übergeht. Die Streichung des Verbots eines imperativen Mandats und die Beseitigung der Fachbereichsgliederung der Studentenschaft im vorliegenden Entwurf führt zu einer größeren Mobilität der kleinen Aktivistengruppen innerhalb der Universität und zu einer plebiszitären Demokratisierung, die der Grundgesetzgeber mit Hinblick auf die katastrophalen Zustände in der Weimarer Republik mit Recht vermieden hat, und die die universitären Gremien den demagogischen Erfolgen einiger weniger Funktionäre in nur von Aktivisten besuchten „Vollversammlungen“ ausliefern können und zum Teil bereits ausgeliefert haben.

Hinsichtlich der Öffentlichkeit der Sitzungen „der übrigen zentralen Kollegialorgane“ (§ 19) (auch der Fachbereichsräte? — Diese Frage bleibt offen, sie muß im Rahmengesetz gelöst werden, um nicht Ansatzpunkt für endlose politische Agitation in den Universitäten zu liefern) ist die Beschränkung auf „Hochschulöffentlichkeit“ als Kompromiß zwischen den Forderungen der Interessengruppen Augenwischerei. Einerseits ermöglicht die Hochschulöffentlichkeit die uneingeschränkte Teilnahme der Aktivisten extremer Studentengruppen und die dabei angestrebten Pressionsmöglichkeiten (bei guter Koordination sitzen dann z. B. die Extremisten aus den Fachbereichen Politologie, Psychologie und Evangel. Theologie auch bei den Juristen als Zuhörer). Andererseits wird gerade die Teilnahme hochschulfremder Vertreter der Gesellschaft (Journalisten, Politiker, Gewerkschaftler, Industrievertreter) dadurch verhindert.

Die Öffentlichkeit der Sitzungen wichtiger Gremien (Parlamente, Gerichte) hat den Zweck, durch Ermöglichung von Information die demokratische Willensbildung zu fördern und eigene Initiativen aus weiteren Kreisen vorzubereiten; in der Universität dient sie bis jetzt dazu, das Gremium den Drohungen und der Gewalt der Zuhörer auszuliefern (solange eine Sicherung von Sitzungen durch die Polizei wegen der dadurch provozierten Solidarisierung der übrigen Studenten mit der radikalen Minderheit nicht opportun erscheint, dürfte das auch so bleiben). Wenn das schon bei gesetzwidriger Öffentlichkeit bisher so war, so wird eine Legalisierung des Rechts der Zuhörer auf Teilnah-

me ihre Position um so mehr stärken, wenn die Kontrolle durch Universitätsfremde auch noch ausgeschlossen wird. Also müssen die Sitzungen entweder nicht-öffentlich oder, mit der Sanktion des dauernden Ausschlusses für Störer, öffentlich sein.

6. Politisierung zu befürchten

Die Universitätsspitze ist nur scheinbar stark. Überläßt man die Fixierung der Paritäten den einzelnen Ländergesetzen und sehen diese Paritäten nicht mehr vor, daß die für Forschung und Lehre Qualifizierten die eindeutige Mehrheit in den Entscheidungsgremien haben, ist eine Politisierung der Hochschule unaufhaltbar. Die Folgen werden entweder ein wissenschaftlicher Niedergang sein oder die Aufhebung des Gesetzes nach wenigen Jahren unter gleichzeitiger Aufhebung der Autonomie der Hochschule durch Fachaufsicht des Staates. Beides kann nicht im Sinne einer demokratischen Gesellschaft sein, die ohne wissenschaftlich fundierten Fortschritt nicht lebensfähig bleibt. Die Funktionsfähigkeit der Hochschule muß gesichert werden. Eine Überprüfung des Autonomiebegriffs ist erforderlich mit dem Ziel einer Abgrenzung von politischer und wissenschaftlicher Entscheidungszone im Hochschulbereich.

„Demokratisierung“ der Hochschule kann zweierlei Ziele anstreben:

Einmal die Kontrolle aller wichtigen Entscheidungen in dem erforderlichen Maß, durch ein an der richtigen Stelle angesetztes System von Gewaltenteilung und Appellationsmöglichkeit. Da für eine solche Kontrolle durch alle Betroffenen die erforderliche Information sichergestellt werden muß, muß an jeder Stelle, wo etwas entschieden wird, die Beteiligung und Information aller Gruppen gewährleistet sein. Eine paritätische Mitentscheidung ist jedoch nicht erforderlich, bei ausreichender Information genügt auch eine respektable Appellationsmöglichkeit an unabhängige Gremien.

Das andere Ziel der Demokratisierung, aus der Idee der Menschenwürde und der Volkssouveränität erwachsen, mit dem Ziele, daß niemand Entscheidungen unterworfen wird, die nicht letztlich von ihm selbst ausgehen, kann nur im Rahmen der Gesamtgesellschaft gelten. Insofern ist auch die Gebietskörperschaft (Gemeinde) als kleinere gesellschaftliche Einheit zu verstehen. Jeder andere gesellschaftliche Bereich mit hoheitlichen Aufgaben ist aber von seiner Funktion her zu verstehen und deshalb in erster Linie nicht seinen Mitgliedern, sondern der Gesamtgesellschaft verantwortlich, und zwar nicht für irgendwelche demokratischen Abläufe, sondern für das erfolgreiche Funktionieren. In dieser Hinsicht kann eine Demokratisierung der Universität, d. h. eine Mitentscheidung der Betroffenen nach dem Prinzip freier Selbstentscheidung nur bedeuten, daß der Studierende hier zu seiner späteren staatsbürgerlichen Position mit erzogen werden soll. Insofern hat die Demokratie an der Universität immer nur Modellcharakter und die wesentlichen Entscheidungen müssen von den sachlich Qualifizierten in letzter Verantwortung gefällt werden.

7. Mehr Rechtssicherheit für die Hochschullehrer

Das Abschließen aller Verträge nur auf Zeit bringt einen Unsicherheitsfaktor für die Forscher und Lehrer, der voraussichtlich teuer erkaufte wird. Die Vereinbarkeit mit allgemeinen Grundsätzen des Beamtenrechts ist zu prüfen. Die Übergangsbestimmungen und die Beseitigung bisheriger „Rechte“ ist bedenklich, da sie grundsätzliche Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit als solcher aufkommen läßt. Das „pacta sunt servanda“ muß auch im Hochschulbereich gelten. Die große Mehrzahl der Hochschullehrer ist reformbereit, bereit auf neuer vertraglicher Basis an der Gestaltung der Zukunft mitzuarbeiten. Da die Änderungen der Hochschulstruktur so einschneidend sind, sollte (unter bestimmten Bedingungen) eine vorzeitige Emeritierung und Pensionierung angeboten werden, damit die eigentliche Sachreform nicht gegen eine Gruppe Unzufriedener angegangen werden muß.

IV.

Stellungnahme des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds)

zum Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz

Das Bundeskabinett hat am 3. Dezember 1970 den Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes (HRG/K) verabschiedet. Dieses Gesetz ist wesentlicher Bestandteil der Politik der Bundesregierung im Ausbildungs- und Forschungsbereich, es ist Ausdruck der von Siegfried Balke, Präsident des Arbeitgeberverbandes, in einem Brief an Evers vom 27. 8. 69 geforderten „Funktionseinheit von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft“.

Die Konkurrenz zwischen kapitalistischem und sozialistischem System, die Monopolkonzurrenz innerhalb des kapitalistischen Lagers, die „Verwissenschaftlichung der Produktion“ lassen weder einen naturwüchsigen Prozeß der Verwertung isoliert produzierter Forschungsergebnisse, noch die Beibehaltung der veralteten, starren Ausbildungseinrichtungen zu.

Konsequenz ist die Schaffung eines unmittelbaren Planungs- und Organisationszusammenhangs zwischen dem zur Aufrechterhaltung der Profite erforderlichen Bedarf des Kapitals an Forschungs- und Entwicklungsergebnissen einerseits und der Anpassung der quantitativen und qualitativen Ausbildungskapazitäten an die status-quo-bezogenen Arbeitsmarktbedürfnisse andererseits.

Diese zentralisierende Umorganisation des Forschungs- und Ausbildungssektors durch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist der Versuch, die „Produktivkraft Wissenschaft“ der umfassenden integrativen Strukturplanung unterzuordnen. Sie bedeutet die endgültige Abkehr von dysfunktionaler Schul- und Berufsausbildung, die Abkehr von der Ordinarienuniversität, sie bedeutet den Übergang „zur administrativen Planifikation des sozio-technischen Gesamtsystems“ im Rahmen der staatlichen „Stabilisierungspolitik“.

Vor diesem, hier nur skizzierten Hintergrund, müssen die Maßnahmen der Bundesregierung als Einheit gesehen und analysiert werden: Lenkung der Forschungspolitik über das „Schwerpunktprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft“, Vorstellungen zur Reorganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als zentraler Forschungsförderungsinstanz, Überlegungen zur institutionellen Trennung von Forschung und Lehre durch das Hochschulrahmengesetz (HRG); „Förderung“ des wissenschaftlichen Innovationspotentials durch das Graduiertenförderungsgesetz; Lenkung der Ausbildungskapazitäten durch die Bund-Länder-Kommissionen nach Art. 91a und Art. 91b GG, bzw. durch das Hochschulstatistikgesetz; inhaltliche Formierung der Ausbildungsziele und -inhalte durch das Hochschulrahmengesetz und Zentralinstitute wie das für Arbeitsmarktanalyse oder für Lehrplantechnik.

Unser Stellungnahme zum Hochschulrahmengesetz ist als Teil einer umfassenden Kritik der Strategie der Bundesregierung im Ausbildungs- und Forschungsbereich zu verstehen.

Nur scheinbare, integrierende Beteiligung der Hochschulen an Gesetzesberatung

Mit den „14 Thesen“ hatte Leussink die Diskussion eröffnet. Die unpräzise Thesenform diente der Verschleierung von Inhalten und der Abschirmung von Kritik. Eine ver-

Anmerkung:

Der kleinere Schriftgrad für die Stellungnahme des vds ist aus rein drucktechnischen Gründen erforderlich.

bindliche Diskussion fand nicht statt. Es kamen endlose Hearings, die massiv vorgetragene Kritik der demokratischen Organisationen verpuffte in der Allgemeinheit der vorgelegten Formulierung. Ein erster Referentenentwurf (im folgenden R 1) wurde schließlich am 1. Juli „veröffentlicht“, die demokratische Kritik war unberücksichtigt geblieben. Wenn dieser erste Referentenentwurf noch mit einigen vereinzelt „Demokratisierungs-Fähnchen“ geschmückt war, so wurde der reaktionäre Charakter des Gesetzentwurfs in der Fassung vom 2. Oktober (R 2) wohl auch dem Letzten deutlich. Der HRG/K ist nicht wesentlich anders als R 2.

Konzessionen an die Industrieordinarien (Personalstruktur), Berücksichtigung der politischen Interessen der Hahn- und Huber-Männer (nun reden sie nicht vom Bundeskulturminister, sondern von der Wahrung und Stärkung der traditionellen Rechte der Länder in der Kulturpolitik), Absage an die letzten Demokratisierungsansätze zugunsten einer eindeutig an den Profitinteressen des Kapitals orientierten Formierungspolitik im Forschungs- und Ausbildungssektor (Trennung von Forschung und Lehre, keine demokratische Kontrolle von Forschungsplanung und -verwertung). Die Regierung weicht — auch in diesem Bereich innenpolitischer Reformen — zurück vor der sich sammelnden Reaktion. Das Rechtskartell erstreckt sich mit dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“ bis weit in die Hochschulen hinein. Noch bremsen CDU/CSU-Kultusminister und die hinter ihnen stehenden Interessenverbände die zentrale Zusammenfassung der Formierungspolitik auf Bundesebene. Die „Reformkosten“ für den Ausbildungs- und Forschungssektor müssen erst auf die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung abgewälzt werden, ehe auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages keine Gefahren mehr für das Wachstum der Volkswirtschaft sieht (Frankfurter Rundschau, 31. 10. 1970) und den Weg für weitere Formierungsetappen freigibt. Die Tatsache, daß hier Interessenkonflikte innerhalb des Großkapitals bei der Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zutage treten, wird durch Leussink's Bemerkung illustriert, daß die Kritik des DIHT gerade vom Standpunkt der dieses System bejahenden Technokraten unverständlich sei, da sich die Unternehmer selbst den Ast absägten, auf dem sie saßen (teach-in in Marburg, 29. 10. 1970).

Zur Geschichte der Formierung

Die Formierung ist keineswegs ein homogener Vorgang. Vielmehr ist sie in sich widersprüchlich, weil sie Teil der von Klassengegensätzen zerrissenen gesellschaftlichen Wirklichkeit Westdeutschlands und notwendig gewordener Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise ist. Notwendig geworden nämlich nach einer Phase extensiven wirtschaftlichen Wachstums während der fünfziger Jahre, in der die Vernachlässigung von wissenschaftlicher Ausbildung, von Forschung und Entwicklung späteres Wachstum erheblich beeinträchtigte. Die CDU und ihre Auftraggeber in den Konzernspitzen konnten vor lauter Boom nicht über den Horizont der kurzfristigen Profitmaximierung blicken, so daß ihnen im Verlaufe der sechziger Jahre Technologien und wissenschaftliche Kader sowohl zur Weiterentwicklung traditioneller als auch zur Schaffung neuer Produktionszweige zu fehlen begannen, ohne die sie im internationalen Konkurrenz-

kampf und der sich verschärfenden Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus nicht mehr bestehen konnten. Der von der CDU beschrittene Lösungsweg erwies sich trotz steigender finanzieller Aufwendungen, vor allem für die staatliche Schwerpunkt-Forschungsförderung, insgesamt als Sackgasse: die Wissenschaftspolitik wurde nicht in die Wirtschafts- und Finanzpolitik integriert, die wissenschaftliche Ausbildung sollte durch zunehmenden Leistungsdruck an Stelle von strukturellen Reformen „rationalisiert“ werden. So verschärfen sich die wirtschaftlichen Widersprüche in der BRD, es entwickelte sich ein entschiedener demokratischer Widerstand im Ausbildungssektor.

Das Programm der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung mußte deshalb die Durchsetzung struktureller Reformen mit der Verminderung der sozialen Konflikte im Wissenschaftssektor verbinden. Ein derartiges Programm versucht jedoch, Unvereinbares miteinander zu vereinen: das demokratische Interesse an Mitbestimmung und Kontrolle der Ziele und Inhalte von Forschung und Ausbildung steht im schroffen Gegensatz zur Existenzbedingung des Großkapitals, seine Profit- und Herrschaftsinteressen im Wissenschaftsbereich durchzusetzen. So birgt fast jeder Integrationsversuch die „Gefahr“ in sich, neue demokratische Kräfte zu wecken und ihnen günstigere Ausgangspositionen zu verschaffen.

Diese innere Widersprüchlichkeit zeigt sich in der gesamten SPD-Wissenschaftspolitik (z. B. taktische Tolerierung des „Bremer Modells“ und gleichzeitig Entsendung eines Staatskommissars an die Technische Universität Westberlin), sie trifft in den einzelnen Passagen des Referentenentwurfs offen zu Tage. Der Entwurf greift demokratische Forderungen verbal auf, um sie im Sinne des Kapitals zu pervertieren oder zurechtzustutzen. An solchen Stellen ist er widersprüchlich und unklar, während er dort, wo es demokratischen Forderungen auf dringendes Anraten der vereinten Reaktion hin ausdrücklich vorzuziehen gilt, eindeutig und in seiner Präzision kaum noch zu übertreffen ist (z. B. HRG/K § 17 die Abschirmung der Forschung gegen Mitbestimmung und Kontrolle als Ergebnis der konzentrierten Bemühungen vom BDA über die CDU bis zum „Bund Freiheit der Wissenschaft“). Es kann niemand verwundern, wenn dieser Entwurf heute von der CDU „grundsätzlich begrüßt“ wird (vergl. MdP Martin in: Deutsche Universitätszeitung, August 1970) und allenfalls einige unklare, nicht genügend konkrete und zu wenig flexible Bestimmungen bemängelt werden. Die konzentrierte Aktion des bundesrepublikanischen Redaktionskartells hat in diesem Gesetzentwurf unübersehbar ihre Spuren hinterlassen. Die bislang gegebenen Einschätzungen sollen an einigen zentralen Punkten des Gesetzentwurfs konkretisiert werden, wobei es weniger um das Aufzeigen von Detailproblemen als um die Analyse bestimmter allgemeiner Entwicklungstendenzen geht.

Der Gesetzentwurf legalisiert die Auslagerung zentraler Forschungs- und Lehrinrichtungen aus dem Bereich der öffentlichen Hochschulen, die Trennung in Forschungs- und Lehruniversitäten.

Der vds fordert die integrierte Gesamthochschule, die Einbeziehung aller Forschung und Hochschulausbildung in den gesellschaftlich zu verantwortenden Bereich der Hochschule!

Gesamthochschule mit Löchern

Kernstück der Auseinandersetzung um die Realisierung des Grundrechts auf Ausbildung ist die Forderung nach demokratischer Gesamtschule und Gesamthochschule. Im R 2, § 4 wird davon gesprochen, „ein System von Hochschulen zu schaffen, in denen Studiengänge eingerichtet werden, die bisher in Hochschulen unterschiedlicher Rechts- und Aufgabenstellung vertreten waren“.

Hinter dieser Umschreibung verbarg sich klar erkennbar die Kooperative oder additive Gesamthochschule der CDU, Deckmantel für eine von Kapitalinteressen gesteuerte Lenkung von Ausbildungskapazitäten (die auf Rezeption von Fachkenntnissen und einfachen Fertigkeiten reduzierten Studiengänge mit der „Regelstudienzeit“ von drei Jahren für die Masse der Studenten und das zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit führende Elitenstudium für eine kleine Minderheit), Verschleierung der faktischen Trennung von Forschung und Lehre (an Forschung sind nur noch die Graduierten beteiligt). Der Kabinettsentwurf (HRG/K § 4) spricht allein von der Gesamthochschule. Die Möglichkeit zum additiven Hochschulverband bleibt jedoch bestehen: das Land prüft, „welche Hochschulen zu Gesamthochschulen zusammengeschlossen werden können“. In HRG/K § 58 wird von Hochschulen gesprochen, in denen „keine oder keine ausreichenden Forschungsmöglichkeiten bestehen.“ Neben dem Hochschulverband wird es also „Forschungs-“ und „Lehruniversitäten“ geben. Ganz ausgelagert wird die „Ausbildung für den öffentlichen Dienst.“ Ihre Abschlüsse sollen denen der staatlichen Hochschulen gleichgestellt werden, doch wer bestimmt über Lehr-/Lerninhalte und -ziele, wer beruft die Lehrer usw.?

Das Bekenntnis zur integrierten Gesamthochschule bleibt verbal, löchrig für alles bisherige, offen für den direkten Staatsdaumen auf relevanten Ausbildungs- und Forschungsbereichen. (Dazu z. B. Stephan Leibfried / Joachim Hirsch: Trends der Verwaltungsausbildung, Kritische Justiz, 70 Heft 4).

Die vorgesehenen institutionellen Auslagerungsmöglichkeiten von Lehre, Forschung und Studium (z. B. HRG/K § 25) bedeuten den wortreich bekundeten Intentionen des Gesetzes zuwider, daß künftig an bestimmten Hochschulen (Akademien) wirtschaftliche und militärische Führungskräfte, technisch-organisatorische Eliten gezüchtet werden und innerhalb und unterhalb der Gesamthochschule im Kurzstudium und an den Fachhochschulen, „die zur Forschung nicht fähig sind“ (BMBW — Dallinger), die Heloten.

Die Begründung zu § 2 (HRG/K) sagt ausdrücklich, daß für andere Hochschulen als die Gesamthochschule Differenzierungen in den Aufgaben zulässig sind. Von der integrierten Gesamthochschule bleibt nur noch der leere Begriff, „wobei dem Bereich der Gesamthochschule nur eine mittlere und untere Ausbildungsebene zugeordnet wird“ (Hickel, Politische Ökonomie der Gesamthochschule, Hochschulpolitische Materialien des vds, Nr. 2). Die Integration der Hochschulen zu Gesamthochschulen ist nicht mehr eindeutig gefordert. Die in der bildungspolitischen Debatte als konstituierend angesehenen Kriterien für die Gesamthochschule sind im Entwurf unterlaufen. Es gibt keinen einheitlichen Lehrkörper (HRG/K - §§ 40, 58, 4), keine einheitliche Studentenschaft, keine notwendige Verbindung von Forschung und Lehre (HRG/K - §§ 25, 41, 58), keine einheitliche Selbstverwaltung (HRG/K - § 21, S. 2). Hier wird eine demokratische Forderung nach Veränderung des Hochschulbereichs pervertiert zur Karschierung einer undemokratischen, an den Interessen einer ausbeutenden und privilegierten Minderheit orientierten Wissenschaftspolitik. Hier werden kaum im Ansatz entwickelte Demokratisierungsbemühungen regide geblockt.

Eindeutig bejaht der Wissenschaftsrat, bekanntlich eine zur quasi staatlichen Behörde geadelte Lobby aus Monopolvertretern, diese Tendenz. In seinen neuesten Empfehlungen heißt es „Bei der Bildung von Gesamthochschulen ist davor zu warnen, nunmehr alle Einrichtungen, die einer Vollzeitausbildung nach dem 18. oder 19. Lebensjahr dienen, in Gesamthochschulen zusammenzufassen. Die Vielfalt der in diesem Bereich aus akuten Be-

darin gewachsenen Ausbildungsstätten darf nicht ohne Grund aufgegeben werden. Manche Einrichtungen sollen im Hinblick auf ihre Zielsetzungen oder die Inhalte ihrer Ausbildungsgänge nicht in eine Gesamthochschule einbezogen, sondern als selbständige Einrichtung fortgeführt werden („Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970“, Bonn 1970, S. 19).

„Hochschulen am Rande“

Damit nicht genug, bestimmt der § 54 a (HRG/K) noch einmal explicit, daß Privathochschulen (Hochschule mit privater Trägerschaft), Nachwuchsakademien für Führungskräfte („Ausbildung für den staatlichen und kommunalen Verwaltungsdienst“) und — versteht sich — Bundeswehrakademien (BMBW — Dallinger) von den Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen bleiben. Das sind Einrichtungen des Bildungswesens, die besser der öffentlichen Kontrolle und Wissenschaftlichkeit einer Gesamthochschule entzogen bleiben, „denn es gilt ungestört die Aufgabe zu lösen, wie anpassungsgünstige organisatorische Strukturen geschaffen werden und anpassungsfähige Führungskräfte herausgebildet werden können“ (vgl. Stefan Leibfried, GmbH Universität, „Marburger Blätter“, Sonderdruck 1970).

Das Kernstück des zukünftigen Rahmengesetzes, die Gesamthochschule, enthält im Kern alle jene Widersprüche, die in den Teilbestimmungen über Forschung, Lehre, Studium, Planung, Mitbestimmung wiederkehren.

Das Programm wird von den Konzernen diktiert: die internationale kapitalistische Konkurrenz und die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus erfordern eine umfassende Umstrukturierung und Programmierung des Bildungswesens, die vom Profitmechanismus auf dem Boden der konkurrierenden einzelkapitalistischen Verwertungsinteressen nicht gewährleistet werden kann. Auch wachsen finanzieller Aufwand und Risiko der modernen Großforschung derart, daß selbst die Monopolisierung der Forschung nur noch mit Hilfe des Staates realisiert werden kann. So stellt noch 1968 Degussa-Chef Prentzel in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Verbandes der Chemischen Industrie e. V. fest (vgl. Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts Köln, Nr. 19/1968): „Es fehlt bei uns immer noch in manchen Bereichen an der notwendigen Koordination zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft.“ Dieses aufgezwungene Programm der Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft über den Staat zeigt den zunehmend gesellschaftlichen Charakter wissenschaftlicher Tätigkeiten und Einrichtungen. Quantitativ wird der Wissenschaftssektor ausgeweitet, qualitativ darf er nicht mehr ungehindert Spielball jedweder privater Interessen sein, er muß in den wirtschaftlichen und politischen Gesamtprozeß integriert werden. Das heißt einerseits das Abrücken von Ordinarien- und Burschenherrlichkeit, andererseits die Eroberung des Reichs der „Einsamkeit und Freiheit“ durch arbeitsteilige wissenschaftliche Großproduktion.

Allerdings kann sich ein Wirtschaftssystem, dessen Triebfeder in privaten Interessen liegt, nicht plötzlich im Wohlgefallen eines „gesellschaftlichen Interesses“ auflösen. Vielmehr sind die konkurrierenden Monopolinteressen gezwungen, unter Zuhilfenahme der vermittelnden und aktiven, ökonomisch-politischen Rolle des Staates ihr Gesamtinteresse durchzusetzen und dieses zugleich als „gesamtgesellschaftliches Interesse“ in Erscheinung treten zu lassen. Dies kommt in zahlreichen Äußerungen der Industrie zum Ausdruck, so auch bei Degussa-Prentzel, der — liberalistisch verbrämt — betont, daß „von Seiten des Staates nur Impulse“ ausgehen könnten: „Der Motor der modernen Wirtschaft bleibt der Unternehmer.“

Dies heißt nichts anderes, als daß in Westdeutschland die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revo-

lution an die Bedingungen der Profitmaximierung geknüpft bleibt und ihrer vollen Entfaltung von daher Schranken gesetzt sind.

Das Gesetz legalisiert die Möglichkeiten zentralistischer Forschungspolitik, vergesellschaftet die Kosten ohne die Privatisierung der Forschungsergebnisse aufzuheben; das Gesetz beläßt die undemokratische Forschungsorganisation.

Der vds verlangt öffentliche Kontrolle und Mitbestimmung der Betroffenen und Beplanten: öffentliche Diskussion der Prioritäten in der Forschungsplanung, die sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientieren, Mitbestimmung aller wissenschaftlich Arbeitenden im gesamten Bereich der Forschungsplanung; die aus den Hochschulen ausgelagerte Forschung soll in den Rahmen einer gesellschaftlich mitbestimmten Hochschule zurückgeholt werden!

Das Gesamthochschul-Konzept wird aber nicht nur mit Hintertürchen nach außen versehen, sondern auch im Innern durchlöchert. Die Gesamthochschule wird als allgemeine Institution nicht nur besonderen Interessen zugänglich gemacht, sondern als gesellschaftliche Institution dem Diktat einer Minderheit unterworfen. Denn die Vergesellschaftung der Wirtschaft spielt sich in Westdeutschland auf kapitalistischer Grundlage ab. Deshalb muß mit zunehmender Öffentlichkeit der Wissenschaft die Herrschaft der wirtschaftlich-politischen Machtgruppen auch in diesem Bereich über den Staat konzentriert und unmittelbar ausgeübt werden. Dies zeigt sich vor allem in der Forschungspolitik.

Forschungspolitik im Interesse des direkten Kapitalinteresses

Das Gesamthochschulsystem, halb Zwitter, halb Kastrat, hat im Forschungsbereich zentrale Funktionen zu übernehmen. Der gegenwärtige Zustand nämlich, wo 85 Prozent der gesamten westdeutschen Forschung aus den Hochschulen ausgelagert sind (z. B. Gesellschaft für Welt-raumforschung mbH, Bad Godesberg, Kernreaktorbau und Betriebsgesellschaft mbH, Karlsruhe usw.) ist jenen Teilen des Monopolkapitals, die sich der Produktivkraft Wissenschaft verstärkt bemächtigen, durchaus nicht geheuer. Zwar hat die Auslagerung der Forschung an staatliche, halbstaatliche oder konzernerneigene Institute den Vorteil, die wissenschaftliche Tätigkeit und ihre Ergebnisse der Kontrolle und Mitbestimmung zu entziehen, zugleich aber muß sich der Wissenschaftsrat der Erkenntnis fügen, daß „die Forschung eine eigenständige Aufgabe der Hochschule ist, die gleichberechtigt neben der Lehre steht. Die institutionelle Verbindung beider Aufgaben trägt dazu bei, die wissenschaftliche Orientierung der Ausbildung zu gewährleisten und der Forschung durch ihre Beziehungen zur Lehre laufend neue Impulse zu geben. Die Interdependenz der Aufgaben, die Möglichkeiten und die Notwendigkeit ihrer gegenseitigen Befruchtung (die Forschung ist angewiesen auf das „Bebungs- und Innovationspotential“ der Hochschule) sind nach wie vor groß, daß der aus verschiedenen Gründen entstandenen und in letzter Zeit stärker gewordenen Tendenz, die Forschung aus der Hochschule herauszulösen und zu verselbständigen, nicht entsprochen werden darf. Die Hochschulen würden sonst reine Einrichtungen der Lehre werden, darin würde ein Niveaubruch im gesamten Bildungssystem liegen. Bestimmte Stufen der Ausbildung könnten dann nicht mehr in der Hochschule durchgeführt werden; die wissenschaftliche Durchdringung der Studiengänge wäre gefährdet“ (Empfehlungen, S. 15). In ähnlicher Weise äußert sich Leussink laut Bulletin der Bundesregierung: „Der Minister wies auf Tendenzen zur Abwanderung der Forschung aus den Hochschulen hin, denen man gemeinsam entgegenzutreten müsse.“

Außerdem ist wohl verstärkt darauf zu verweisen, daß die Monopole in zunehmendem Maße auf eine Vergesellschaftung ihrer Forschungs- und Entwicklungskosten angewiesen sind. Dieses „Gesamthochschulsystem“ ist ein — gerade auch für lokale Interessen — leicht zu funktionalisierender Mantel für öffentlich finanzierte, privat bestimmte und benutzte Ausbildungs- und Forschungsstätte. Schließlich muß im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts das menschliche Innovationspotential, die sogenannten Begabtenreserven, umfassend mobilisiert werden. Das wiederum bedingt größeren Zugang zu den Bildungsinstitutionen und ihre weitgehende innere Offenheit.

Dies birgt andererseits neue Ansatzmöglichkeiten für den demokratischen Kampf, die von der herrschenden Klasse als Bedrohung empfunden werden müssen. Balke, vom Arbeitgeberverband (BDA), formuliert das so: „Eine neue Gefährdung der von der Wirtschaft geleisteten Forschungsförderung an unseren Hochschulen erwächst aus Ansprüchen im Zuge der unruhigen Bildungspolitik, wonach über Forschungsfragen künftig durch Gremien entschieden werden soll, deren Kompetenz nicht auf Sachkunde beruht“ („Der Arbeitgeber“ Nr. 14/21-1969). Die „Sachkenntnisse“ führt auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ins Feld: „Bei dem hohen Grad der Spezialisierung, den die Forschung heute erreicht hat und der ständig zunimmt, werden die nach politischen Gesichtspunkten der Mitbestimmung zusammengesetzten Zentralorgane in der Regel nicht über genügend Sachverstand verfügen, sobald es um die Beurteilung von Qualität und wissenschaftlichem Rang von Forschungsaufgaben geht“ (DFG-Jahresbericht 1969, S. 15).

Diesem Bedenken trägt der Referentenentwurf Rechnung: Nebentätigkeit (Auftragsforschung) von Hochschullehrern muß nicht durch den Fachbereich genehmigt werden (HRG/K § 24.5). Der § 25 (HRG/K) sieht die generelle Möglichkeit vor, Forschungseinheiten außerhalb von Fachbereichen zu errichten. Nach § 17 (HRG/K) werden die Studenten von der Entscheidung über Forschungsplanung, Prioritätensetzung und der Verfügung über Forschungsmittel ausgeschlossen.

Ist schon ein Einfluß demokratischer Kräfte und Organisationen auf die Globalplanung der Forschung nirgends vorgesehen, so ist mit diesen Paragraphen auch den unmittelbaren Einwirkungen der Masse der am Wissenschaftsprozess beteiligten auf die Forschungsvorhaben im Bereich ihres Arbeitsplatzes wirksam vorgebeugt. Weder können sie Vergeudungswissenschaft oder Kriegsforschung verhindern, noch haben sie überhaupt eine Möglichkeit, die Forschungsziele prinzipiell in Frage zu stellen.

Bezeichnend ist zudem, daß die Vertreter und Institutionen der Monopole die Unterscheidung von „wissenschaftlich, immanentsachlich“ einerseits und „politisch“ andererseits bei jeder Gelegenheit polemisch gegen die Mitbestimmungsforderung wenden, um diese demagogisch als politisierend und sachfremd abtun zu können, diese Entscheidung jedoch dort, wo ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen im Spiel sind, ihren Überlegungen und Taktiken zugrunde legen.

Die DFG erkennt: „Der Ausgleich der möglicherweise zwiespältigen Bewertung eines wissenschaftlichen Projekts aus politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher oder aber aus wissenschaftlicher Sicht ist ein Hauptproblem bei der Festlegung von Prioritäten“, und Balke, der eben noch ernsthafte „Bedrohung“, „Gefährdung“, „Störfaktoren“ durch die „unruhige Bildungspolitik“ perhorreszierte, fordert an gleicher Stelle mit Gelassenheit: „Ungeachtet der anerkanntswerten Bemühungen der politischen Instanzen, sich sachverständig beraten zu lassen, fehlt doch eine wirklich unabhängige Repräsentanz der Wirtschaft aller Kategorien gegenüber dem Staat.“

Eine solche Vertretung muß nicht unbedingt institutionalisiert sein. Man könnte an ein „Forum“, einen Gesprächskreis denken, der alle geeigneten Probleme der Technik und Wissenschaft, besonders der Innovationen, erörtern kann“ („Der Arbeitgeber“ Nr. 14/21 1969) Diese Foren sind als Präsidialausschüsse beim Vorstand des BDI inzwischen gegründet.

Das vordringliche Interesse der Monopole besteht dann mehr und mehr darin, die öffentlichen Wissenschaftsinvestitionen in Bereiche zu lenken, die maximale Profite versprechen.

Ein Teil der staatlichen Bildungsfinanzierung verwandelt sich über staatliche Aufträge unmittelbar in Profite. Für die industrielle Produktion anwendungsorientiert sind z.B. die Investitionen für Luftfahrtforschung und neue Technologien. In bezug auf die Datenverarbeitung bemerkt eine Fußnote des Jahresberichtes 1969: „zusätzlich zu den Förderungsmaßnahmen des BMBW hat der Bundesminister für Wirtschaft im Rechnungsjahr 1969 die Datenverarbeitungsindustrie durch Zuschüsse in Höhe von 35 Millionen DM für die marktorientierte technische Entwicklung gefördert“. Nachdem die EDV-Anlagen in der Anwendung für öffentliche Aufgaben erprobt wurden, formuliert der Bericht als nächstes Ziel, ihre Anwendung „auf den nicht-öffentlichen Bereich auszudehnen, um die Möglichkeiten, die die Datenverarbeitung zur Leistungssteigerung auf allen Bereichen der Verwaltung und Produktion bietet, z. B. durch Rationalisierung und den Einsatz automatischer technischer Systeme optimal zu nutzen“ (S. 34).

Die Einheit von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat

Der Komplex von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat, der im Falle des Wissenschaftsrats institutionell zum Ausdruck kommt, beherrscht durchgehend auf allen Ebenen die Forschungspolitik nicht nur durch institutionelle Regelungen, sondern auch durch informelle Praktiken.

Die Planung und Realisierung der einzelnen Forschungsvorhaben beschreibt der DFG-Jahresbericht stereotyp mit Formeln wie „nach Anhörung der beteiligten Wissenschaftler und Industrie“, „gemeinsam mit dem Industrieunternehmen“.

Dies gilt schließlich für die für die Forschung zuständige Wissenschaftspolitik und für die Festsetzung der Prioritäten. Neben dem Wissenschaftsrat treten hier eine Reihe von Gremien und „Beiräten“ (z. B. Ausschuß für Forschungspolitik, Fachausschüsse beim BMBW und Präsidialarbeitskreis für Forschungspolitik beim BDI).

Dies gilt schließlich für die für die Forschung zuständigen Wissenschaftsorganisationen: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Stiftung VW, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Alle sind sie miteinander verfilzt und Beispiele für den Komplex von Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. In den Ansprachen des DFG-Präsidenten Speer, zuletzt am 30. Oktober 1970, wird immer lauter der Anspruch nach Anerkennung der DFG als zentralem Forschungsförderer und damit -lenker erhoben. Durch Einführung moderner Forschungsplanungsmethoden in die verstaubte DFG-Förderungspolitik soll dieses Instrument dem technologischen Entwicklungsstand angepaßt und zum rationelleren Einsatz für Kapitalinteressen verwendet werden. Planungsräte sollen in Forschungsbereichen systematisch — nach Analysen des Forschungsstandes (Forschungsprojektdaten, HIS) — gezielte langfristige Forschungspläne erstellen.

Zum Thema Forschungsplanung hat die DFG Mitte Oktober ein Kolloquium veranstaltet — Vertreter der Studentenschaften waren nicht eingeladen, die Ergebnisse sind immer noch nicht veröffentlicht.

Auf Grund einer älteren Empfehlung des Wissenschaftsrates geht die DFG in „der präzisen Handhabung der Forschungsplanung“ nach vier Förderungskategorien vor: allgemeine Forschungsförderung, Großforschung, Schwerpunkte der Forschung, technologische Sonderprogramme.

Die Begründung zum Kabinettsentwurf gestattet sich den nachdrücklichen Hinweis auf die Sonderforschungsbereiche, und zwar im Hinblick auf § 9 (Zusammenwirken von Land und Hochschule): „Gesetzlich zu regeln ist das Zusammenwirken u. a. bei „Errichtung, Änderung und Aufhebung von . . . zentralen Einrichtungen“. Das Land hat Verpflichtungen auf Grund von Bund-Ländervereinbarungen, „etwa zur Förderung von Sonderforschungsbereichen“ nachzukommen (Begründung zu § 9 HRG/K).

Zentralistische Planung ohne Beteiligung der Betroffenen und Beplanten

Das Gesetz legalisiert die Möglichkeiten zentralistischer Beplanung des gesamten Bildungssektors. Die den Ausbildungsgängen zugrunde liegenden Berufsbilder sind status-quo-bezogenen Arbeitsmarktanalysen entnommen. Die Ausbildungskapazitäten sind sowohl quantitativ als auch qualitativ den Anforderungen des Lehrfachs angepaßt. Das Planifikationsunternehmen ist der Kontrolle und Mitbestimmung der Betroffenen und Beplanten entzogen. Der vds fordert eine Demokratisierung des gesamten Planungswesens: Beteiligung aller Hochschulangehörigen an der Erstellung des Hochschulentwicklungsplanes, Beteiligung der Hochschulen auf Landes- und Bundesebene bei Hochschulgesamtplan und nationalem Bildungsplan, öffentliche Diskussion aller Kapazitätsfeststellungen, Mitbestimmung der Gewerkschaften in Fragen der inhaltlichen und finanziellen Fragen der Bildungsplanung!

Die verschärfte Inanspruchnahme des Bildungssektors durch den Staat geschieht unter dem Druck der dem Gesellschaftssystem schon erwachsenen Produktivkräfte. Friedrich Engels hat diese Entwicklung in Kenntnis ihrer qualitativ geringeren Vorstufe vorausschauend beschrieben: „Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklassen selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb der Kapitalverhältnisse überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln.“

Dabei bewegt sich das Monopolkapital in immer größeren Widersprüchen. Die Produktivkräfte werden entfaltet, zugleich aber in den Fesseln der bestehenden Produktionsverhältnisse und der kapitalistischen Verwertungsbedingungen gehalten. Die Entfaltung der Produktivkräfte soll die Profitrate steigern; die Steigerung der Produktivkräfte revolutioniert die Technologien und führt zu neuen Produktionsarten. Um das damit jedoch wachsende Investitionsrisiko in Grenzen zu halten, nimmt das Kapital abermals Rekurs zum Staat und den öffentlichen Geldern — die Investitionen werden sozialisiert.

Damit ist verbunden eine chronische Unterinvestition in nichtprofitablen Bereichen (z. B. Sozial- und Krankenfürsorge, Umweltschutz). Das Sozialprodukt soll planmäßig steigen, die Planbarkeit der Wirtschaftsentwicklung und der öffentlichen Investitionen stößt jedoch bei dem zyklischen Charakter der Wirtschaftsentwicklung auf Hindernisse: Leussinck spricht in einem „Spiegel“-Interview von dem „Problem“, daß „die Wellenlängen der Konjunktur mit den Wellenlängen der Wissenschaft- und Bildungspolitik nicht übereinstimmen“. Staatssekretär Dohnanyi einerseits hat erkannt, daß „alle Bemühungen

um langfristige Ziele Makulatur werden müssen, wenn es nicht gelingt, diese in den Rahmen einer langfristigen Finanzpolitik zu stellen (12. 12. 1969 vor der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe).

Der Charakter der Formierung besteht nicht darin, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die Notwendigkeit globaler Planung einsieht, sondern darin, daß er unter irrationalen und widersprüchlichen Voraussetzungen gegen das gesellschaftliche Interesse und die Widersprüche somit verschärfend plant.

Die die Planung betreffenden Vorschriften des Regierungsentwurfes sind im Gegensatz zu vielen anderen Paragraphen äußerst präzise gefaßt. Die Planungsmethoden vom Reflexivverfahren („das Planen planen“ im Planungsbereich des Ministeriums) bis hin zur korrekativen Rückkopplung der Arbeitsprozesse an den Hochschulen mit den zentral entwickelten Planungsansätzen sind ebenso vollständig entwickelt wie der Planungsablauf, der eine „ständige Verzahnung aller Planung im Hochschulbereich vorsieht“. Und schließlich: „Wenn man zentral plant, braucht man auch Instrumente, mit denen man das Geplante durchsetzt“ (BMW — Böning).

Dieses Instrumentarium reicht von der Analyse des Arbeitsmarktes (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) und seiner Anforderungen über deren Umsetzung in Berufsbilder (Institut für Berufsbildung) und demnächst in Ausbildungsgänge (Curriculum-Institut), Hochschulinformationssystem (HIS), zentrales Test-Institut, Fernstudium im Medienverbund, Bildungstechnologische Zentren, zentrales Institut für Hochschuldidaktik sind weitere Bestandteile dieses öffentlich von den Betroffenen nicht kontrollierbaren Apparats.

Mit Verweis auf das aufgearbeitete Datenmaterial wird der Planungsvollzug gern als immante Notwendigkeit, als Sachzwang ausgegeben. Die Festlegung der Zielvorstellungen und der Schwerpunkte, samt der damit verbundenen Finanzdisposition erfolgt, wie bis ins Detail nachweisbar, unter dem politischen und ökonomischen Gesichtspunkten der herrschenden Klasse. Der Kabinettsentwurf gibt sich zunächst den Schein, als werde der Planungsvorgang durch die Initiative von unten in Bewegung gesetzt: von den Hochschulen aus, die ihre Zielvorstellungen in ihren „Hochschulentwicklungsplänen“ artikulieren.

Die Hochschulen werden nicht an der Festlegung der politischen und ökonomischen Ziele beteiligt, sondern lediglich entsprechend ihrer „Stellung und Aufgaben“ an der Planung (besser: an der Planstellung) beteiligt. Ministerialdirigent Böning bestätigte mündlich, daß der Planungsmechanismus keinen Einfluß der Hochschule mehr zuläßt, nachdem diese ihre Anmeldungen abgegeben hat. Das nächste Rad in der „ständigen Verzahnung aller Planungen im Hochschulbereich“ ist der Hochschulgesamtplan:

Von unten nach oben verläuft der Prozeß also folgendermaßen: Die Fachbereiche fassen den Beschluß über Pläne für den „personellen, sachlichen und räumlichen Bedarf des Fachbereiches“, sie reichen diese Pläne an das Zentrale Kollegialorgan zwecks Beschlußfassung über den Hochschulentwicklungsplan weiter. Bei der Erstellung des Hochschulentwicklungsplanes ist der Hochschulgesamtplan des Landes „zu berücksichtigen“. Zwar darf die Hochschule unter Angabe der Gründe vom Hochschulgesamtplan abweichen, „um neue Impulse geben zu können“, „eine Bindung der Landesregierung an die Hochschulentwicklungspläne besteht jedoch nicht.“¹ (Begründung HRG/K). Die in § 11 Abs. 4 (R1 u. R2) noch verankerte Gelegenheit zur Stellungnahme zum Haushaltsplan ist im § 12 Abs. 4 (HRG/K) durch eine Kann-Vorschrift in Länderbelieben gestellt und damit faktisch

sicht mehr vorhanden. Andererseits aber ist eine Bindung der Landesregierung bei der Erstellung ihres Gesamtplanes an die Zielprojektion des gemeinsamen Rahmenplanes vorgesehen

Das ganze System von „Verzahnungen“, wohlgeschmiert und mit Kugellagern versehen, um auch „Impulse“ von unten auffangen und verarbeiten zu können, hat also seinen unbewegten Beweggrund: „Für die bundesweite Planung wird neben der Planung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern auf der Grundlage des Artikels 91 b GG von Bedeutung sein“

Aufgabe der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung“ und des „Planungsausschusses“ beide durch Grundgesetzänderung unter der Großen Koalition vorbereitet, sind im „Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Kommission für Bildungsplanung“ (Inkrafttreten: 1. Juli 1970) und im Hochschulbauförderungsgesetz vom 1. Sept. 1969 definiert. Ihre umfangreichen Kompetenzen und Vollmachten unterliegen kaum einer Kontrolle — nicht einmal einer formal-parlamentarischen — allenfalls über das Budgetrecht, das wiederum über die mittelfristige Finanzplanung zur Formsache geworden ist — oder allenfalls der Kontrolle des Wissenschaftsrats, dessen Empfehlungen beide Gremien einholen müssen. Was die parlamentarische Beratung über die Länderhaushalte im Rahmen der Planung anbetrifft, so definiert sie BMBW-Böning als „formal die letzte Entscheidung“ Klaus von Dohnanyi bezeichnete die Finanzplanung als „gewissermaßen quantifizierte politische Strategie“. Doch wer entscheidet darüber? Die Parlamente sind es sicherlich nicht.

Der Umfang der Kompetenzen und Vollmachten, das Fehlen der öffentlichen Kontrolle machen beide Gremien zu den geeigneten Steuerungsinstanzen für die staatsmonopolistische Formierung der Hochschulen. Beide Gremien sind mit paritätischem Stimmenanteil von Bund und Ländern besetzt und entscheiden mit Dreiviertelmehrheit. Dadurch haben Minderheitsfraktionen innerhalb der Monopolbourgeoisie die Möglichkeit, ihre Interessen zu wahren, indem sie sich über die Parteispitzen von CDU oder SPD, über einzelne Bundesressorts oder über Landesregierungen artikulieren

Totale Formierung des Ausbildungssektors

Das Gesetz legalisiert die Trennung der Studiengänge in solche für die kleine Elite des bestimmenden gesellschaftlichen Top-Managements und solche eingeschränkter Qualifikationsmöglichkeiten für die Masse der Studenten, die an die gegebenen profitgarantierten gesellschaftlichen Verhältnisse angepaßt handeln sollen.

Der vds verlangt gleiche Ausbildungsmöglichkeiten für alle, freien Zugang zu allen Ausbildungsstätten; er spricht sich aus gegen Studiengänge, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung außer acht lassen; er wendet sich gegen Reglementierung und Disziplinierung der Studien im Interesse der am gesellschaftlichen status quo interessierten herrschenden Minderheit.

Indem die Monopole in Anerkennung der gesellschaftlichen Natur der Produktionskräfte schließlich darauf verwiesen sind, sie durch forcierte und umfassende Planungsversuche mit den ökonomischen und politischen Mitteln des Staatsapparates zu steigern, so können sie nicht darauf verzichten, sowohl die Entwicklungsbedingungen als auch die Rückwirkungen in den Griff zu bekommen: „Stabilitätsgesetz“, mittelfristige Finanzplanung, konzertierte Aktion, ferner aber auch die Rückwirkungen auf die sogenannte Arbeits- und Berufswelt, d. h.: auch Angebot und Bedarf des künftigen Arbeitsmarktes müssen nach quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten, vor allem aber im Hinblick auf die durch

die neuen Organisationsformen der Arbeit revolutionierten Berufsbilder und Berufsstrukturen erfaßt werden. Das schließt den gesamten Ausbildungsbereich ein. Der Wissenschaftsrat und das Ministerium geben Richtzahlen an, wonach nach einer zehnjährigen Vollzeitschulpflicht die Hälfte eines Jahrganges mit dem Abitur I die Schule verläßt; die andere Hälfte kommt nach weiteren zwei Jahren zum Abitur II und davon wiederum die Hälfte, also 25 Prozent eines Jahrganges, zum Studium an der Gesamthochschule. 1980 sollen die Hochschulen ca. eine Million Studenten aufnehmen, die durch adäquate Lerninhalte und didaktische Methoden dazu ausgestattet sind, auch im Jahre 2000 und später unverdrossen zur „Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts“ beizutragen.

Freilich — ähnlich wie im Falle der Gesamthochschule, formuliert der Referentenentwurf auch im Titel „Studium und Prüfung“ zutreffende Erkenntnisse: „Die Lehre muß künftig vor allem wissenschaftliche Denkweisen vermitteln, die erforderlich sind, damit neue Methoden und Erkenntnisse aufgenommen und angewendet werden können“ (Begründung) „Die Studiengänge sollen nicht an starre Berufsbilder fixiert werden“. „Die Studienordnungen sollen so angelegt sein, daß das Studium neben dem Fachwissen und den fachbezogenen wissenschaftlichen Methoden in erster Linie die Fähigkeit zur selbständigen kritischen Wissenserweiterung, zum Erkennen und zum Lösen neuer Probleme vermitteln muß“ Folgt die zum Topos geronnene Einsicht, „die ständig sich weiterentwickelnde Wissenschaft und ständige Veränderung der Berufswelt, erfordern die Bereitschaft und Motivierung zu einem lebenslangen Lernen.“ Schließlich sollen die „Studienordnungen im Interesse einer besseren Studienmotivierung der Studenten und eines interdisziplinären Studiums der eigenen Gestaltung des Studiums Raum lassen“

Ähnliches, zum Teil wörtlich Übereinstimmendes sagt der Wissenschaftsrat in seinen jüngsten Empfehlungen. Auch Winfried Schlaffke vom Deutschen Industrie-Institut wünscht sich „den jungen Menschen, den Urteilsfähigkeit, Flexibilität und Dynamik auszeichnen“, der „in verschiedenen Tätigkeitsbereichen gleich effektiv eingesetzt werden kann“. Als Idealfall malt sich Schlaffke aus, daß „ein jeder an jedem Platz tätig sein kann“ und zitiert Hajo Riese: „Je reibungsloser ein Wechsel zwischen den Berufen möglich ist und je weniger fachgebunden die Ausbildung ist, die ein bestimmter Beruf verlangt, desto weniger braucht die Bildungsplanung auf den Arbeitsmarkt Rücksicht zu nehmen. Die Substitutionsmöglichkeit erlaubt dem Angebot auf Marktänderungen zu reagieren“

Soweit das Ideal. In der Wirklichkeit fällt Winfried Schlaffke, von der Abteilung Bildungsarbeit und gesellschaftspolitische Fragen des Deutschen Industrie-Institutes, von seinen erhabenen theoretischen Erhebungen zu den plattesten Plattitüden herab. Dann heißt es nicht mehr „jeder an jeden Platz“, sondern „jedem das Seine“: „Die Gleichheit der Bildungschancen ist nicht gesichert, wenn jedem das Gleiche, sondern nur, wenn jedem das Seine geboten wird“ (Unternehmerbrief Nr. 7, 1970).

Mittel der Selektion sind neben dem oben beschriebenen Mechanismen und Instrumenten vor allem zu manipulierende Ausgangsvoraussetzungen (§ 27 ff HRC/K). Eine Opstrukturierung des Selektionsverfahren und die Verbesserung prognostischer Bedarfssteuerung war die Aufgabe der „Pädagogischen Diagnostik“, die von der VDT-Stiftung finanziert wurden. Leussink ist am Vorantreiben des Projekts „Zentrales Testinstitut“ weiter interessiert, es wird wohl denen von der 9/b-Kommission diktierten „Institut für Lehrplantechnik“ als Mitteilungsbeizugeordnet. Angesichts der Notwendigkeit, auf einen harten Konkurrenzkampf mit den anderen Industrienationen Japan,

Rußland, USA vorzubereiten, fördert der Unternehmensberater Kurt Groß (Industriekurier 143 vom 14. 9. 68), die „Flutwelle der weiter studierenden Abiturienten auf den wirklichen Bedarf der Wirtschaft hinzulenken und auszubilden.“

„Kein akademisches Proletariat“

Aus dieser Sicht ist das Schlagwort vom akademischen Proletariat Unsinn.

Zahllose Äußerungen ähnlichen Inhalts von seiten der Industrie ließen sich anführen. Was sie alle kennzeichnet, ist die meist wie selbstverständlich vorgetragene Ansicht, der „gesellschaftliche Bedarf“ sei identisch mit dem Arbeitskräftebedarf „der Wirtschaft“. So muß es an der Unmöglichkeit liegen, die Entwicklung „der Wirtschaft“ und ihres Arbeitskräftebedarfs auf kapitalistischer Grundlage langfristig und verbindlich zu planen, daß gegenwärtig Bedarfsplanung in der Regel nichts als simple Trendextrapolation derzeitiger Berufsstrukturen ist. Notwendigerweise verschärfen sich damit die soziale Abhängigkeit und Unsicherheit auch unter den wissenschaftlichen Facharbeitern.

Trotz der Bemühungen um größere Elastizität und Anpassungsfähigkeit des Ausbildungssystems ist der Politik des Ministeriums und des Wissenschaftsrates nachzuweisen, daß der von Industrie und Wirtschaft fixierte, fiktive künftige Arbeitsmarkt schon das gegenwärtige Ausbildungssystem präformiert.

So sind die Bestimmungen des Gesetzentwurfes und die Wissenschaftsratsempfehlungen darauf angelegt, für den künftigen Marktbedarf die bestehende Berufshierarchie zu reproduzieren: leitende Führungskräfte, mittlere Führungskräfte, Mitarbeiter, Personal, Belegschaft entsprechen dem Aufbau — sprich: Elitestudium, Langzeitstudium, Kurzstudium, Abitur II oder Abitur I mit möglichst „berufspraktischer Ausbildung“ und Fachschulausbildung. Die Tendenz zur Elite- und Helotenbildung, die bereits durch die Existenz von Führungsakademien und Fachhochschulen außerhalb der Gesamthochschule vorbereitet ist, wird auch in die Gesamthochschule selbst eingepflanzt. Ein Beispiel für die beabsichtigte Differenzierung der Bildungsgänge bietet die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Gründung der Universität Augsburg. Im ersten Teil resümiert die Empfehlung des Wissenschaftsrates die Absichten des bayerischen CSU-Kultusministers Huber: „Die Universität Augsburg soll ihren Studienbetrieb im Wintersemester 1970/71 mit etwa 300 Studienanfängern eines wirtschaftswissenschaftlichen Studienganges aufnehmen, in dem die unternehmerische und staatliche Entscheidungslehre eine besondere Bedeutung haben soll“, ferner sollen Studienmöglichkeiten für mittlere Führungskräfte geschaffen werden. Der Wissenschaftsrat übernimmt diese Vorstellungen en passant, insistiert jedoch dann unter Hinweis auf die Gesamthochschule auf der Notwendigkeit, nicht nur Führungskräfte auszubilden, sondern auch beizeiten massenhaft für Personal zu sorgen: „Die Universität Augsburg sollte von Anfang an unter Einbeziehung der PH Augsburg, der Universität München und am Orte bestehender Einrichtungen des Fachhochschulbereiches zu einer Gesamthochschule ausgebaut werden. Die genannten Einrichtungen bieten bereits Anknüpfungspunkte für praxisbezogene kürzere Studiengänge. . .“ In seinen Empfehlungen zur Gründung der Universität Kassel erläutert der Wissenschaftsrat: „Der Wissenschaftsrat hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das Aufbaustudium die Chance bietet, eine Ausbildung zu vermitteln, die von besonderem wissenschaftlichen Anspruch bestimmt ist und die unmittelbare Teilnahme an der Forschungsarbeit eröffnet.“ Und dann folgt mit aller Deutlichkeit: „Ein Aufbaustudium kann daher in aller Regel nicht unmittelbar (. . .) nach Abschluß eines anwendungsbezogenen Studiums aufgenommen werden.“

Dergleichen bewegt sich durchaus in den Vorstellungen des Kabinettsentwurfes, der allerdings die Tendenz zur straffen und durchgängigen Differenzierung in vage Alternativformulierungen hüllt. Zwar betont das Ministerium, daß keine „schematische Trennung zwischen Kurz- und Langstudium vorgesehen sei“, zugleich aber wird einer solchen Trennung durch die Formulierung: „in dafür geeigneten Fachrichtungen“ (HRG/K § 34,3) seien dreijährige Studiengänge anzubieten, der Boden bereitet. Als Beispiel für solche Kurzstudiengänge nennt der Wissenschaftsrat u. a. Studiengänge für nicht-ärztliches medizinisches Personal, für Sozialarbeiter, Steuerberater, für Informatik, für Mathematik, für Physik, für Chemie.“

Reglementierung der Studiengänge

Neben der organisatorischen Lenkung der Studiengänge legalisiert der Kabinettsentwurf staatliche Eingriffe in die inhaltliche Bestimmung der Studiengänge. „Studienreformkommissionen“ werden von den Ländern benannt, „Sachverständige aus Fachverbänden, Berufsorganisationen und Gewerkschaft sowie Vertreter zuständiger staatlicher Stellen sind hinzuzuziehen“ (HRG/K § 59,2). Eine beachtliche Antwort auf Mitbestimmungsforderungen, die die Gewerkschaften als Gehilfen der Unternehmerverbände einplant! Weichen die lokalen Studien- und Prüfungsordnungen von den Empfehlungen dieser Kommissionen ab so kann die Landesbehörde die Änderung solcher Studien- und Prüfungsordnungen verlangen . . .“

Konsequent ist dann im HRG/K § 33,1 festgestellt, daß die Hochschulen nur im Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Stellen Studienziele, Studiengänge, Studienordnungen und Prüfungsordnungen sowie die Methodik und Organisation überprüfen und weiterentwickeln können.

Bei Monopolisierung der Verfügung über die Planungsinstrumente (HIS, Pädag. Diagnostik, Curriculuminstitut usw.) bedeutet das die Ausschaltung der Hochschulen und bei den gegebenen Machtverhältnissen die Funktionalisierung für die Verwertungsinteressen des Kapitals und seiner Agenten.

Wissenschaftsrat und Referentenentwurf beteuern, nicht auf starre Berufsbilder, sondern auf „Tätigkeitsfelder“ hinorientieren zu wollen. Dem widerspricht, daß beide die Studienpläne didaktisch vom „Ausbildungsziel“ und den diesen „entsprechenden Qualifikationen“ festlegen. Der Regierungsentwurf gibt selbst zu erkennen, daß schnell und billig angepauktes, ohne methodische Durchdringung und „wissenschaftliche Denkweise“ erworbenes Wissen durch schnellen Verschleiß und nur kurzfristige Umsetzbarkeit teuer wird. Der Unternehmerbrief verkündet dagegen dennoch namens der Wirtschaft: „Sie wird es begrüßen, schon nach drei Jahren berufsfähige junge Menschen in die Unternehmen zu bekommen“ (Unternehmerbrief 9/70).

Eine ähnliche Konzeption liegt der Unterscheidung zwischen „Rezeptmachern“ und „Rezeptanwendern“ zugrunde, wie sie von Professor Leonhardt (TH Stuttgart, Planungsbeirat Baden-Württemberg) in einem Brief an das Kultusministerium definiert wird. „Rezeptanwender“, das ist die „größere Gruppe, die Aufgaben nach dem Stand der Technik lösen und Entwicklungen folgen können muß (reproduzierende Arbeit);“ „Rezeptmacher“, das ist „die kleinere Gruppe“, die die Entwicklung „in schöpferischer, wissenschaftlicher und organisatorischer Arbeit“ vorantreiben muß.

Es nimmt nicht wunder, daß die Wirtschaft zur Fachidiotie gleichermaßen applaudiert wie zur Elitezüchtung, das letztere massenhaft in einer Interviewserie in der Unternehmerzeitschrift „Plus“ zur Neugründung in der „Fuggerstadt“ Augsburg.

Zwar erwähnt der Kabinettsentwurf die Zwischenprüfungen, die in den Landeshochschulgesetzen und in den

Ausbildungsordnungen fixiert sind, nur nebenbei, dafür aber ist vorgeschrieben, daß die „das Arbeitsprogramm“ bestimmenden Studienpläne auf ein Jahr terminiert sind. Die bisherige vorlesungsfreie Zeit soll „in stärkerem Umfang als bisher“ für Pauk-, Versetzungs- und Ergänzungskurse („z. B. Brückenkurse und Examinatorien usw.“) genutzt werden. „Durch bessere Organisation der Lehre und Straffung des Stoffes“ soll — ohne Niveausenkung — versteht sich — die Studienzeit (für das Kurzstudium drei Jahre) auf die „Regelzeit“ gesenkt werden. Die Regelzeit wiederum ist als „Richtlinie“ dem System von Studiengängen, Studienplänen, Studienordnungen und Prüfungsordnungen zugrunde gelegt. In der Tat: es ist erkennbar, daß die politische, soziale und moralische Anpassungsfähigkeit an die bestehenden Verhältnisse nächst der massenhaften Fachidiotie höchstes nationales Bildungsziel wird.

Unter dem wachsenden Angebotsdruck der steigenden Abiturientenzahlen wird das Studium entsprechend den nach Ausbildungsart, Niveau und -zahl wechselnden Anforderungen der Wirtschaft einem dauernden System von gestuften Selektions- und Drosselungsmechanismen, sog. „Kapazitätsreglern“, unterworfen. Dieser innere Numerus clausus garantiert, daß es derjenige zu was bringt, der sich in jeder Weise durch behendes Anpassungsvermögen auszeichnet und die Fähigkeit zum fleißig-pfiffigen Nehmen der Selektionshürden entwickelt. Diese Trennung in Elite- und Helotenstudium spiegelt sich auch in den Angaben zur Personalstruktur wieder. Die von der BAK immer wieder vertretene Enthierarchisierung des Lehrkörpers, die Gleichstellung von Professoren und Assistenten in Bezug auf Rechte, Aufgaben und Pflichten ist mit dem Gesetzentwurf weggewischt. Die Privilegien der Ordinarienminderheit werden erweitert um die Möglichkeit, mehr Forschungen und mehr Lehrprofessoren zu sein (HRG/K § 40) ein neuer Mittelbau mit den Lehraufgaben des Helotenstudiums (Vermittlung von Fachkenntnissen und Status-quo-bezogenen Fertigkeiten à la Realschullehrerausbildung) wird eingeführt (HRG/K § 52). Es wird im Lehrkörper einen größeren Teil von Lehrern mit reinen Anpassungsfunktionen geben. Wahrung ordinierter Privilegien und die Forderung der Unternehmerverbände nach praxisbezogener, kostensparender Ausbildung gehen hier Hand in Hand.

Innerer und äußerer Numerus clausus

Neben dem inneren Numerus clausus mit der Funktion der qualifizierten Differenzierung tritt der äußere Numerus clausus mit dem Zweck der quantitativen Steuerung der Studienmasse. Während der Bildungsbericht von Hamm-Brücher euphorisch verkündet, der Numerus clausus, der ein Skandal sei, werde in einem Fünfjahresplan abgeschafft, widmet der Kabinettsentwurf in seinen unmittelbar geltenden Vorschriften einen eigenen Titel (Nachweis von Studienplätzen und Zulassung) mit fünf umfangreichen Paragraphen dem Numerus clausus (HRG/K §§ 27-31).

Wenn in vielen Teilen des Gesetzes mit einer Übergangszeit bis zu sechs Jahren gerechnet wird, in diesen Paragraphen aber nicht einmal verbal eine zeitliche Begrenzung angegeben ist, kann man nicht mehr vom Numerus clausus als Betriebsunfall, sondern nur noch eindeutig vom Numerus clausus zur Lenkung der Studienströme sprechen. Das Notverordnungsverfahren wird detailliert mitgeregelt. Die quantitative Steuerung der Studienanfänger erfolgt nach denselben Kriterien wie die qualitative Differenzierung der Ausbildung an der Gesamthochschule: Nach den als gesellschaftlicher Bedarf getarnten Forderungen der Industrie. Die Bosse und ihre Bedarfsanalytiker können sich nicht genug über Studienfächer erregen, die auf Grund ihres Ausbildungszieles nicht für das System der Profitmaximierung verwertbar sind. Die Sozialwissenschaften werden nur als bloße

Annexwissenschaften geduldet, d. h. sie werden nur unter der Bedingung akzeptiert, daß die in ihnen erworbenen Kenntnisse der Stabilisierung und der Verbesserung der kritiklos und als unveränderlich hingenommenen Ausbeutungsverhältnisse dienen, konkret: Zur Manipulation der Produzenten und Konsumenten durch Betriebs- und Werbepsychologie. Politische Wissenschaft soll als Verwaltungslehre oder als ideologische Verklärung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) Verbreitung finden, Soziologie sich auf positivistische Soziographie reduzieren.

Die Industrie hat klargemacht, daß sie auf Studienabsolventen, die „im Banne anarchistischer Perspektiven“ „alles negieren“ und „zerreden“ („Arbeitgeber“ 6/21 1969), will sagen, die in die Lage kommen, den Systemcharakter zu durchschauen oder die „auf eine Änderung der Unternehmerstrukturen“ (Deutsches Industrie-Institut) aus sind, nicht den geringsten Wert legt. Die Regierungen handeln entsprechend. Keine neuen Studienplätze, zentrale Erfassung der Bewerber und ihre Umlenkung auf andere Bereiche.

Im Falle der Humanmedizin ist das zugrundeliegende ökonomische Interesse und die Verlogenheit der Argumentation mit dem „gesellschaftlichen Bedarf“ noch leichter zu erfassen. Der Einsatz der medizinischen Wissenschaft bringt keine Profite, aber gerade hier ist der künftig sprunghaft anwachsende Bedarf deutlich abzusehen (Arbeits- und Sozialmedizin, Gesundheitsvorsorge, Altersmedizin). Klaus von Dohnanyi sagt dazu: „Es besteht ... kein Zweifel, daß wir schon heute fachlich den ganzen Bundeshaushalt für eine sehr perfekte ärztliche Versorgung der Bevölkerung ausgeben könnten, wenn wir nämlich allen Bürgern zu jeder Zeit jeweils den letzten Stand der medizinischen Wissenschaft ... zukommen lassen wollten“ (12. 12. 69). Selbst nach Aussage des Bildungsberichtes soll der Numerus clausus in Medizin auch über das Jahr 1975 hinaus, also auf unabsehbare Zeit hinaus, praktiziert werden. Als Begründung führt der Bildungsbericht eine Albernheit aus der Rüstkammer der elitären Standesideologie an: Das Medizinstudium stelle „besonders hohe Anforderungen“.

Die Autoren des Kabinettsentwurfes haben jedoch durchaus erkannt, daß die offene und systematische Praktizierung des Numerus clausus als Instrument der Kapazitätssteuerung Widerstand hervorrufen wird. Wegen „der politischen Bedeutung der Zulassungsbeschränkungen“ und um politische Reibungsverluste zu vermeiden, haben sie als flankierende Maßnahme die intensive Berufs- und Studienberatung vorgesehen (HRG/K § 39).

Studien- und Berufsberatung soll während der Sekundarschulzeit einsetzen und auf der Hochschule fortgeführt werden. Die Studienberatung auf der Schule und die Berufsberatung dient weitgehend zur Verwaltung des externen Numerus clausus. Hier liegt auch die Funktion der Bedarfsanalysen für den Akademikerbereich, wie sie von den Industrieministern und der bundeseligen Bundesanstalt für Arbeit (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Serie „Akademikerprognosen“) geliefert werden (vergl. in diesem Zusammenhang die Pressemitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung Nov.-Dez.).

Daß bei der Widersprüchlichkeit einer gesamtgesellschaftlichen Planung im Kapitalismus natürlich die Bedarfsprognosen aller möglichen bürgerlichen Bildungsökonomien Scharlatanerie darstellen, zeigt mit Deutlichkeit das vorhergehende Zitat.

Fortgesetzt wird diese Art der „Beratung“ im Studium selbst durch eine intensive Studienberatung. Als Modell dafür können die Vorstellungen des Planungsbeirates von NRW dienen: „Die Studienberatung ist zu intensiveren ... Der Studienberater ist für die fachliche Betreuung und Anleitung der Studierenden verantwortlich. Die Studierenden sind bis zur Zwischenprüfung zur Zusam-

mentarbeit mit ihrem Studienberater verpflichtet. . . Die Studienberater führen die Studienkarten für die von ihnen zu beratenden Studierenden, die die für ihre Beratungstätigkeit erforderlichen Angaben zum Studienverlauf einschließlich aller Leistungsnachweise enthalten" (Empfehlungen des Planungsbeirates von NRW, Okt. 68, S. 93/93).

Daß die organisatorischen Maßnahmen (Studien- und Prüfungsordnungen) in ihrem reglementierenden Charakter noch nicht ausreichen, wird deutlich beim Blick auf die Instrumentarien, die die inhaltlichen Schranken des Studiums bilden sollen. Bei der Analyse der inhaltlichen Reglementierung darf der bildungsökonomische Aspekt der Entwicklung von Institutionen für Bildungstechnologie, für programmierte Instruktion usw. nicht vernachlässigt werden. Die Kosten für Ausbildung nehmen in der gesamtwirtschaftlichen Rechnung einen immer größeren Raum ein. Es sind allerdings nur mittelbar profitrelevante Kosten. Durch die Substitution z. B. von Lehrpersonal durch programmierte Instruktion, durch Einsparen für Hochschulen durch „Absenz“ im Rahmen eines Studiums im Medienverbund sollen die Kosten gesenkt werden. Darüber hinaus entsteht ein neuer profitträchtiger Markt der „Bildungsindustrien“. Aufbau von Institutionen für „pädagogische Technologie“ in Paderborn und Wiesbaden (bei letzterem wird auch das Interesse der Monopole der Massenkommunikation deutlich: im Gründungsausschuß war die Kleincomputerfirma Nixdorf und die von der Rob. Bosch GmbH und dem Klettverlag maßgeblich kontrollierte Firma Videothek erheblich vertreten (J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, S. 253). (Vergl. dazu weiter die ausführliche Stellungnahme des vds in: „Hochschulpolitische Materialien I“ des vds).

Demokratisierung durch Mitbestimmung in Ausbildung und Forschung

Bei alledem kann es nicht verwundern, wenn Mitbestimmung und Kontrolle, verstanden als reale Möglichkeit der ansatzweisen Durchsetzung demokratischer Vorstellungen, als mögliche lästige Störfaktoren durch minutiöse Gesetzesregelungen ausgeschaltet bleiben sollen. Die Studentenvertreter bilden die Staffage von Entscheidungsprozessen, in denen sich Minderheiten unbehindert gegen Mehrheiten durchsetzen können. Der Kabinettsentwurf bekennt sich offen zu den von der WRK zur Sicherung von Ordinarienpositionen vorgelegten „Kriterien der qualitativen Repräsentanz“. Die Frage der Gliederung in Gruppen bleibt ausgeklammert, sie wird den Ländern zur Disposition gestellt. Hahn, Huber und Vogel können ihre Politik der Liquidation einer starken Studentenvertretung weiter verfolgen. Von Entscheidungen über Forschungsplanung, Prioritätensetzung und Bewilligung von Haushaltsmitteln für Forschungsprojekte bleiben die Studenten ausgeschlossen (HRG/K § 17), in Fragen von Einstellungen entscheiden Minderheiten (die Mehrheit der Professoren, Assistenzprofessoren und wissenschaftliche Mitarbeiter), studentische Voten bleiben irrelevant (HRG/K § 17). Durch präzise Formulierungen, nachdem von externer Mitbestimmung im Wissenschaftssektor die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin ausgeschlossen ist, werden nicht einmal die Minimalia interner Mitbestimmung, nämlich die Gleichberechtigung der Gruppen, zugestanden (Zwei-Klassen-Status der Hochschulgremien durch die Festlegung von Quoten an die Wahlbeteiligung der jeweiligen Gruppen gekoppelt ein durchsichtiger Schachzug gegen die Studenten, deren verordnete Einflußlosigkeit in den Gremien nicht gerade die Wahlbeteiligung beflügeln wird (HRG/K § 16.2). Mit diesen Schachzügen offenbart das Ministerium aber eher seinen Zugzwang: auf die immer stärker werdende Forderung nach Mitbestimmung antwortet es mit einem „Mitwirkungs“-Konzept, dessen hauptsächliche Funktion

im Aufsaugen demokratischer Energien besteht. Dieses Konzept ist bereits in vollendeter Klarheit von Helmut Schmidt (Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 298) beschrieben worden: „Wenn (die Teilhabe) nicht verwirklicht werden könnte, so würde sich zunächst die Flut der Unruhe an den Dämmen stauen, später aber könnte sie die Dämme überspülen oder eindrücken und alles hinwegstürzen. Deshalb muß die Massendemokratie Schleusen, Auslaß und Kanäle für die Flut schaffen. Es sind nicht bloß ein paar Studenten, die sich gegenseitig hysterisch machen, sondern es sind Millionen Arbeiter und Angestellte, die eine Rolle spielen wollen. . .

Wenn der Einzelne mehr Macht erhalten soll, als er heute besitzt, so kann dies die Funktionsfähigkeit des Ganzen zum Kollaps bringen, es sei denn, die Einzelnen machen von ihrer zusätzlichen Macht einen vernünftigen Gebrauch, d. h. einen Gebrauch, der die Existenzberechtigung des Systems der demokratischen Gesellschaft unangetastet läßt.“

Zum Unglück für Schmidt und diejenigen Kreise, deren Interessen er vertritt, gefährdet „das System“ selbst immer wieder seine eigenen Existenzbedingungen. Immer deutlicher sehen auch industrielle Kreise, daß die hochtechnisierte spätkapitalistische Gesellschaft auf ein gewisses Maß an Mitdenken, Mitgestaltung und Engagement ihrer „Bürger“ angewiesen ist. Die formierte Gesellschaft ist nicht lebensfähig, wenn sich die Arbeiterklasse nicht mit ihr identifiziert. So stellt der Aachener Professor Klingenberg im BDA-Organ „Arbeitgeber“ (Nr. 17/1970) fest, daß es „nicht aus(reicht), Wirtschaft und Technik im engeren Sinne zu fördern, sondern darüber hinaus einen geistigen und moralischen Stand, auf welchem allein komplizierte Technik und Wirtschaft möglich und für ein humanes Dasein verwendbar sind. Die Durchdringung unseres ganzen Lebens mit Technik und Ökonomie stellt auch die Wirtschaft vor die unausweichliche Forderung, die Förderung des Ganzen, auch des Bildungswesens verantwortlich mit zu ergreifen, und zwar nicht nur unter dem Aspekt ihrer Sonderinteressen“ Besonders aufgeschreckt worden ist der besorgte Professor durch das „Alarmsignal“, das „der Leiter des nächsten Apollo-Unternehmens aussandte, er mache sich schwere Sorgen um diesen Flug, weil die schwindende Arbeitsmoral die Sicherheit herabsetze“.

So wird verständlich, daß es nicht zuletzt jene Tendenz des Kapitals ist, beständig seine eigenen Verwertungsbedingungen zu gefährden, die Willy Brandt in seiner Regierungserklärung zu dem Aufruf bewog: „Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten.“

Nicht genug damit, daß das Hochschulrahmengesetz eine klare Absage an die von der Bundesregierung selbst gesteckten Ziele ist. Die Proklamation der Ziele, vom Kapital auf die Tagesordnung gesetzt, und ihre praktische Nichteinhaltung als Ausdruck kapitalistischer Widersprüche wenden den Widerstand aller Betroffenen unmittelbarer gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Dieser Gesetzesentwurf ist ein materieller Beitrag dazu, die demokratische und sozialistische Bewegung an den Hochschulen enger mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der demokratischen Opposition in Westdeutschland zu verbinden.

Die gemeinsam von der Bundesassistentenkonferenz (BAK), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Verband Deutscher Studentenschaften (vds) veranstaltete Mitbestimmungskongreß Mitte Dezember 1970 hat gezeigt, daß die Studenten mit diesen ihren Forderungen die teilweise selbst verschuldete Isolierung durchbrochen haben. Die Hochschule will und soll dieses Bündnis der Demokraten und Sozialisten in und außerhalb der Hochschulen weiter stärken.